

# Erinnern in Gedenkstätten

Beiträge zum Thema anlässlich der Tagung der ZeitzeugInnen 1997

Herausgeber, Medieninhaber, Vervielfältigung:  
Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten  
Abteilung Politische Bildung, Minoritenplatz 5, 1014 Wien  
Fax: 01/53120-3123, e-mail: politische.bildung@bmuk.gv.at  
Redaktion: Dr. Andrea Wolf  
Graphische Gestaltung: Mag. Sigrid Steininger  
© bei den AutorInnen  
Oktober 1998

## **Inhalt**

Vorwort	5
<b>Johannes Riedl</b> Memorandum Eröffnungsrede zur Tagung der ZeitzeugInnen, 10.4.1997, Ebensee	7
<b>Florian Freund</b> „Der Betrieb ... kann mit Häftlingen durchgeführt werden“ Die Raketenrüstung und das KZ Ebensee	9
<b>Wolfgang Quatember</b> Die Geschichte der KZ-Gedenkstätte Ebensee	23
<b>Gottfried Köbler</b> Friedhof oder Lernort Chancen und Grenzen der Gedenkstättenpädagogik	29
<b>Annegret Ehmann</b> Pädagogik des Gedenkens	39
<b>Volkhard Knigge</b> Tatort – Leidensort – Friedhof – Gedenkstätte – Museum Notizen für eine KZ-Gedenkstättenarbeit der Zukunft	53
AutorInnen	65
Materialien zum Thema	67



## **Vorwort**

Der vorliegende Band dokumentiert sowohl Vorträge, die im Rahmen der von der Abteilung für Politische Bildung im Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten organisierten ZeitzeugInnen-Tagung in Ebensee vom 10. bis 13. April 1997 gehalten wurden, wie auch zwei grundsätzliche Beiträge zum Thema „Gedenkstättenarbeit“.

Einleitend erinnert sich *Johannes Riedl* an seine persönlichen Erfahrungen in der NS-Zeit und plädiert für eine Erziehungspraxis, die Selbständigkeit und Emanzipation fördert.

*Florian Freund* zeigt am Beispiel des Konzentrationslagers Ebensee den Zusammenhang zwischen ökonomischem Zweck eines Lagers, der Stellung der Häftlinge in der Häftlingshierarchie und den Überlebenschancen einzelner Menschen und Gruppen.

Nach diesem Beitrag beschreibt *Wolfgang Quatember* die Geschichte der KZ-Gedenkstätte Ebensee, und *Gottfried Kößler* analysiert die Chancen und Grenzen der Gedenkstättenpädagogik.

Der Beitrag von *Annegret Ehmman* wurde im Juli 1997 im Rahmen der Internationalen Sommerakademie „Didaktik und Gedenken“ in Wien gehalten. Nach einleitenden grundsätzlichen Überlegungen zur Begrifflichkeit, zu den Formen und Funktionen des Gedenkens wird das Weiterbildungsangebot und die pädagogische Arbeit des Hauses der Wannsee-Konferenz in Berlin mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vorgestellt.

In einem abschließenden Beitrag thematisiert *Volkhard Knigge* aktuelle Überlegungen zur Gedenkstättenarbeit in Deutschland.

Wir danken den AutorInnen, daß Sie uns ihre Beiträge zur Verfügung gestellt haben.

Andrea Wolf

Elisabeth Morawek



Johannes Riedl

## **MEMORANDUM**

**Eröffnung zur Tagung der ZeitzeugInnen, 10.4.1997, Ebensee**

### **I.**

„Einflug über Kärnten und Steiermark!“ tönte aus dem Volksempfänger. Meine Mutter schickte sich an, das Nötige – Dokumente, Überkleider, Proviant – zusammenzuraffen. Mit meiner Schwester und mir machte sie sich auf den Weg in die sogenannten Messerschmitt-Stollen, die in St. Georgen an der Gusen von KZ-Häftlingen aus Gusen und Mauthausen errichtet worden waren, um Schutz vor alliierten Fliegerangriffen zu suchen.

Auf dem Weg dorthin verschlang ich noch rasch einen Apfel. Vor dem Stolleneingang angelangt, warf ich den Putzen weg. Ein KZler stürzte sich auf diesen Speiserest. Noch schneller war ein SS-Scherge zur Stelle, um den Krankheitsgezeichneten niederzuknüppeln. Schließlich schleppte er ihn in eine nahe Hütte, aus der die Todesschläge zu vernehmen waren.

Noch heute kann ich diese Schreckensschläge durch Erinnerung schauernd abrufen. Diese Beobachtung legte einen Schatten auf meine kindliche Seele, der bis spät in die Jugendjahre hinein angst machte.

Mein Vater war streng, seine Erziehung ängstigte mich auch, allerdings nicht gleichfalls. – Er selbst hatte, besorgt als Christlich-Sozialer, BBC schwarzgehört. Er wurde beim Ortsgruppenleiter der NSDAP denunziert. So war er fällig für das Konzentrationslager. Der Ortsgruppenleiter gehörte zu seinen Jugendfreunden, der ihn deswegen vor diesem Schicksal bewahrte.

Mein Onkel, radikal gewordener Arbeiter im Aluminiumwerk Lend, trat der Kommunistischen Partei bei, mußte ins KZ, überlebte es, holte sich aber dort eine todbringende Erkrankung.

Dies berichte ich nicht aus Koketterie, sondern deswegen, um auf einen bedeutenden Zusammenhang hinzuweisen.

### **II.**

War meine Kindheit in der Folge jener Erlebnisse angstgeprägt, von denen ich eines berichtete, so erfaßte mich schon während meiner Jugendzeit eine abgrundtiefe Aversion gegen alles Faschistoid-Autoritäre, gegen Einengung und Unterdrückung.

Gierig spürte ich aus meiner Betroffenheit den Antworten auf die Frage nach Herkunft dieser Unmenschlichkeiten, dieser Greuelthaten und Verbrechen nach. Diese Suchbewegung drängte in mir umso mehr, als ich in der Katholischen Jugend anderer Botschaft vom Menschen begegnet war.

Ich las die Forschungsergebnisse von Adorno und Horkheimer über den „autoritativen Charakter“. Ich suchte Antwort in den späten Schriften von Sigmund Freud und in Erich Fromms „Anatomie der menschlichen Destruktivität“ mit einem Psychogramm von Adolf Hitler.

Jede Antwort löste neue Fragen aus – und sie blieben.

### III.

Jedes Leben wird von Angst begleitet. Je mehr vitale Lebensbedürfnisse bedroht werden, insbesondere das Freiheitsbedürfnis, desto mehr wächst sie. Sie wird zum Nährboden für Wehrhaftigkeit bis hin zu menschenverachtender und vernichtender Aggression. Angst bleibt der versteckte Antrieb für Vorurteile, für den Sündenbockmechanismus, für Rassismus, für Ausgrenzung und Verfolgung.

Aus diesem Grund kann die Aufarbeitung nationalsozialistischer Verfolgung in Konzentrationslagern nicht auf Dokumentation und Information, nicht auf „oral history“ begrenzt bleiben. Schule muß als Szenario der Begegnung die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Anderssein respektiert und nicht als Bedrohung erlebt wird. Angst- und unterdrückungsarm, wird Schule mehr Dialog sein müssen, in dem argumentativ alles begründet – und höflich gesagt werden darf. Der begründungslose Befehl-Gehorsam-Mechanismus führt zu Unterwürfigkeit und damit wieder zu Angst.

Respekt vor Andersartigkeit grenzt sich ab von teigiger Multikulturalität, welche eine aggressive Subkultur zwischen den Andersartigen auslöst. Erziehung zu gegenseitigem Respekt führt zu einem Standpunkt, von dem aus die Annäherung an das „andere“ ohne Preisgabe eigener Identität erfolgen kann.

### IV.

Unsere Gedenkstätten müssen zu Lernorten werden. Der Gefahr ihrer Ästhetisierung – und damit des Verlustes der Authentizität – wird entgegentreten sein. Bei einem unvorbereiteten Besuch des Steinbruchs im Konzentrationslager Mauthausen im Frühling wird die aufragende Felswand zu einer lieblichen Kulisse, welche die versteinerten Schreie der Geschundenen verbirgt. Der gefegte Appellplatz, die denkmalgepflegten Anlagen und Baracken werden nicht mehr bezeugen, was geschah, wenn die Verknüpfung zwischen Zeitzeugen, Dokumenten und authentischen Orten ausbleibt. So dürfen wir nicht ablassen davon, an diesen Gedenkstätten Lernanlässe einzurichten, die nicht nur den Kopf, sondern auch das Herz ansprechen.

### V.

Was damit gesagt sein will: Der Auftrag zur Zeitgeschichte bleibt unverzichtbare Voraussetzung für Politische Bildung. So wie humane Erziehungspraxis Selbständigkeit und Emanzipation fördert, den schützenden Mantel gegen Ängstigung und Anfälligkeit für Unterdrückung. Jeder Nächste soll Gefährte und nicht Gefahr sein.

„Erziehung nach Auschwitz“ lautet der Titel eines Aufsatzes von Theodor W. Adorno. Dieser Appell faßt zusammen, worum ich Sie bitte: Tragen Sie bei zu humaner und angstarmer Erziehung, fördern Sie die Einbettung zeitgeschichtlicher Berichte in dieses Sozialverständnis, dann erwächst handlungsorientierte Politische Bildung von selbst. Gehen Sie weg von diesem Seminar mit der Absicht, anzustecken, zum Scharfsinn beizutragen gegen die Schärfe der Anfechtung von ideologischen Rändern her. So werden Sie auch friedentiftend tätig sein, weswegen ich Ihnen für die Teilnahme an diesem Seminar und Frau Ministerialrätin Morawek mit ihren Mitarbeiterinnen für die Vorbereitung aufrichtig danke.





## **„Der Betrieb ... kann mit Häftlingen durchgeführt werden“ Die Raketenrüstung und das KZ Ebensee**

### **Der Lagerkomplex Mauthausen**

„Politische Ökonomie des Elends“ betitelte Gerhard Armanski das Kapitel über die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in seinem Buch „Maschinen des Terrors“.<sup>1</sup> Von seiner Einrichtung 1938 bzw. 1940 bis zur Befreiung hatte sich das in Oberösterreich nahe Linz gelegene Doppellager Mauthausen/Gusen von einem Mordlager mit Steinbruch zu einem komplexen, arbeitsteiligen, für Zehntausende Häftlinge tödlichen Netz von Lagern entwickelt,<sup>2</sup> was geradezu als Musterbeispiel für das Funktionieren der nationalsozialistischen „Ökonomie des Elends“ dienen kann.

Die erste Aufgabe des Konzentrationslagerkomplexes Mauthausen/Gusen war vorwiegend die Vernichtung der politisch-ideologischen Gegner. Produktive Arbeit in den Granitsteinbrüchen hatte demgegenüber zunächst untergeordnete Bedeutung.<sup>3</sup> Die Vernichtungsfunktion kam in der Einstufung des KZ Mauthausen in die „Lagerstufe III“ zum Ausdruck, jenen Lagertyp, der für sogenannte „schwerbelastete, unverbesserliche“ Häftlinge geschaffen wurde, die keine Überlebenschancen haben sollten.<sup>4</sup> Die Sterblichkeit unter den Häftlingen war bis 1942 eine der höchsten der Konzentrationslager innerhalb des Deutschen Reiches. So wurden Anfang 1940 8200 Häftlinge in Mauthausen/Gusen festgehalten. Während des Jahres starben ca. 8114 Häftlinge, dennoch stieg die Zahl der Häftlinge durch neu ankommende Transporte auf 15.900 am Ende des Jahres.<sup>5</sup> Aufgrund seiner Funktion innerhalb des KZ-Systems ist das KZ Mauthausen/Gusen daher in den Jahren 1940/41 als Vorläufer der Vernichtungslager zu sehen; es stand an der Grenze zur Etablierung des „arbeitsteilig-professionellen Fließbandverfahrens der Vernichtung“.<sup>6</sup>

Wie im gesamten KZ-System kam es auch im Lagerkomplex Mauthausen 1943 zu einer Funktionserweiterung. Nun stand nicht mehr nur der Mord an vermeintlichen oder tatsächlichen Gegnern des Nationalsozialismus im Mittelpunkt, vielmehr sollte auch die Arbeitskraft der Häftlinge möglichst produktiv genutzt werden. Diese Veränderung des KZ-Systems war durch den immer eklatanter werdenden Arbeitskräftemangel der deutschen Kriegswirtschaft erzwungen worden. Nachdem die Zahl der zwangsweise zur Arbeit in das Deutsche Reich verschleppten zivilen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht ausreichte, den

---

<sup>1</sup> Gerhard Armanski, *Maschinen des Terrors. Das Lager (KZ und Gulag) in der Moderne*. Münster 1993, S. 72.

<sup>2</sup> Zur Geschichte des KZ Mauthausen siehe Hans Marsálek, *Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation*. 3. Auflage Wien/Linz 1995.

<sup>3</sup> Vgl. Florian Freund, *Technisierung des Tötens: Mauthausen im historischen Kontext*; in: Rudolf G. Ardelt, Christian Gerbel (Hg.), *Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik*, 22.–24. Mai 1995 in Linz, Innsbruck/Wien 1996, S. 209–213.

<sup>4</sup> Erlaß des Chefs der Sipo und des SD vom 1.1.1941, IMTPS 1063, abgedruckt in: Marsálek (s. Anm. 2), S. 33.

<sup>5</sup> Vgl. Marsálek, *Mauthausen*, S. 109 ff, 145 ff.

<sup>6</sup> So die Definition von Vernichtungslagern durch Armanski (s. Anm. 1), S. 56.

Bedarf zu decken,<sup>7</sup> wurden die KZ-Häftlinge als letzte verfügbare Reserve ab 1943 für jede Art von Arbeit in der Kriegswirtschaft eingesetzt. Infolge dieser Politik stieg auch in Mauthausen/Gusen und seinen Außenlagern die Zahl der Häftlinge von ca. 14.000 Personen Anfang 1943 auf die doppelte Zahl Anfang 1944 und auf ca. 73.000 im Oktober 1944.<sup>8</sup>

Regionale Schwerpunkte für die Errichtung von Außenlagern in Österreich waren der oberösterreichische Zentralraum (Linz<sup>9</sup>, Steyr<sup>10</sup>, Wels) mit seinen neuen Rüstungsindustrien (Steyr-Daimler-Puch AG<sup>11</sup>, Reichswerke „Hermann-Göring“) und das Industriegebiet um Wien (Heinkel Schwechat, Flugmotorenwerke Ostmark in Wiener Neudorf<sup>12</sup>, Rax-Werk in Wiener Neustadt<sup>13</sup>). In über 40 Lagern leisteten Häftlinge des KZ Mauthausen vorwiegend für Rüstungs- und Baufirmen Zwangsarbeit. Sie arbeiteten beim Bau und in der Produktion der Rüstungsbetriebe, beim Ausbau der industriellen Infrastruktur, beim Bau von Kraftwerken (Kraftwerk Ternberg und Großraming) und bei Verkehrsbauten (Loibl-Paß-Tunnel<sup>14</sup>).

Zum größten Bereich, in dem Häftlinge für die Interessen der Rüstungsindustrie arbeiten mußten und der zur Gründung zahlreicher Konzentrationslager führte, wurde ab Herbst 1943 der Bau von Stollenanlagen zur Verlegung der Rüstungsindustrie in unterirdische Räume. Die größten Stollenbauten wurden unter der Leitung des SS-Sonderstabes Kammler in der Nähe von Melk (für Steyr-Daimler-Puch und die Flugmotorenwerke Ostmark), bei Ebensee (für die Erzeugung und Entwicklung von Raketen) und in Gusen (für Messerschmitt) realisiert. Die Lager Ebensee<sup>15</sup> und Melk<sup>16</sup> entwickelten sich neben dem Komplex Mauthausen/Gusen zu den größten Konzentrationslagern in Österreich.

Die Bedeutung der KZ-Zwangsarbeit in der Spätphase der NS-Herrschaft wird beim Vergleich der Häftlingszahlen von Mauthausen und den Außenlagern (einschließlich

---

<sup>7</sup> Vgl. Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*. Berlin/Bonn 1985. Ulrich Herbert, *Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus*. In: *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zur Historisierung und Historikerstreit*, hg. von Dan Diner. Frankfurt/M. 1987, S. 198 ff.

<sup>8</sup> Zahlen nach: Marsálek (s. Anm. 2), S. 123 ff.

<sup>9</sup> Helmut Fiereder, *Nebenlager des Konzentrationslagers Mauthausen in der Hütte Linz der Reichswerke „Hermann Göring“*. In: *Historisches Jahrbuch der Stadt Linz*. Linz 1986; Bertrand Perz, „Auf Wunsch des Führers ...“ *Der Bau von Luftschutzstollen in Linz durch Häftlinge des Konzentrationslagers Linz II*. In: *Zeitgeschichte*, Heft 9/19 (1995), S. 342–356.

<sup>10</sup> Bertrand Perz, *Steyr-Münichholz, ein Konzentrationslager der Steyr-Daimler-Puch A.G. Zur Genese der Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie*. In: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.), *Jahrbuch 1989*. Wien 1989, S. 52–61.

<sup>11</sup> Näheres zu Steyr-Daimler-Puch bei: Bertrand Perz, *Politisches Management im Wirtschaftskonzern*. Georg Meindl und die Rolle des Staatskonzerns Steyr-Daimler-Puch bei der Verwirklichung der NS-Wirtschaftsziele in Österreich. In: *Hermann Kaienburg* (Hg.), *Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–45*. Opladen 1996, S. 95–112.

<sup>12</sup> Vgl. Bertrand Perz, *Die Errichtung eines Konzentrationslagers in Wiener Neudorf. Zum Zusammenhang von Rüstungsexpansion und Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen*. In: *DÖW* (Hg.), *Jahrbuch 1988*. Wien 1988, S. 88–116.

<sup>13</sup> Vgl. Florian Freund, Bertrand Perz, *Das KZ in der „Serbenhalle“*. Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt, Wien 1988.

<sup>14</sup> Florian Freund, *Was kostet ein KZ-Häftling*. Neue Dokumente zur Geschichte des KZ Loibl-Paß. In: *Jahrbuch 1989* (s. Anm. 10), S. 31–51; Josef Zausnig, *Der Loibl-Tunnel: Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs. Eine Spurensicherung*. Klagenfurt 1995.

<sup>15</sup> Florian Freund, *„Arbeitslager Zement“*. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung. Wien 1989.

<sup>16</sup> Bertrand Perz, *Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk*. Wien 1990.

Gusen) mit der Zahl der ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen deutlich: Mitte März 1943 war der Anteil der in der Industrie eingesetzten KZ-Häftlinge an den Industriebeschäftigten der „Ostmark“ noch verschwindend gering. Ende Mai 1944 betrug er ca. 4 Prozent, Anfang November 1944 ca. 8 Prozent. Ende 1944 befanden sich in Mauthausen ca. 10.000, in allen Außenlagern über 60.000 Häftlinge, was ca. einem Viertel der zur selben Zeit in der Industrie beschäftigten ausländischen ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangenen entsprach.<sup>17</sup>

### **Die Entscheidung zum Einsatz von KZ-Häftlingen in Ebensee**

Die Einrichtung von Außenlagern des KZ Mauthausen für den Bau von Industriebetrieben, für die Produktion sowie Infrastrukturmaßnahmen ging auf die lokale Initiative von Rüstungsbetrieben zurück.<sup>18</sup> Anders war der Entscheidungsverlauf, wenn wir die Genese der Konzentrationslager Wiener Neustadt, Redl-Zipf und Ebensee betrachten. Die Einrichtung der drei Lager im Jahr 1943 steht im Zusammenhang mit dem Entschluß der NS-Führung, durch die Entwicklung und Produktion von Raketenwaffen doch noch eine Wende des Krieges zugunsten Deutschlands herbeizuführen.<sup>19</sup>

Seit Herbst 1941 liefen im Deutschen Reich gigantische Produktionsplanungen für Raketen. Nach dem ersten erfolgreichen Raketenabschuß am 3. Oktober 1942 und der Entscheidung Hitlers und Speers zur Serienproduktion der A4-Rakete wurde das Projekt für die verschiedenen im Herrschaftsgefüge des Dritten Reiches agierenden Gruppen interessant: Die SS erhoffte sich verstärkten Einfluß auf die Industrie; das Ministerium für Bewaffnung und Munition wollte die Kontrolle über alle Teile der Rüstungsproduktion erlangen; das Heereswaffenamt, seit 1932 für das Raketenprojekt zuständig, suchte seine Machtposition zu verteidigen; die Industrie, personell eng verbunden mit dem Munitionsministerium, hatte großes Interesse an einem kostenlosen Zugang zur neuen Hochtechnologie. Sie versuchte immer wieder, die Anlagen in Peenemünde zu privatisieren, und erhoffte sich Zugang zu Rohstoffen und Arbeitskräften.<sup>20</sup>

Unter dem Druck der alliierten Bombardierungen ab Mitte 1942 hatte die Industrie mit der „Oberirdischen Verlagerung“ innerhalb des Reichsgebietes begonnen. Dementsprechend war im Frühjahr 1943 die Serienproduktion von Raketen an drei bzw. später an vier Standorten vorgesehen: beim Versuchsserienwerk in Peenemünde und beim Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen, beim Rax-Werk in Wiener Neustadt und bei der DEMAG in Berlin-Falkensee.<sup>21</sup> Abgesehen von allen technischen Problemen gab es im Frühjahr 1943

---

<sup>17</sup> Florian Freund, Bertrand Perz, Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in der „Ostmark“. In: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991, S. 317–350.

<sup>18</sup> Vgl. ebenda, S. 334.

<sup>19</sup> Dazu und zum Folgenden siehe: Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15) S. 23–51; Florian Freund, Die Entscheidung zum Einsatz von KZ-Häftlingen in der Raketenrüstung. In: Kaienburg (s. Anm. 11), S. 61–76. Michael J. Neufeld, Die Rakete und das Reich. Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters. Berlin 1997.

<sup>20</sup> Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 26.

<sup>21</sup> Das Rax-Werk, das sich im Eigentum des Henschel-Konzerns befand, und das DEMAG-Werk deshalb, weil der Sonderausschuß A4, der im Frühjahr 1943 die Steuerung der Produktion übernommen hatte, von

für die Verantwortlichen in Industrie und Wehrmacht Probleme in der Rohstoff- und Treibstoffbeschaffung. Das schwerwiegendste Problem war jedoch die Beschaffung von Arbeitskräften. Die SS, die mit den KZ-Häftlingen über eine der letzten Arbeitskraftreserven verfügte, konnte dadurch die eigene Machtstellung ausbauen.<sup>22</sup>

Seit Ende 1941 versuchte das Heereswaffenamt Konzentrationslager für die Heeresrüstung zu erhalten. Die SS zeigte in den ersten Gesprächen große Zurückhaltung. Sie war im allgemeinen nur dann an einer Bereitstellung von Häftlingen für die Rüstungsindustrie interessiert, wenn die Produktion innerhalb der Konzentrationslager stattfand und die dort erzeugten Produkte der Versorgung der SS mit Waffen dienten. Diese Haltung konnte die SS jedoch nicht lange aufrechterhalten. Nach einer grundsätzlichen Einigung über die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in der Industrie im März 1942 schlug ein Jahr später die Abteilung „Arbeitseinsatz im Sonderausschuß A4“ vor, KZ-Häftlinge für Arbeiten im Versuchsserienwerk Peenemünde einzusetzen.<sup>23</sup>

Auf Grund dieses Vorschlages besuchte Mitte April 1943 eine Delegation der Raketenbauer die Heinkelwerke in Oranienburg eigens zum Studium der „Vorteile“ des Einsatzes von KZ-Häftlingen. In einem Schlüsseldokument zum Verständnis des Einsatzes von KZ-Häftlingen, einem Aktenvermerk der Heeresversuchsanstalt Peenemünde vom 16. April 1943, wurden die „Vorteile“ aufgelistet:

- höhere Produktivität der KZ-Häftlinge, da sie eine wesentlich geringere Fluktuation aufwiesen als zivile ausländische Arbeitskräfte;
- Häftlinge konnten bei der SS je nach Bedarf nach Berufsgruppen angefordert werden;
- Die Arbeitsleistung der Häftlinge konnte durch die Einführung eines zusätzlichen Bonussystems gesteigert werden.

„Dieses System hat sich gut bewährt, wie auch überhaupt der Häftlings-Einsatz gegenüber dem früheren Einsatz von Ausländern erhebliche Vorteile bietet, da insbesondere alle nichtarbeitseinsatzmäßigen Aufgaben von der SS übernommen werden und die Häftlinge die größere Sicherheit für die Geheimhaltung bieten. [...]

Nutzanwendung für das VW [Versuchsserienwerk]

Der Betrieb der F[ertigungshalle]1 kann mit Häftlingen durchgeführt werden.“<sup>24</sup>

Alle diese „Vorteile“ waren offensichtlich überzeugend. Da keine Zusagen für zusätzliche Arbeitskräfte zu bekommen waren, forderten die Verantwortlichen des Sonderausschusses A4 und der Heeresversuchsanstalt Peenemünde einhellig KZ-Häftlinge von der SS. Der Entschluß, in Peenemünde ein Konzentrationslager einzurichten, stand damit fest. Für Friedrichshafen und Wiener Neustadt wurde ebenfalls Mitte April '43 beschlossen, KZ-Häftlinge von der SS zu fordern. Zwei Monate später trafen die ersten Häftlinge bei den drei Serienwerken ein. Beim nur kurze Zeit geplanten vierten Serienwerk in Berlin-Falkensee war bereits Anfang März 1943 ein eigenes Konzentrationslager errichtet worden.

---

Lokomotivbaufirmen dominiert war. So war z. B. Degenkolb, der Leiter des Sonderausschusses A4, Direktor der DEMAG. Vgl. Freund, ebd., S. 29.

<sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 41 ff.

<sup>23</sup> Vgl. ebd., S. 42.

<sup>24</sup> Heeresanstalt Peenemünde-VW, Aktennotiz T Nr. 10/43, 16.4.1943, Bundesarchiv/Militärarchiv RH 8/1210 fol. 105 f. Vgl. ebd., S. 43 f.

Bei allen Serienwerken war der Vorschlag, ein Konzentrationslager einzurichten, nicht von der SS, sondern vom Sonderausschuß A4, also den unmittelbaren Vertretern der Industrie in Berlin, bzw. von der zuständigen Dienststelle des Heerswaffenamtes ausgegangen.

Bis Anfang August 1943 arbeiteten die KZ-Häftlinge nur beim Bau und der Einrichtung der Fabriken. Erst dann wurde entschieden, daß sie auch in der Produktion arbeiten sollten. Trotz „Führerbefehls“ war es nicht möglich gewesen, genügend deutsche Arbeitskräfte zu rekrutieren.<sup>25</sup> Ohne ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge war nicht nur der Bau und die Einrichtung der Serienwerke unmöglich, sondern auch die Produktion selbst. Die Planungen sahen vor, die Serienfertigung der A4-Rakete mit je 1500 KZ-Häftlingen bei den Zeppelinwerken in Friedrichshafen, im Rax-Werk Wiener Neustadt und bei der DEMAG in Berlin-Falkensee durchzuführen. Für Peenemünde waren 2500 KZ-Häftlinge vorgesehen. Ein deutscher Vorarbeiter sollte fünf bis zehn KZ-Häftlinge beaufsichtigen.<sup>26</sup>

Ohne von der Raketenproduktion zu wissen, griffen die Alliierten am 13. August 1943 zum ersten Mal Wiener Neustadt an. Wenige Wochen zuvor war auch das Raketenwerk in Friedrichshafen bombardiert worden, und in der Nacht vom 17. auf den 18. August 1943 erfolgte der erste Angriff der Royal Air Force auf die Heeresanstalt Peenemünde. Damit war die Absicht, noch im Sommer 1943 in den Serienwerken die Produktion aufzunehmen, durch die alliierten Luftangriffe zunichte gemacht worden, und die trügerische Sicherheit war auch in jenen Gebieten dahin, die vorher als der „Luftschuttkeller des Reiches“ gegolten hatten. Nach längeren Verhandlungen zwischen Speer, Hitler und Himmler beschlossen diese, die bestehenden Serienwerke aufzulösen und die Raketenfertigung in einem einzigen unterirdischen Werk zu zentralisieren. In diesem Werk, das bei Nordhausen eingerichtet wurde, mußten Tausende Häftlinge des neu eingerichteten Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter den unmenschlichsten Bedingungen arbeiten.<sup>27</sup>

Der SS bot diese Situation die Möglichkeit, ihren Einfluß auf das Raketenprogramm über das „Vermieten“ von Häftlingen hinaus auszudehnen. Der von allen akzeptierte Vorschlag, KZ-Häftlinge in noch größerem Umfang für das Raketenprogramm einzusetzen, stammte von Himmler. Mit seiner darüber hinausgehenden Behauptung, aufgrund einer Besprechung mit Hitler nun allein für die A4-Fertigung zuständig zu sein, konnte er sich nicht durchsetzen.<sup>28</sup> Außer Häftlingen konnte die SS zur Raketenproduktion und der Untertage-Verlagerung der Forschungs- und Fertigungsstätten nichts beitragen. Von der SS übernommen wurden jedoch die Bauaufgaben für die Verlagerung der Produktionsstätte in Stollen, die eine außerordentlich große Zahl von Arbeitern verlangte. Himmler ernannte SS-Brigadeführer Dr. Hans Kammler zum „Sonderbeauftragten für Baufragen der A4-Fertigung“. Kammler war gleichzeitig zuständig für das Amt Bau im SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt und hatte damit ungehinderten Zugriff auf die Arbeitskraft der Häft-

---

<sup>25</sup> Ebd., S. 47.

<sup>26</sup> Ebd., S. 48.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., S. 51 ff.; zum KZ Dora-Mittelbau siehe: Angela Fliedermann, Torsten Heß, Markus Jäger, Das Konzentrationslager Mittelbau Dora. Ein historischer Abriß. Berlin/Bonn 1993. Manfred Bornemann, Geheimprojekt Mittelbau. Vom zentralen Öllager des Deutschen Reiches zur größten Raketenfabrik im Zweiten Weltkrieg. Bonn 1994.

<sup>28</sup> Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 52.

linge. Doch selbst die SS-Führungsstäbe, die in der Folge zur Überwachung und Steuerung der Baustellen gegründet wurden, konnte die SS nicht aus eigener Kraft besetzen, da sie in ihren eigenen Reihen nicht über die dafür notwendigen Fachkräfte verfügte.<sup>29</sup>

Am 26. August 1943 beschlossen Munitionsminister Speer, Kammler, General Dornberger vom Heereswaffenamt, Dir. Degenkolb vom Sonderausschuß A4 und zugleich Direktor der Lokomotivfabrik Henschel und Hauptdienstleiter Saur vom Munitionsministerium, die Serienfertigung und die Neuentwicklung von Raketen völlig zu trennen und ein neues unterirdisches Werk für die Forschung und Entwicklung zu errichten, in dem die „Amerikarakete“, so die Bezeichnung der geplanten Interkontinentalrakete, und die Flakrakete „Wasserfall“ unter der Leitung von Wernher v. Braun entwickelt werden sollten. Das war die grundsätzliche Entscheidung, die im November 1943 zur Einrichtung des KZ Ebensee führte. Der Beschluß zum Bau eines unterirdischen Forschungswerkes wurde getroffen, ohne daß überprüft worden wäre, wie lange der Bau einer solchen Anlage und vor allem wie lange die Entwicklung der geplanten Waffen dauern würde. Dieses Projekt war neben Dora-Mittelbau das zweite große unterirdische Bauvorhaben und der erste Neubau einer unterirdischen Anlage, den die SS im Auftrag des Ministeriums Speer und des Heeres durchführen sollte.<sup>30</sup>

Das dritte Konzentrationslager in Österreich neben Wiener Neustadt und Ebensee, das für die Raketenrüstung eingerichtet wurde, war Redl-Zipf in Oberösterreich. In den Kellern der dortigen Brauerei wurden jene Anlagen zur Erzeugung von Raketentreibstoff und Vorrichtungen zum Test von Brennkammern aufgebaut, die ursprünglich zur Ergänzung des Serienwerkes in Wiener Neustadt vorgesehen waren. Kammler konnte dank seiner Vollmachten schnell auf die Häftlinge im KZ Mauthausen zurückgreifen und am 11. Oktober 1943 das KZ Redl-Zipf einrichten.<sup>31</sup>

Der Ausbau der unterirdischen Anlagen bei Nordhausen und der Neubau von Stollen in Ebensee mit KZ-Häftlingen wurde zum Modell für die Verlagerung der Industrie in vor Luftangriffen geschützte unterirdische Räume. Gegen den Einsatz von KZ-Häftlingen und die unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen gab es von keiner Seite Einwände, sie wurden von allen Verantwortlichen „in Kauf genommen“.

### **Die Stollenanlagen in Ebensee**

Die Häftlinge des am 18. November 1943 eingerichteten Konzentrationslagers Ebensee mußten sofort an der Erbauung zweier riesiger Stollenanlagen arbeiten. Die Stollenanlage „A“ hätte, nach den Planungen der Peenemünder Ingenieure, alle wesentlichen Einrichtungen der Forschungsanstalt Peenemünde aufnehmen sollen. Die Stollenanlage „B“ war für die Prüfstände der Raketen vorgesehen. Wegen ständig neuer Forderungen der Peenemünder Raketenforscher nach mehr Raum und Änderung der Pläne, geologischer Schwierigkeiten, der Notwendigkeit, Bauvolumen einzusparen, und durch die allgemeinen

---

<sup>29</sup> Ebd., S. 53.

<sup>30</sup> Ebd., S. 61 ff.

<sup>31</sup> Näheres dazu bei: Freund/Perz, „Serbenhalle“ (s. Anm. 13), S. 82 ff. Zur Geschichte des KZ Redl-Zipf: Paul Le Caer, KL Mauthausen Schlier Redl-Zipf 1943–1945. Paris 1984.

kriegswirtschaftlichen Schwierigkeiten verzögerte sich die Fertigstellung der unterirdischen Anlagen.<sup>32</sup>

Im Frühjahr 1944 spitzte sich die militärische und kriegswirtschaftliche Situation des Deutschen Reiches krisenhaft zu. Durch die schwerwiegenden Auswirkungen des strategischen Luftkriegs der Alliierten gegen die deutsche Flugzeugproduktion war die NS-Führung gezwungen, den Schwerpunkt der Rüstung auf die Produktion von Jagdflugzeugen zu verlegen, um aktiv durch die Abwehr der Luftangriffe die Rüstungsproduktion weiter zu ermöglichen. Passiv sollten die Produktionsanlagen durch die Verlegung in unterirdische Räume geschützt werden.<sup>33</sup> Da die Raketenrüstung nicht die Ergebnisse gebracht hatte, die die NS-Führung erwartet hatte, und die A4-Raketen auch im Sommer 1944 noch nicht einsatzbereit waren, wurde von Hitler entschieden, daß die Ebenseer Stollen nun anders verwendet werden sollten.<sup>34</sup> Zu dieser Entscheidung trug nicht nur die Landung der Alliierten in der Normandie im Juni 1944 bei, sondern auch die systematische Bombardierung der Treibstoffproduktion. Die Stollenanlage „A“ in Ebensee wurde im Rahmen eines großangelegten Notprogrammes für die Einrichtung einer Raffinerie beansprucht, die bis Kriegsende zum Teil in Betrieb ging. Doch auch die fertiggestellten Bereiche der Raffinerie in Ebensee konnten nicht mit voller Kapazität arbeiten, da die Alliierten ab Herbst 1944 systematisch Verkehrswege bombardierten und dadurch das Verkehrssystem lahmlegten, das durch die Dezentralisierung der Industrien ohnehin überlastet war.<sup>35</sup>

Als im August 1944 die Konstruktionsfehler der A4-Rakete beseitigt waren, erhielt die Produktion der Raketen wieder Priorität. Die Verlagerung der Forschungsanstalt Peenemünde wurde für die Weiterentwicklung der Raketen nach wie vor als besonders wichtig erachtet, da die NS-Führung ihre irrationale Hoffnung, durch „Wunderwaffen“ aus der hoffnungslosen militärischen Situation herauszukommen, nicht aufgegeben hatte. Der Plan, die Stollenanlage „B“ großzügig auszubauen, wurde erst Ende des Jahres 1944 aufgegeben. Die Firma Steyr-Daimler-Puch A.G. bezog die Stollen 4 und 5 der „Anlage B“ und erzeugte dort bis zum Ende des Krieges Motorteile für Lastwagen und Panzer. Die zum Steyr-Konzern gehörenden Nibelungenwerke erhielten die Stollen 1 und 2, um dort Bremstrommeln für Panzer herzustellen. Der Ausbau der Stollenanlage – nun für Zwecke des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns – ging bis zum 4. Mai 1945 in unvermindertem Tempo weiter.<sup>36</sup>

Die Stollen von Ebensee wurden somit völlig anders verwendet, als es ursprünglich geplant und von den Raketenforschern gefordert worden war. Anstatt die Geburtsstätten von „Wunderwaffen“ zu sein, wurden die Stollen zu Fabriken für die Erzeugung von Benzin, Bremstrommeln und Motorenteilen. Der Mythos der „Wunderwaffen“ wurde mehr als zwanzig Jahre später Realität durch die amerikanische Mondfahrt, die man in Österreich

---

<sup>32</sup> Näheres dazu bei: Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 61 ff.

<sup>33</sup> Allgemein zur Verlagerung der Industrie in Stollen: Rainer Fröbe, Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie, 1943–1945. In: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991, S. 317–350.

<sup>34</sup> Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 80 ff.

<sup>35</sup> Ebd., S. 88 ff.

<sup>36</sup> Ebd., S. 108 ff.

und Deutschland ungeniert als Erfolg „unserer Raketenpioniere“ feiern konnte. Die skrupellosen Techniker des NS-Staates, die bei dieser Gelegenheit nochmals mit Ehrungen überhäuft wurden, schufen die Grundlage dieser Technologie unter besonderen Bedingungen: der Zwangsarbeit von ausländischen ArbeiterInnen sowie von Kriegsgefangenen und vor allem des massenhaften Todes von KZ-Häftlingen. Die Verantwortlichen der nationalsozialistischen Raketenrüstung, wie Wernher v. Braun, Walter Dornberger oder der technische Leiter der unterirdischen Raketenfabrik Dora-Mittelbau, Arthur Rudolf, die sich nach dem Krieg als „unpolitische Techniker“ deklarierten, hatten sich weder von der Frage nach dem Zweck ihrer Arbeit stören lassen noch von jener, unter welchen Umständen die neuen Kriegsprodukte erzeugt wurden. Sie bedauerten nach 1945 lediglich, daß die Entwicklung und der Einsatz der Raketen „zu spät“ erfolgt sei, und erinnerten sich an ein „unbändiges Gefühl des Glückes und der Dankbarkeit“, wenn sie an die Jahre 1938 bis 1945 dachten.<sup>37</sup> Nach 1945 wurden die Entscheidungsträger des Raketenprogrammes nicht wegen Kriegsverbrechen angeklagt, denn sie und ihr Know-how waren willkommene Beute der alliierten Mächte. Manche von ihnen, wie z. B. Wernher v. Braun, konnten ihre Karriere ohne Unterbrechung fortsetzen und wurden jahrzehntelang als „Raketenpioniere“ gefeiert. Daß diese Männer mitverantwortlich für den mörderischen Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen waren, blieb außerhalb jeder Betrachtung. Die Faszination der Technik und der Mythos der „Wunderwaffen“ deckten die Verbrechen zu und wirken bis heute fort.

### **Die Häftlingsgesellschaft in einem Außenlager des KL Mauthausen**

Eugen Kogon gab seinem 1945 verfaßten Buch über das System der deutschen Konzentrationslager den Titel „Der SS-Staat“.<sup>38</sup> Die Forschungen der letzten zwanzig Jahre, wie auch die bisherigen Ausführungen, haben ergeben, daß von einem Staat im Staat keine Rede sein konnte. Es stellt sich die Frage, wie sich der äußere Zweck des Lagers auf das Leben, die Lebensbedingungen und die Häftlingsgesellschaft auswirkte. Im folgenden werde ich mich auf die Analyse einer Häftlingsgesellschaft in der Spätphase des Dritten Reiches beschränken, obwohl mir bewußt ist, daß die Häftlingsgesellschaft eines Außenlagers nicht ohne die des Hauptlagers und ohne die Frage nach den Bewachern betrachtet werden kann. Der bisherige Forschungsstand über Mauthausen und die Mauthausener SS läßt eine solche Analyse jedoch noch nicht zu.<sup>39</sup> Die zentrale Frage ist, welchen Einfluß Häftlingsnummer, Kategorie, Nationalität, Stellung in der Häftlingshierarchie und berufliche Qualifikation auf die Überlebenschancen hatten.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> So z. B. Walter Dornberger 1952. Walter Dornberger, V2 – Der Schuß ins Weltall. Eßlingen 1952.

<sup>38</sup> Das Buch ist seit 1945 in zahlreichen Auflagen erschienen: Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1977.

<sup>39</sup> Zum Forschungsstand siehe: Florian Freund, Zum Stand der Forschung zu den Außenlagern von Mauthausen. In: Nouvelles recherches sur l'univers concentrationnaire et d'extermination nazi (Textes réunis et publiés sous la direction de Jacques Bariéty), Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande, tome 27, numero 2, Avril – Juin 1995, S. 275–282; Bertrand Perz, Das Konzentrationslager Mauthausen in der historischen Forschung. In: ebd., S. 265–274.

<sup>40</sup> Grundlegend zu diesen Fragen: Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager. Hamburg 1978; Wolfgang Sofsky, Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager. Frankfurt/M 1993; G. Armanski (s. Anm. 1).

Die SS bestimmte die Struktur der Häftlingsgesellschaft. In fast alle wichtigen Funktionen, wie die des Lagerältesten, Blockältesten, Lagerschreibers usw., setzte sie erprobte, „alte“ Häftlinge ein. Für die ersten Transporte nach Ebensee wurden daher solche Häftlinge ausgewählt, die sich in der Lagerhierarchie in Mauthausen oder anderen Außenlagern bereits „bewährt“ hatten. Mit dem ersten Transport kamen im November 1943 60 Häftlinge in Ebensee an, von denen 43 bereits vor dem Juni 1942 und nur zehn der Häftlinge 1943 nach Mauthausen eingeliefert worden waren. Wie aus den Häftlingsnummern bei späteren Transporten hervorgeht, kamen nach dem November 1943 durchwegs Häftlinge, die erst kurz zuvor in das KZ Mauthausen eingeliefert worden waren. Ab Beginn des Jahres 1944 spiegeln sich in den Transporten unmittelbar die politisch-militärischen Ereignisse ganz Europas wider. Jüdische Häftlinge kamen im Juni 1944 nach Ebensee. Es waren ungarische Juden, die die Selektion in Auschwitz überlebt hatten und von dort nach Mauthausen transportiert worden waren. In den darauffolgenden Monaten kamen jüdische Häftlinge nur mehr vereinzelt nach Ebensee; erst im Frühjahr 1945 bildeten jüdische Häftlinge wieder die Mehrheit innerhalb der Transporte.<sup>41</sup>

Fast alle Neuankömmlinge nahmen in der Regel zuerst Plätze in den schlechtesten Arbeitskommandos ein, bis die Überlebenden dann nach dem nächsten Transport „Aufstiegsmöglichkeiten“ in der Häftlingsgesellschaft vorfanden. Die privilegierte Schicht vor allem von Deutschen, Österreichern, Luxemburgern, Tschechen und Spaniern war während der gesamten Existenz des Lagers sehr klein. Es waren lediglich sieben bis acht Prozent der Häftlinge. Ca. ein Drittel der Häftlinge war unmittelbar vom Tod bedroht, die übrigen bildeten die Mittelschicht.<sup>42</sup>

Hervorzuheben ist, daß die Ungleichheit unter den Häftlingen wesentlich größer war als im Hauptlager Mauthausen. Die Privilegien einzelner Häftlingsfunktionäre überstiegen bei weitem jene in vergleichbaren Positionen im Hauptlager. So hatte z. B. der Zweite Lagerälteste eine eigene Schweinezucht im Lager und besuchte regelmäßig eine Freundin im Ort. Das Ziel der SS, die Häftlinge mit geringstmöglichem Aufwand zu beherrschen und dabei trotzdem maximalen ökonomischen Nutzen zu erzielen, wurde durchgehend dadurch verwirklicht, daß in der „Prominenz“ ein Gleichgewicht zwischen jenen erzielt wurde, die als willfähige Handlanger den gewünschten ökonomisch zielgerichteten Terror ausübten, und jenen, die durch effiziente Verwaltung bestrebt waren, ihr eigenes Häftlingskollektiv zu schonen. Diese meist politischen Häftlinge versuchten auch für die gesamte Häftlingsgesellschaft Verbesserungen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Sie benutzen dazu ökonomische Argumente gegenüber der SS und vor allem gegenüber den Angehörigen der Privatfirmen, die die Bauarbeiten ausführten.<sup>43</sup>

Die Nationalität und die Häftlingskategorie („politisch“, „kriminell“ usw.) hatte durch die rassistische Hierarchisierung größten Einfluß auf die Stellung innerhalb der

---

<sup>41</sup> Detailliert zu den Transporten nach Ebensee siehe: Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 150 ff.

<sup>42</sup> Ebd., S. 147. Dieser Befund deckt sich mit den Schätzungen Pingels zur Spätphase des KZ-Systems. Vgl. Pingel (s. Anm. 40), S. 108.

<sup>43</sup> Vgl. Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 149.

Häftlingsgesellschaft und damit auf die Überlebenschancen.<sup>44</sup> Dies wird bei der Analyse der Todeszahlen der einzelnen Nationalitäten und Kategorien deutlich.

Am 3.5.1945, unmittelbar vor der Befreiung, befanden sich Häftlinge mit folgenden Nationalitäten im KZ Ebensee:<sup>45</sup>

Polen	32,5 %	5346	andere	3,8 %	627
Sowjets	25,9 %	4258	Jugoslawen	3,6 %	594
Ungarn	13,8 %	2263	Italiener	2,7 %	443
Franzosen	7,0 %	1147	Griechen	1,7 %	282
Deutsche	6,7 %	1107	Spanier	1,3 %	220

Der Vergleich der Zahl der Toten einer Nationalität mit der Gesamtzahl der nach Ebensee verschleppten Personen dieser Nationalität (wobei diese Gesamtzahl die von Ebensee in das „Sanitätslager“ des KZ Mauthausen und in andere Konzentrationslager überstellten Personen nicht enthält) erlaubt einen Rückschluß auf die Stellung der Gruppen in der Häftlingsgesellschaft und damit auf die Überlebenschancen einzelner Gruppen.

Die folgende Tabelle zeigt die Sterblichkeit je nach Nationalität:<sup>46</sup>

Nationalität	Tote	Lagerstand 3.5.1945	Todesrate
Italiener	560	443	55,83%
Ungarn	1864	2263	45,17%
Polen	2536	5346	32,17%
Griechen	120	282	29,85%
Jugoslawen	284	594	32,35%
Franzosen	390	1147	25,37%
Sowjets	1249	4258	22,68%
Tschechen	38	162	19,00%
Deutsche	146	1107	11,65%
Spanier	3	220	1,35%
Andere	285	627	31,25%
<i>Gesamt</i>	<i>7475</i>	<i>16449</i>	<i>31,24%</i>

<sup>44</sup> Im Herbst 1944 befanden sich nach übereinstimmenden Schätzungen überlebender Häftlinge folgende Nationalitäten im Lager: 35% Polen, 30% Sowjets, 6% Franzosen, 5% Italiener, 4% Jugoslawen, 1,5% Spanier, 1,5% Deutsche, zu denen auch die Österreicher gezählt wurden, und schließlich 15% ungarische Juden sowie einzelne Angehörige anderer Nationalitäten. Bis zur Befreiung des Lagers am 6. Mai 1945 veränderte sich durch die zahlreich eintreffenden Transporte die nationale Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft.

<sup>45</sup> Handschriftliche Aufstellung des Häftlingsstandes, 3.5.1945, Privatarchiv Drahomir Bárta, Prag; Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 157.

<sup>46</sup> Freund, ebd., S. 161, 157 ff. Ausgangspunkt der Berechnung ist die Aufstellung der Nationalitäten und Kategorien von 16.449 Häftlingen vom 3.5.1945, handschriftliche Aufstellung, Privatarchiv Bárta (s. Anm. 45) und die 7475 namentlich bekannten Toten bis zum 6. Mai 1945. In der Berechnung sind daher nicht berücksichtigt: die von Ebensee in andere Lager überstellten Häftlinge und jene Häftlinge, die zwischen dem 1. und 3. Mai starben und die nicht namentlich bekannt sind. Die so berechnete Sterblichkeit ist als Schätzung anzusehen.

Italiener, Sowjetbürger und Polen befanden sich demnach am unteren Ende der Häftlingsgesellschaft, Jugoslawen, Griechen, Franzosen und kleiner Nationalitätengruppen bildeten die Mittelschicht, Deutsche, Tschechen und Spanier die Oberschicht. Fast alle Ungarn waren Juden, daher war auch unter den Ungarn die Sterblichkeit sehr hoch. Dieser Befund wird bei der Berechnung der Sterblichkeit nach den Häftlingskategorien bestätigt. Dabei weisen die Häftlinge mit der Kategorie „Jude“ eine Sterblichkeit von 38 Prozent auf, während politische Häftlinge 31 Prozent, Sowjetische Kriegsgefangene 23 Prozent, „Zivilrussen“ 17 Prozent und als „kriminell“ kategorisierte Häftlinge 13,1 Prozent Sterblichkeit aufweisen.<sup>47</sup> Die Todesrate der als Juden kategorisierten Menschen von fast 40 Prozent ist auch darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil von ihnen völlig erschöpft mit Evakuierungstransporten im Frühjahr 1945 in Ebensee eingetroffen war. Dennoch ist diese hohe Sterblichkeit signifikant für die Stellung von Juden jeder Nationalität in der Häftlingsgesellschaft. Ebenfalls signifikant ist die relativ niedrige Sterblichkeit von „kriminellen“ Häftlingen.

Noch klarer wird die Stellung der jüdischen Häftlinge an Hand der Analyse der Häftlingskategorien aller von November 1943 bis Dezember 1944 Verstorbenen, denn dies war ein Zeitraum, in dem das KZ Ebensee „normal“ funktionierte und noch keine Evakuierungstransporte das Lager erreicht hatten. Obwohl erst im Juni 1944 jüdische Häftlinge nach Ebensee gekommen waren und sie während der zweiten Jahreshälfte 1944 nur ca. 15 Prozent der Lagerbevölkerung bildeten, waren 21 Prozent der Toten vom November 1943 bis Dezember 1944 jüdischer Herkunft.<sup>48</sup> Die Lebensbedingungen von Juden, die bereits 1944 wesentlich schlechter waren als die anderer Häftlinge, verschärfen sich 1945 noch. Infolge der Evakuierungstransporte aus Konzentrationslagern im Osten stieg die Zahl der Juden im Lager auf über 30 Prozent. 45 Prozent der vom 1.1. bis zum 1.5.1945 Verstorbenen waren Juden.

Die extrem hohe Todesrate der italienischen Häftlinge – fast alle waren als „politische“ kategorisiert – dürfte mit der besonderen Diskriminierung durch die SS zu erklären sein, die Italiener nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 als „Verräter“ gebrandmarkt hatte.<sup>49</sup> Unter den Deutschen wie auch unter den Spaniern fanden sich besonders viele Funktionshäftlinge, eine Tatsache, die wesentlich zu einer niedrigeren Sterblichkeit ihrer Gruppe beitrug. Gerade bei den Spaniern dürfte sich der ganz besondere Zusammenhalt und die Gruppensolidarität nach jahrelangen Erfahrungen in Konzentrationslagern ausgewirkt haben, wie sie in der Literatur als typisch für die Zeit nach 1943 beschrieben wird.<sup>50</sup>

Die hier geschilderte rassistische Hierarchisierung entlang der Kriterien von Nationalität und Häftlingskategorie dürfte charakteristisch für die meisten KZ-Außenlager in der Spätphase des Dritten Reiches gewesen sein. Für das KZ Ebensee lassen sich jedoch auch

---

<sup>47</sup> Details dazu bei: Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 161 ff.

<sup>48</sup> Die 1944 als verstorben gemeldeten Juden stammten zu 95,8 Prozent aus Ungarn und zu 4,2 Prozent aus Polen. Erst durch die Evakuierungstransporte im Frühjahr 1945 kamen auch Juden aus anderen Ländern Europas nach Ebensee. Vgl. ebd., S. 163 f.

<sup>49</sup> Ebd., S. 161.

<sup>50</sup> Ebd., S. 162.

die Auswirkungen der individuellen Qualifikation auf die Stellung in der Häftlingshierarchie und auf die Überlebenschancen nachweisen.<sup>51</sup>

Bereits die Häftlinge des ersten Transports, die von der SS dazu bestimmt waren, die wichtigsten Funktionen in der Lagerhierarchie zu übernehmen, wurden nach Kriterien der beruflichen Qualifikation ausgesucht. Weit über die Hälfte von ihnen hatte vor der Inhaftierung einen qualifizierten Beruf ausgeübt. Alle weiteren Transporte nach Ebensee bis Ende 1944 wurden ebenfalls nach den Kriterien der Arbeitsfähigkeit und der Qualifikation zusammengestellt. In der Regel kamen nur arbeitsfähige Männer im Alter zwischen 20 und 40 Jahren, möglichst mit beruflicher Qualifikation, in das Lager. Erst im Frühjahr 1945 erfolgten die Transporte nach Ebensee nicht mehr aus ökonomischen Gründen und nicht nach dem Kriterium der Arbeitsfähigkeit.<sup>52</sup>

Facharbeiter zu sein oder sich als solcher auszugeben, konnte die Überlebenschancen wesentlich erhöhen.<sup>53</sup> Einige Firmen verteilten zusätzliche Essensrationen an Facharbeiter. Wie in allen Lagern wurden auch in Ebensee die Listen über Arbeits(un)fähige nach Facharbeitern und Hilfsarbeitern getrennt geführt, wobei erstere mit Beruf, Namen und Häftlingsnummer angegeben waren, während bei den Hilfsarbeitern lediglich die Häftlingsnummer notiert wurde. Bei Rücktransporten von Kranken in das Sanitätslager in Mauthausen wurden die Facharbeiter eigens angeführt. Die Blockschreiber meldeten der Lager-schreibstube täglich getrennt nach Hilfs- und Facharbeitern jene Häftlinge, die Block-schonung erhielten. Alle diese Maßnahmen beweisen den großen Druck von oben, mit den Häftlingsfacharbeitern sorgfältig umzugehen, da sie für die Erfüllung der Bauaufgaben dringend benötigt wurden.

Für den 29. März 1945 ist eine genaue Aufstellung der Häftlingskommandos des KZ Ebensee erhalten, aus der hervorgeht, daß zu diesem Zeitpunkt von 9305 Häftlingen im Lager 1125 (= 11 Prozent) Facharbeiter waren.<sup>54</sup> Wenn man aber zugrundelegt, daß auch 1944 11 Prozent der Lagerinsassen Facharbeiter waren, so kann man aus verschiedenen Aufstellungen dieses Jahres ersehen, daß der Prozentsatz der Facharbeiter unter den Kranken höher war. Dies kann als Hinweis darauf gewertet werden, daß Facharbeiter leichter als andere den Status als Kranke zuerkannt erhielten, da die Firmen und die SS großes Interesse an einer längeren Überlebensdauer von Häftlingsfacharbeitern hatten. Hilfsarbeiter waren im Gegensatz zu Facharbeitern leichter zu ersetzen.

Das Beispiel des KZ Ebensee bestätigt die These Pingels, daß die differentiellen Auswirkungen von Nationalität und zugeteilter Häftlingskategorie durch die ökonomische Ausrichtung des Lagers abgeschwächt wurde. Der für einen effizienten Produktionsprozeß notwendigen Versorgung der Häftlings(fach)arbeiter mit Nahrung, Bekleidung usw. stand eine Hierarchisierung alleine nach den rassistischen Kriterien der NS-Ideologie entgegen. Die individuelle Qualifikation des einzelnen Häftlings für den Arbeitseinsatz rückte gegenüber den ideologischen Rangstufen etwas in den Vordergrund.<sup>55</sup>

---

<sup>51</sup> Allgemein zur tendenziellen Verringerung der Bedeutung von Nationalität und Kategorie siehe: Pingel (s. Anm. 40), S. 130 ff.

<sup>52</sup> Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 150 ff.

<sup>53</sup> Siehe dazu und zum Folgenden: ebd., S. 249 ff. und 287 ff.

<sup>54</sup> Schreiben an Mauthausen Arbeitseinsatz, Häftlingskommando für „S.-Kalksteinbergwerk“, 29. 3. 1945, Muzej Narodke Revolucije Zagreb (MNRZ), Vgl. Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 251.

<sup>55</sup> Vgl. Pingel (s. Anm. 40), S. 130 ff.

Der auf die Häftlinge ausgeübte systematische Terror entsprach der ökonomischen Zielsetzung des Lagers. Im Interesse eines raschen Fortschritts der Bauarbeiten war zwar der Tod von zahlreichen Häftlingen einkalkuliert, aber er sollte nicht als Folge unüberlegter Mißhandlungen eintreten. Aus den Erinnerungen der Häftlinge ist es nicht leicht, den Unterschied zwischen willkürlichem und systematischem Terror zu analysieren, jedoch zeigt alleine das Beispiel der Absetzung des Lagerführers von Ebensee, Otto Riemer, nach dem 23. Mai 1944 das Bestreben der Kommandantur in Mauthausen, den willkürlichen Lagerterror einzuschränken.<sup>56</sup> An diesem Tag hatte er betrunken mindestens acht Häftlinge eines in das Lager zurückkehrenden Arbeitskommandos erschossen, weitere Häftlinge starben in den nächsten Tagen an den Folgen von Schußverletzungen. Das wäre noch nichts Außergewöhnliches gewesen, doch der Versuch, die Morde wie üblich bürokratisch zu vertuschen, scheiterte. Die Privatfirmen, die fürchteten, „ihre“ Arbeiter zu verlieren, benachrichtigten die Kommandantur in Mauthausen, und Riemer wurde noch auf dem Appellplatz von Ebensee degradiert und zur Poststelle im KZ Gusen versetzt. Die Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge hatte Vorrang vor den ideologisch motivierten Vernichtungsabsichten. Da jede Beeinträchtigung der Arbeitsleistung der Häftlinge unerwünscht war, reagierte die Lagerführung von Mauthausen sehr schnell mit seiner Absetzung. Sein Nachfolger, Obersturmführer Anton Ganz, verübte ebenfalls zahlreiche Grausamkeiten und Morde. Doch diese waren im Sinne der SS-Führung. Aus den Erzählungen überlebender Häftlinge geht sehr deutlich hervor, daß die von Ganz begangenen Verbrechen in Zusammenhang mit dem systematischen Antreiben der Inhaftierten zur Arbeit standen. Ziel war, die Häftlinge durch systematischen, differenzierten Terror zu größerer Arbeitsleistung zu zwingen. Trotz der den Häftlingen verweigerten Reproduktionsmöglichkeiten sollten diese die ihnen aufgezwungene Arbeit ausführen. Exzeßstaten konnten nur in beschränktem Maße Teil des systematischen Terrors sein.

Berichte Überlebender bestätigen, daß die Ökonomisierung der Häftlingsarbeit und die zunehmende Bedeutung der individuellen Qualifikation zu einer Differenzierung innerhalb der verschiedenen Häftlingsgruppen beitrugen und individuell die Stellung in der Häftlingengesellschaft verändern konnten, auch wenn die Grenzen von Nationalität und Kategorie in der Regel nicht überschritten werden durften.

Konzipiert dafür, möglichst effizient die Arbeitskraft der Häftlinge auszubeuten, sollte die Infrastruktur des Lagers nicht mit Kranken und Toten belastet werden. Das Sterben wurde daher in das sogenannte „Sanitätslager“ in Mauthausen ausgelagert. Von der Einrichtung des Lagers in Ebensee im November 1943 bis Ende des Jahres 1944 wurden in regelmäßigen Abständen insgesamt 2162 Häftlinge, zum größten Teil Schwerkranke, abtransportiert. Der tatsächliche „Verschleiß“ von Häftlingen war damit nicht so unmittelbar sichtbar.<sup>57</sup>

---

<sup>56</sup> Freund, „Arbeitslager Zement“ (s. Anm. 15), S. 133.

<sup>57</sup> Bei den oben genannten Zahlen sind diese Transporte nicht berücksichtigt, da zum Teil die Transportlisten nicht erhalten sind. Vgl. Freund, Arbeitslager Zement, S. 321 ff.

Im Frühjahr 1945 ging aufgrund der unmittelbar absehbaren Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland immer mehr der ökonomische Zweck des Lagers verloren. Durch Evakuierungstransporte trafen Tausende entkräftete Häftlinge in Ebensee ein. Durch die unhygienischen Zustände und die Überfüllung des Lagers bestand die Gefahr des Ausbruchs von Seuchen. Die SS reagierte mit dem in solchen Situationen üblichen Verhaltensmuster. Durch Mord suchte sie die Zahl der kranken Häftlinge systematisch zu dezimieren. Doch auch dieser Vorgang muß im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung der SS interpretiert werden. Durch die Mangelsituation des Deutschen Reiches und die unterbrochenen Verkehrsverbindungen konnten (und wollten) die Ernährungsämter keine zusätzlichen Nahrungsmittel bereitstellen.<sup>58</sup> Für die Häftlinge hatte dies katastrophale Folgen, wie Drahomir Bárta in seinem geheim geführten Tagebuch festhielt:

„Mit der Ankunft von 2000 Häftlingen aus Auschwitz hat sich die Versorgungslage im Lager erheblich verschlechtert. Das Brot ist ausschließlich aus Kleie, sauer und stinkt nach Fäulnis. Kleine Stücke verbrannter Kohle sind im Brot und andere Sachen, wenn man das Brot ißt, dann knirscht es zwischen den Zähnen. Die Suppe ist sehr dünn, 3/4 Liter, auf dem Revier ein Brot für 6 Leute und einen halben Liter Suppe. Täglich haben wir 30–40 Tote.“<sup>59</sup>

Das Beispiel des Konzentrationslagers Ebensee zeigt, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen ökonomischem Zweck des Lagers, der Stellung der Häftlinge in der Häftlingshierarchie und den Überlebenschancen einzelner Gruppen und Individuen gab. Zu einem tieferen Verständnis aber wären weitere neue Forschungen und vor allem Vergleiche mit anderen Lagern notwendig. Es ist außerdem die Frage zu diskutieren, welchen Einfluß die außerhalb der Lager zu suchenden Rahmenbedingungen auf die Häftlingengesellschaft hatten, wie sich die wirtschaftlichen und politischen Absichten der SS im Kriegsverlauf und die Entwicklung der Kriegswirtschaft auf die Häftlingengesellschaften auswirkten. Das größte Forschungsdefizit ist jedoch das mangelnde Wissen um die Wachmannschaften, die letztendlich Teil der Lagergesellschaft waren.

---

<sup>58</sup> Siehe dazu: ebd., S. 151 ff.

<sup>59</sup> Tagebuch Drahomir Bárta, Eintragung vom 18.2.1945. Privataarchiv Bárta (s. Anm. 45).

Wolfgang Quatember

## **Die Geschichte der KZ-Gedenkstätte Ebensee**

Die Geschichte der KZ-Gedenkstätte Ebensee ist eine derjenigen, die bislang noch nicht geschrieben wurde. Dabei existiert eine Fülle von verstreut liegenden Schriftstücken und Zeitungsartikeln, die die vor allem in den Nachkriegsjahren heftig umstrittene Gedächtnisstätte samt dem Opferfriedhof zum Inhalt haben. Insbesondere aus historischer und politischer Sicht ist es nicht unwesentlich, wie sich das Erscheinungsbild einer Gedenkstätte, der Umgang mit deren Existenz, ja das Gedenken an KZ-Opfer an sich im Lauf der Jahre wandelt.

Während sich die Gemeinde- und Landespolitiker bis etwa 1955 mit den „unseligen“ Relikten des früheren Konzentrationslagers auseinandersetzen mußten – verschiedene Komitees von Exhäftlingen und „Displaced Persons“, die in Österreich lebten, sowie KZ-Verbände konnten sich für geraume Zeit einen gewissen öffentlichen Einfluß bewahren –, blieb ab Mitte der 50er Jahre bis etwa 1985 die Existenz des „KZ-Friedhofes“ in Ebensee ein „wohlbehütetes Geheimnis“.

Bis zum Jahr 1955 wurden, wie in den Regionalzeitungen zu verfolgen ist, regelmäßig im Mai Gedenkfeiern, anfangs auch am ehemaligen Appellplatz des Lagers, unter großer internationaler Beteiligung abgehalten. Regional- und Landespolitiker sowie Vertreter der KZ-Verbände und der katholischen, evangelischen und jüdischen Konfessionen nahmen teil. Zu Allerheiligen veranstaltete die Gemeinde Ebensee eine Feier am KZ-Friedhof, anschließend am SS-Friedhof (!) in Steinkogl. Nach dessen Auflassung rückte das Kriegerdenkmal ins Zentrum des Gedenkens.

Dem Stigma, ein KZ-Standort gewesen zu sein, versuchte man in Ebensee mit der Strategie der strengsten Geheimhaltung zu begegnen. Drei Kilometer außerhalb des Ortes, versteckt hinter einer zusehends ihr Volumen maximierenden Wohnsiedlung, vermutete kaum jemand von den Auswärtigen einen „KZ-Friedhof“, und das hielt man für gut. 1985, anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung des KZ Ebensee, organisierten einige engagierte EbenseerInnen – möglicherweise würde man diese heute im „F-Ton der Entrüstung“ einfach „Nestbeschmutzer“ nennen – eine Ausstellung über das frühere Konzentrationslager. Der junge sozialdemokratische Ebenseer Bürgermeister Rudolf Graf inkludierte in sein Arbeitsprogramm das Ziel, die in jahrelanger Mühe weit gewordenen Erinnerungslücken zu schließen. 1987 wurde eine Städtepartnerschaft zwischen Ebensee und Prato (viele KZ-Opfer stammten aus der Stadt in der Toskana) geschlossen. 1988 erfolgte die Gründung des Vereines Widerstandsmuseum. Ein Stollengang konnte von den Österreichischen Bundesforsten zu Schauzwecken angemietet werden, sechssprachige Informationstafeln auf dem Friedhofsgelände erläutern die Geschichte des Lagers in Kurzform, und seit geraumer Zeit werden fachkundige Führungen durch das Lagergelände angeboten.

Der lange verwaist gewesene „KZ-Friedhof“ wird mehr und mehr zur internationalen Gedenkstätte, auch wenn der eine oder andere Hausbesitzer am früheren Lagergelände sich durch das vermehrte Auftreten von PKWs mit ausländischem Kennzeichen und den dazugehörenden Leuten im Genuß seiner kleinhäuslichen Idylle gestört fühlt.

## Die Geschichte im Detail

Als das KZ Ebensee am 6. Mai 1945 von US-Truppen befreit wurde, fanden die Soldaten rund 1000 Leichen, vor dem Krematorium und am Lagergelände liegend, vor.

Insbesondere polnische, französische und jüdische Überlebende wollten die toten Kameraden würdig bestatten. Um einen Friedhof errichten zu können, enteigneten die Behörden ein Grundstück der früheren NS-Landesbäurin Antonia W. an der Ischlerstraße (früherer Verlauf der Bundesstraße 145), 2 Kilometer vom Lagergelände entfernt. Am 2. Juni 1946 erfolgte die Einweihung des KZ-Friedhofes und eines eindrucksvollen steinernen Monumentes mit der aus heutiger Sicht nicht vertretbaren Inschrift „Zur ewigen Schmach des deutschen Volkes“.

Das KZ-Lagergelände selbst war in der Zwischenzeit für eine Wohnsiedlung parzelliert und zur Verbauung freigegeben worden. In einer Niederschrift anlässlich einer Besichtigung des KZ-Lagergeländes vom 3.3.1949 wird festgestellt, daß von den Baulichkeiten des KZs fast nichts mehr vorhanden sei, von den Baracken seien noch vier in einem sehr schlechten Zustand erhalten, vom ehemaligen Krematorium seien noch zwei Mauerpfeiler sichtbar. Es sei beabsichtigt, auf dem Lagerareal eine Wohnsiedlung zu errichten, wobei bei der Planung jedoch auf keine Weihestätten und Denkmäler Rücksicht genommen wurde. Der KZ-Verband ersuchte in der Folge, wenigstens den Torbogen des Haupteinganges zu erhalten.

Bezugnehmend auf den Antrag um Erhaltung des Lagertores, schrieb die BH Gmunden an das Amt der OÖ Landesregierung: „Vom ersten Lagertor existieren nur mehr 3 nackte Betonsäulen, die abgerissen werden sollen, da sie das Landschaftsbild nachhaltig beeinflussen und als Erinnerungsmonument keinesfalls in Betracht kommen.“

In der Nähe des 2. Eingangstores, einem Torbogen, seien bereits die Grundfesten von vier Siedlungshäusern errichtet worden.

Obwohl Landeshauptmann Dr. Gleißner angekündigt hatte, den gegenständlichen Torbogen unter Denkmalschutz zu stellen, schlug die BH Gmunden vor, den Torbogen, da er im geplanten Siedlungsgelände stehe, abzutragen und in der Nähe des „Lepetit-Denkmales“ einen ähnlichen wieder aufzubauen.

Der Torbogen ist nicht abgetragen worden und befindet sich heute noch an seiner ursprünglichen Stelle. Die großen Torflügel aus Holz sind in der Gedenkstätte Mauthausen aufbewahrt. Auf die heute brennende Frage, warum das Lager als authentisches Zeugnis nicht erhalten, sondern relativ rasch verbaut wurde, geben die Gemeindeausschußprotokolle der Gemeinde Ebensee Aufschluß.

Obwohl der sozialdemokratische Bürgermeister Max Zieger als Fremdenverkehrsreferent am 25. Juli 1945 noch in Aussicht stellt: „Die Seilschwebbahn, das ehemalige KZ-Lager und die verschiedenen Baufirmen werden sicher Anlaß zu einem späteren Besuch des Ortes geben“, werden seitens der Gemeinde keine Anstrengungen unternommen, das KZ-Lager als Gedenkstätte zu erhalten. Dafür war primär war die Tatsache ausschlaggebend, daß in den noch bestehenden Baracken erst deutsche und österreichische Kriegsgefangene in US-Internierung standen, später dann Heimatvertriebenen („displaced persons“) Aufnahme gewährt werden mußte. Bürgermeister Zieger am 2.4.1946: „Es ist ein untragbarer Zustand, daß wieder ein Lager mit Ungarn errichtet werden sollte [...]“. NR Mittendorfer plädiert am 30.7.1946 für den Bau einer Arbeitersiedlung am 20 Hektar großen früheren KZ-Areal, zumal dort Baugründe von den Forstämtern zur Verfügung gestellt würden. Er habe bereits mit Landeshaupt-

mann Gleißner darüber gesprochen. Dieser habe für den Vorschlag sehr großes Interesse gezeigt. Im Gemeinderat herrschte in der Folge Einigkeit, den Siedlungsbau weiterzuverfolgen. Aspekte dafür waren die Wasserversorgung, Kanalisation und die Straßen, die durch das Lager vorhanden seien.

GA Neuhauser: „Wir müssen unbedingt trachten, das Lager von unserem Ort wegzubringen, da wir sonst von all dem Elend nicht befreit werden. Ganz dasselbe ist es auch beim Ernährungswesen, denn solange wir die vielen Fremden hier haben, werden immer die Lager an erster Stelle versorgt werden [...].“ Mit dem Bau der Arbeitersiedlung auf dem Lagerareal trachtet die Gemeindeverwaltung, sich gleichzeitig auch des „Ausländer- und Judenproblems“ zu entledigen, wobei die Meinung bestimmend ist, daß Ebensee unter dem KZ-Lager bereits genug gelitten habe. Bgm. Zieger am 19.11.1946: Er habe Auftrag gegeben, daß bei der Rückführung der Fremden strengstes Vorgehen anzuwenden sei. Die Gemeinde verfolge das Bestreben, keinen einzigen Ausländer zurückzubehalten. Ebenso wird in der Wirtschaftsausschußsitzung der Wunsch hinsichtlich der evidenten „Judenfrage“ an den Bürgermeister herangetragen, er möge eine Eingabe an die Landesregierung machen, um dieses „Übel in irgendeiner Weise zu beseitigen“. Es müsse jedenfalls etwas unternommen werden, „da noch immer ganze Scharen [gemeint sind Juden, W. Q.] vom Zuge zum Lager, mit Säcken beladen, eilten“.

Im Laufe des Jahres 1947 wird mit den Vorarbeiten und rechtlichen Verhandlungen zum Siedlungsbau begonnen. Im Oktober 1947 stellt der Linzer Architekt Lassy nach Auftrag der Gemeinde Ebensee ein Modell der Arbeitersiedlung am Gemeindeamt aus. Im April 1949 sind die Grundfesten von vier Siedlungshäusern bereits fertiggestellt.

Heute ist das Gelände des früheren Konzentrationslagers zur Gänze verbaut.

## **Die Stollenanlagen**

Ab Winter 1943/44 wurden beim seit 1909 bestehenden Steinbruch der Firma Hatschek und in der Nähe des KZ-Lagers unter großem technischen Aufwand und unter Einkalkulierung des Todes von Tausenden KZ-Häftlingen etwa sieben Kilometer Stollenanlage errichtet. Entgegen dem ursprünglichen Plan wurden in den unterirdischen Anlagen niemals Raketen produziert. Vielmehr errichteten die Nationalsozialisten in der Anlage A eine Erdölraffinerie aus geraubten französischen Teilen. Obwohl die US-Militärbehörden eine Rückgabe dieser Teile an Frankreich verlangt hatten, produzierte die Raffinerie („Dachs II“) noch bis 1947 und wurde dann wegen Rohölmangels eingestellt. Ohne eine nennenswerte Rentabilität zu erzielen, wurde ab 1949 wieder ein Produktionsversuch gestartet, ehe 1952 das Werk endgültig stillgelegt wurde. Die „Salzkammergutzeitung“ berichtet in ihren Ausgaben vom 27.3. bzw. 24.4.1952:

„Die Demontage der Erdöl-Raffinerie ist abgeschlossen. Das Werk wurde nach Algier übersiedelt, ebenso gingen einige Arbeiter nach Afrika. Das Werk arbeitete nach dem Krieg noch einige Zeit weiter, wurde dann der treuhänderischen Verwaltung der Republik Österreich überstellt und schließlich von einem französischen Unternehmen gekauft.“ [...]

„Nachdem die Erdölanlage Dachs II abgebaut worden war, wurde auch das Schwesternwerk ‚Iltis‘ (Flugzeugbenzinraffinerie) von der Firma Zehentner abtransportiert. Teile des Werkes

lagen seit 1945 auf einer Wiese am linken Ufer der Traun neben der Ischlerstraße in Langwies in der Nähe des Stollens im Wimmersberg, der zu diesem Zweck errichtet werden sollte.“

Die Stollen sind heute noch zur Gänze erhalten. Die Anlage A wird von der Firma Hatschek industriell genutzt. Die Anlage B enthält einen privaten Schießstand, ein Munitionsdepot der Bundesforste und den Gedenkstollen mit der Dauerausstellung des Vereines Widerstandsmuseum.

### **Das „Lepetit-Denkmal“**

Die Tatsache, daß bei der Befreiung am Lagergelände in der Nähe der Revierbaracken und des Krematoriums ein Massengrab mit 1179 Leichen entdeckt wurde, veranlaßte die Mailänderin Hilda Lepetit im April 1947, um die Erlaubnis einzureichen, ebendort ein Denkmal errichten zu dürfen. In diesem Massengrab befindet sich ihr im KZ Ebensee zu Tode gebrachter Gatte. In einem Schreiben vom 9. September 1947 verpflichtete sich das „Österreichische Schwarze Kreuz“, das Denkmal in Form eines Marmorkreuzes mit einer großen Grabplatte zu errichten. Der Entwurf stammte von Architekt Karl Winter aus Ebensee. Die Finanzierung oblag Frau Hilda Lepetit. Am 4. Mai 1948 wurde es feierlich eingeweiht.

Der Bau des „Lepetit-Denkmal“ bot darüber hinaus den Behörden einen willkommenen Anlaß, eine Verlegung des zum Problem gewordenen KZ-Friedhofs an der Ischlerstraße ins Auge zu fassen. Die anklagende Aufschrift auf dem Monument („Zur ewigen Schmach des deutschen Volkes“) und die damit verbundenen Proteste sowie nicht zuletzt Ansprüche der ehemaligen Grundstückseignerin Antonia W., die als NS-Landesbäuerin und Vertraute des öö. Gauleiters August Eigruber am 13.7.1949 aus den NS-Registrierungslisten gestrichen worden war, gaben den Ausschlag für eine Verlegung. Nach einer zweijährigen Planungsphase übernahm die Republik Österreich per Verwaltungsübereinkommen von den Österreichischen Bundesforsten am 11. April 1951 das Gelände um das „Lepetit-Denkmal“ am früheren KZ-Lagergelände. Schon im Dezember 1950 wurde vom Landeskonservatoriat OÖ und der Bauabteilung des Landes OÖ (Herr Ing. Foschum) eine Entwurfsbeschreibung eines neuen KZ-Friedhofes rings um das „Lepetit-Denkmal“ vorgestellt und in dieser Form auch realisiert. In der Zeit vom 15. bis zum 29. April 1952 wurde die nunmehr notwendige Exhumierung von 841 KZ-Opfern und die Wiederbestattung derselben in der heute bestehenden Gedenkstätte durchgeführt. 525 KZ-Opfer aus Ebensee, die in den Orten Bad Goisern, St. Wolfgang, Bad Ischl, Hörsching, St. Konrad, Aurachkirchen, Steyr, Linz, St. Valentin und Schönau nach ihrer Befreiung verstarben und dort beerdigt wurden, exhumierte man ebenfalls und bestattete sie endgültig in der neuen Gedenkstätte. Bei der Exhumierung der 841 Leichen waren zu Beginn ein französisches Expertenteam sowie auch Ing. Simon Wiesenthal anwesend. Nach deren Abreise wurde von einer pietätvollen Exhumierung Abstand genommen und die Ausgrabung im Akkord durchgeführt. In einem Bericht des KZ-Verbandes Salzkammergut vom Juni 1952 heißt es: „Auf dem Schutthaufen der Gräber sowie in den Gräbern selbst waren lose in größeren Mengen folgende Menschenknochen zu sehen, die frei herumlagen: Rippenknochen, Wirbelknochen, Fingerknochen, Fußknochen, Schlüsselbeinknochen und Zähne. Weiters waren noch teilweise die Särge in den Gräbern. Diese waren nur mit einem Gegenstand durch Einschlagen der Deckel geöffnet und die Knochenreste entfernt; die Särge selbst wurden gar nicht ausgegraben, sondern noch in den Gräbern, ebenso Kleiderreste der Begrabenen.“

Die Einweihung des neuen KZ-Friedhofes erfolgte am 3. November 1952. Die BH Gmunden berichtet an die OÖ Landesregierung am 4.11.1952:

„[...] Sturm und Regen entfalteten ihre äußersten Kräfte, als die Autos am 3.11.1952, 15.00 Uhr, zum Friedhof heranrollten, denen die Geistlichkeit in kirchlichen Gewändern und zwar der katholische Pfarrer Arthofer aus Kronstorf mit Pfarrer Frühmann aus Ebensee, der evangelische Pfarrer Dopplinger aus Gmunden und Rabbiner Öhler sowie Prokantor Roth der israelitischen Kultusgemeinde, weiters Ministerialrat Berger-Waldenegg des BM für Inneres, Landesamtsdirektor Dr. Rußegger, Bezirkshauptmann HR Hodel, ORR DDr. Siegm. Rehm mit Wirkl. Amtsrat Löw des Amtes der OÖ Landesregierung, Abteilung Wahlen und Kultus, Wirkl. Amtsrat Rauch des Amtes der OÖ Landesregierung, Abteilung Opferinteressen, die Architekten Foschum und Nobel der OÖ Landesbaudirektion, Oberst Zuber des Schwarzen Kreuzes, NR Mittendorfer, Bgm. Neuhauser der Gemeinde Ebensee, die Vertretung Italiens, geführt von Generalkonsul Volpe, Frankreichs, Polens, Gesandter und bevollmächtigter Minister a. D. Hornbostel, die ÖVP Kameradschaft, Präsident Schwager der israelitischen Kultusgemeinde, Ing. Wiesenthal und andere entstiegen. Es erwies sich als Unmöglichkeit, das volle vorgesehene Programm der Weihefeier zu entfalten, denn der Weststurm, der immer in neuen Stößen hervorbrach, zerriß die Feierworte, und die Wassermassen stürzten unaufhörlich ein. Und dennoch empfand jeder, daß den Toten die Weihe und Ehrung nicht hätte würdiger geboten werden können als unter dem Heulen des Sturmes, das sich mit dem fortgesetzten Peitschengeknall der schwarzen Fahnen mischte, und unter der strömenden Unbill des Wetters, die wohl das geringste Leid jener Männer dargestellt haben mag, welche einst in diesem Konzentrationslager lebten und starben. [...]“

Das große Monument am ursprünglichen Opferfriedhof an der Ischlerstraße blieb noch geraume Zeit bestehen und wurde aufgrund seiner Inschrift und Situierung an der Bundesstraße immer mehr zum „Stein des Anstoßes“, den Friedhof zu verlegen.

Am 28.8.1952 meldet die BH Gmunden an das Amt der OÖ Landesregierung:

„Wie berichtet wurde, ist noch das Zentralmonument auf dem ehemaligen Straßfriedhof Ebensee mit der Gedenktafel erhalten, die in verschiedenen Sprachen unter anderem die Worte trägt: ‘Zur ewigen Schmach des deutschen Volkes’. Ein reichsdeutscher Sommergast, welcher behauptet, Vizepräsident des deutschen Journalistenverbandes zu sein, verlangte kürzlich beim hiesigen Amte die sofortige Entfernung dieser Tafel und drohte, falls seiner Forderung nicht Rechnung getragen wird, unter Verwendung der deutschen Presse auf die Unterbindung des Fremdenverkehrs in Österreich hinzuwirken. Die Personaldaten des betroffenen Herrn sind augenblicklich noch nicht festgestellt. Auch von verschiedenen anderen Personen, besonders von Reichsdeutschen, ist schon wiederholt beim hiesigen Amte Entrüstung und Klage über diese Inschrift geführt worden. Andererseits bestehen die von Ing. Wiesenthal vertretene jüdische Organisation, der Bezirksverband Gmunden der österreichischen KZler, Häftlinge und Verfolgte mit dem Sitz in Bad Ischl, die tschechische KZ-Opfer-Organisation und in etwas mäßigem Ton schließlich die POLONIA, Salzburg (polnische Interessenorganisation), darauf, daß die Tafel wenigstens vorläufig samt Denkmal erhalten bleibe. Da Gewaltakte nicht völlig ausgeschlossen erscheinen, ist eine gewisse Überwachung des Denkmals angeordnet worden.“

Die als ehemals „illegale Nationalsozialistin“ (1931–1938) rehabilitierte Eigentümerin des Grundstücks, Antonia W., drängte in der Folge auf ihr Recht, den Grund als landwirtschaft-

liche Fläche wieder nutzbar machen zu können, wobei es ihr von besonderem Wert wäre, „wenn das Zentralmonument wegkäme, weil es die Nutzung namhaft störe“.

Die Bezirkshauptmannschaft Gmunden schlägt daraufhin in einem Schreiben an die OÖ Landesregierung vom 17.9.1952 folgende Vorgangsweise vor:

„Im Frühjahr 1953 nach der Schneeschmelze können dann im Einvernehmen mit der Eigentümerin alle weiteren Maßnahmen festgelegt werden. Vielleicht ist bis dahin auch die Frage des Schicksals des Zentralmonumentes entschieden; dessen nachteiliger Einfluß auf den Fremdenverkehr (vorzüglich Reichsdeutsche) kann auf die Dauer nicht unbeachtet bleiben. Noch heute ereignet es sich fast täglich, daß reichsdeutsche Fremde beim Denkmal stehen bleiben und ihre Entrüstung über den Wortlaut der Inschrift ausdrücken.“

In der Folge wurde das Monument, ohne die KZ-Verbände zu informieren, gesprengt. Als ein ehemaliger KZ-Häftling nach dem Verbleib der Tafel mit der beanstandeten Inschrift fragte, meinte ein hoher Bezirksbeamter lapidar: „Wollen Sie die Tafel denn am Buckel tragen?“

Derzeit befinden sich in der Gedenkstätte Denkmäler für die luxemburgischen, ukrainischen, polnischen, französischen, deutschen, ungarischen, italienischen, russischen, tschechoslowakischen, jugoslawischen (vor der Teilung der Staatengemeinschaften errichtet) und alle jüdischen KZ-Opfer. Insgesamt sind rund 4000 KZ-Opfer in Einzel- und Massengräbern beerdigt. Die Namen der Beerdigten sind zu einem großen Teil bekannt, da die Häftlinge des KL Mauthausen und der Nebenlager ihre Nummer an einem armbandähnlichen Stück Blech am Handgelenk tragen mußten. Anhand eines Vergleiches der erhaltenen Nummer mit den Totenlisten, die der Lagerschreiber regelmäßig anfertigen mußte, war eine Identifikation möglich.

Eine Marmortafel beim Eingang des Friedhofes erinnert an die Befreiung des Lagers durch US-Soldaten der „3<sup>rd</sup> Cavalry“ unter Major Timothy C. Brennan. Vom früheren KZ-Lager ist nur noch das Haupteingangstor mit einer Gedenktafel der Gemeinde Ebensee erhalten geblieben. Auf dem übrigen Areal steht eine Wohnsiedlung. 1990 wurde ein Teil der unterirdischen Rüstungshallen in der Nähe der Gedenkstätte vom Verein Widerstandsmuseum Ebensee zu Schauzwecken angemietet. 1994 errichtete der Verein in der Gedenkstätte Informationstafeln mit zwei Lageplänen und einer kurzen Geschichte des Lagers in sechs Sprachen. Seit Sommer 1996 ist der Gedenkstollen erstmals durchgehend für Besucher geöffnet. Eine wissenschaftlich fundierte Dauerausstellung im Stolleninneren wurde im Herbst des Jahres 1996 fertiggestellt.

## **Friedhof oder Lernort - Chancen und Grenzen der Gedenkstättenpädagogik**

Nach einem Tag der Erkundungen auf dem ausgedehnten Gelände der Gedenkstätte Buchenwald, mit vielfältigen Eindrücken von der Landschaft, von den Gebäuden, von den Erzählungen über das Schicksal der Häftlinge und die „Arbeit“ der Wachmannschaften, treffen sich einige Jugendliche zu einem lockeren Gespräch im Aufenthaltsraum der Jugendbegegnungsstätte der Gedenkstätte. Sie stammen aus Frankfurt am Main und nehmen an einer freiwilligen Gedenkstättenfahrt ihrer Schule zur Ergänzung des Geschichtsunterrichts in der 13. Jahrgangsstufe teil. Plötzlich greift eine der jungen Frauen, von der Nationalität her Türkin, ihre Mitschülerinnen und Mitschüler scharf an. „Glaubt ihr nicht, daß irgendwann die Ausländer den Deutschen die Häuser anzünden, wenn immer wieder an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert wird? Das ruft doch die Erinnerung an die Verbrechen der Deutschen immer wieder wach! Das erzeugt bei den Minderheiten, die heute in Deutschland leben, Furcht und Aggression.“ Die anderen im Raum, Pädagogen und Jugendliche, reagieren mit Unverständnis. Eine erregte Diskussion entwickelt sich, die zeigt, daß die meisten für sich selbst einen Sinn in den Formen des Gedenkens an die Verbrechen des Nationalsozialismus finden – sei es in der Erinnerung an die Opfer oder in der Auseinandersetzung mit den Tätern. Schließlich, nachdem schon die meisten gegangen sind, erklärt die junge Türkin ihre Perspektive. Als Armenierin hat sie eigene Erfahrungen im Umgang mit der Erinnerung an Völkermord – dem an ihrem eigenen Volk. Sie berichtet gemeinsam mit ihrer türkischen Freundin von der Last des Schweigens in der Generation ihrer Eltern auf der türkischen Seite und der aus dem Exil schöpfenden Identität als Armenier auf der anderen. Dies ist kein abwegiges Thema beim Besuch einer KZ-Gedenkstätte mit Jugendlichen aus Deutschland heute, in Österreich ist die Situation kaum anders.

Es geht also zunächst und immer wieder um Emotionen und um Projektionen, um unterschiedliche Erinnerungen, die auf diese besondere Geschichte abgebildet werden. Was ist das Besondere einer Gedenkstätte, wenn man die persönliche Betroffenheit, die wir mit einem solchen Ort verbinden, einmal aus dem Blick zu lassen versucht?

Pierre Nora vertritt die Ansicht, daß die Schaffung von gesonderten Gedächtnisorten<sup>1</sup>, zu denen er neben Archiven und rein geistigen Orten, wie z. B. Nationalhymnen, auch Gedenkstätten zählt, eine Reaktion auf den Verlust des lebendigen Gedächtnisses sei. Das heißt konkret, wir müssen uns bewußt sein, daß wir Gedenkstätten vor allem als Ersatz für die lebendige Erzählung brauchen. Das ist nicht erst seit dem Bewußtwerden des langsamen „Wegsterbens“ der Überlebenden so. Vielmehr hat das Bemühen, den Ort des Verbrechens zu kennzeichnen, von der Motivation her etwas mit dem Mangel an der Erzählung über das Verbrechen zu tun. Die meisten Initiativen für Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland haben sich gegen das Schweigen der Anwohner gerichtet – und die waren oft die Eltern und Großeltern der Initiatoren. Das ist also ein Versuch, ein Gespräch zu erzwingen. Oft steht die Gedenkstätte heute an der Stelle des Gesprächs, das mißlungen ist. Etwas Erstarrtes ist an die Stelle des Kommunikativen getreten.

---

<sup>1</sup> Vgl. zum Begriff „Gedächtnisort“ (Lieux de mémoire): Nora, Pierre: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin: Wagenbach, 1990, S. 17.

Die Gedenkstätte ist zu gleicher Zeit der Ort eines historischen Reliktes, ein Friedhof und ein Denkmal. Auf jeder dieser Ebenen entstehen unterschiedliche Formen der Repräsentation von Geschichte. Jonathan Webber schreibt über Auschwitz, es sei Friedhof, touristischer Zielort, Museum und all dies sei es zugleich auch nicht. „Es ist genau das Nichtvorhandensein einer inneren Übereinstimmung der Teilaspekte, die Existenz einer derartigen inneren Widersprüchlichkeit, die es so schwierig machen, das heutige Auschwitz zu begreifen.“<sup>2</sup> Webber untersucht die heutige Situation in der Gedenkstätte Auschwitz unter pragmatischen, aber nicht didaktischen Gesichtspunkten. Er möchte die Möglichkeit eines spezifisch jüdischen Gedenkens an diesem Ort beschreiben, der doch symbolisch für den Völkermord an den Juden, eben den Holocaust steht. Dabei stellt er zunächst die Überlagerung der verschiedensten Symboliken und Nutzungen des Ortes fest. Schließlich kommt er zu der Folgerung: „Auschwitz hat nichts mit dem realen Ort zu tun, denn es zählt einzig die symbolische Bedeutung des Ortes.“<sup>3</sup> Das ausdrückliche Lob der von der Aktion Sühnezeichen begründeten Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz ist eine Konsequenz dieser Überlegungen, die mit dem Schritt des Anne-Frank-Hauses zusammenpaßt, ein pädagogisches Programm zur interkulturellen Erziehung zu entwickeln. Darauf komme ich später zurück. Zugleich folgert Webber, daß Auschwitz als jüdischer Friedhof viel mehr Beachtung finden müsse, daß für diese Ebene seiner Bedeutung eine Form gefunden werden müsse.<sup>4</sup>

Eine weitere Ebene muß bei der komplexen Überlagerung von Symboliken in den Gedenkstätten beachtet werden. Auschwitz ist auch ein nationales Denkmal. Es ist ein zentrales Denkmal des polnischen Staates nach der Befreiung von der deutschen Besetzung. Ähnlich war Buchenwald das Denkmal, in dem sich der Gründungsmythos der DDR verdichtete und repräsentierte. Ähnliche Funktionen haben in je verschiedener Gestalt die Gedenkstätten Dachau oder Mauthausen. Diese Gedenkstätten haben Formen entwickelt, an denen sich neue Gründungen, auch wenn sie nicht von Staats wegen erfolgen, orientieren. So folgt die Erscheinung auch kleinerer Gedenkstätten der Tradition der Nationaldenkmäler, die zumeist an Schlachten und gefallene Krieger erinnern. Reinhart Koselleck beschreibt ihre Funktion im Zusammenhang mit der Konstitution der neuzeitlichen Staaten. Die zentrale Botschaft dieser Denkmäler an die Gemeinschaft der Bürger des entstehenden Nationalstaates sei die Transponierung „der Jenseitshoffnung in die irdische Zukunftshoffnung der politischen Handlungsgemeinschaft“, dabei werde „das Ewigkeitsversprechen verzeitlicht“<sup>5</sup>, die politische Zukunft der Gemeinschaft werde durch den Totenkult garantiert. Diese Heilserwartung könnte in der Hoffnung auf eine ethisch läuternde Wirkung der Besuche von Gedenkstätten an die NS-Massenmorde nachklingen. Im Unterschied zu den Kriegerdenkmälern ist aber eine Gedenkstätte an einem Ort des Holocaust ein bedingungslos negativer Ort. Die Ermordeten standen nicht in der Schlacht für eine gemeinsame Sache – und schon gar nicht für eine deutsche oder sonst irgendeine nationale Sache. Die Verbindung aus Gedenken an die Opfer des Holocaust mit dem Erinnern an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus verstärkt dieses Problem. Didaktisch ist es eine schwierige Aufgabe, die beiden Themen „Gedenken an die Opfer des Völkermordes“ und „Erinnern an die Helden des Widerstandes“ zusammenzubinden, ohne die

---

<sup>2</sup> Jonathan Webber: Die Zukunft von Auschwitz. Materialien Nr. 6. Frankfurt am Main: Fritz Bauer Institut, o. J., S. 6.

<sup>3</sup> Ebd., S. 10 f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 19.

<sup>5</sup> Reinhart Koselleck: Einleitung. In: Ders./Michael Jeismann (Hg.), Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne. München: Fink, 1994, S. 14.

Opfer in den Schatten zu stellen. Selbst in Israel wird dies in den letzten Jahren zunehmend bei der Gestaltung der Gedenktage wahrgenommen. Für Mauthausen hat Gerhard Botz dieses Problem herausgearbeitet. Er beschreibt eine „doppelte Blockierung“, einerseits durch das Bild vom Häftling als Held, das in den alten antifaschistischen Verbänden und im Mythos vom österreichischen Widerstand transzendiert wird – und andererseits die Gleichsetzung der KZler mit Verbrechern und Asozialen, wie sie von der NS-Propaganda erfunden und heute noch von Rechtspopulisten verbreitet wird.<sup>6</sup> Ihr Innenministerium wird in dem gleichen Aufsatz mit dem Auftrag zitiert, „den Effekt der Mauthausenbesuche als Beitrag zur politischen Bildung zu vergrößern“. Da geht es anscheinend um Sinnstiftung, um ein Sichtbarmachen von Geschichte mit dem Zweck der Verbesserung der Besucher. Dies birgt, das schreiben schon Fliedl/Freund/Fuchs/Perz in ihrem Gutachten über die Entwicklung der Gedenkstätte Mauthausen 1991, die Gefahr „die Toten, die Opfer ihrer Geschichte zu enteignen“.<sup>7</sup>

Eine Gedenkstätte ist auch ein Museum, in Ebensee findet im Stollen Gedenken und museale Ausstellung an einem Ort statt. Den beiden kulturellen Orten Museum und Gedenkstätte ist die „Faszination des Authentischen“ gemeinsam. Diese Faszination entsteht aus dem „Spannungsverhältnis von sinnlicher Nähe und historischer Fremdheit, dem Ineinander von zeitlich Gegenwärtigem und geschichtlich Anderem“.<sup>8</sup> Die Objekte im Museum – oder die Realien<sup>9</sup> in der Gedenkstätte – sind gleichzeitig in zwei Zeitebenen verortet. Einerseits sind sie Relikte des Vergangenen. Sie sind aber auch Teil der heutigen Realität, im Fall von Gedenkstätten oder Geschichtsmuseen nicht zuletzt des politischen Diskurses, der Selbstverständigung z. B. des Gemeinwesens Bundesrepublik Deutschland oder der Republik Österreich. Wie werden diese beiden Ebenen von den Besuchern erfahren? Wo bewegt sich ein Besucher, der durch das Lagertor eines ehemaligen Konzentrationslagers tritt oder in die Stollengänge in Ebensee kommt?

Walter Benjamin hat eine ähnliche Fragestellung in seiner Beschreibung der Spannung zwischen „Spur“ und „Aura“ entwickelt. Auf die Gedenkstätte als Ort, der selbst ein Relikt der Zeit ist, an die gedacht werden soll, lassen sich seine Überlegungen projizieren. Er schreibt: „Die Spur ist Erscheinung einer Nähe, so fern das sein mag, was sie hinterließ. Die Aura ist Erscheinung einer Ferne, so nah das sein mag, was sie hervorruft.“ Das pädagogische Problem der Gedenkstätte, im Unterschied zum Umgang mit historischen Themen, die wir didaktisch gezielt zumindest teilweise ihrer Aura entkleiden, um sie verstehender Annäherung zugänglich zu machen, benennt Benjamin im folgenden Satz: „In der Spur werden wir der Sache habhaft; in der Aura bemächtigt sie sich unser.“<sup>10</sup> Der kleine Absatz, in dem diese Sätze bei Benjamin stehen, steht nicht im Zusammenhang seiner Überlegungen zu Ausstellungen

---

<sup>6</sup> Botz, Gerhard, Wie 1995 den 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus begehen? In: Jahrbuch des DÖW 1995, Wien 1995, S. 79.

<sup>7</sup> Fliedl/Freund/Fuchs/Perz, S. 52.

<sup>8</sup> Korff, Gottfried / Martin Roth, „Einleitung“. In: Dies. (Hg.), Das historische Museum. Labor, Schaubühne, Identitätsfabrik. Frankfurt am Main/New York: Campus, 1990, S. 17.

<sup>9</sup> Dr. Harry Stein, Historiker in der Gedenkstätte Buchenwald, spricht von „Großrealien“ und „Kleinrealien“. Die Großrealie ist dann das Gelände selbst, die Kleinrealie z. B. ein Knopf oder ein Kamm. Im Geschichtsmuseum wären das Objekte. Es liegt auf der Hand, daß auch die Präsentation von Realien eine Form der Inszenierung bedeutet. Vgl. dazu Matz, Reinhard, Die unsichtbaren Lager, Reinbek: Rowohlt Taschenbuch, 1994.

<sup>10</sup> Benjamin, Walter, Das Passagen-Werk, Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1983, S. 560.

oder zu historischen Themen. Das Kapitel befaßt sich vielmehr mit dem Flaneur, mit der Wahrnehmung der Großstadt. Die Spur, die Aura findet sich nicht im aufbereiteten Zusammenhang des Museums, sondern in zufälligen, beiläufigen Begegnungen. Der Flaneur ist dem Detektiv verwandt, er ist mit einer besonderen Form der „angespannten Aufmerksamkeit“ unterwegs.<sup>11</sup> So könnte die spezifische Appellfunktion des ehemaligen Lagers den Besucher treffen. Wolfgang Ernst beschreibt dieses Phänomen mit dem Blick auf Buchenwald: „Der Besucher durchschreitet das ehemalige Lagertor wie ein Proszenium und erblickt – in exakter Verkehrung der Gefangenenperspektive – eine andere Welt. Der Appellplatz von Buchenwald appelliert heute an die Erinnerung.“ Ernst ist sich dabei wohl bewußt, daß dieser Appell nicht zufällig entsteht.<sup>12</sup>

Das Konzept des Verschwindens der Spuren wurde in der Denkmalkunst in den letzten Jahren vor allem von Gerz verfolgt (Hamburg-Harburg, Saarbrücken). Und es ist auch kein Zufall, daß so viele pädagogische Projekte in dem Bereich NS-Geschichte „Spurensuche“ heißen. Die Besonderheit des Spurensuchens als pädagogisches Verfahren kann allerdings heute nicht mehr in dem Umstand vermutet werden, daß diese Spuren verdeckt sind, daß jemand oder die Gesellschaft als ganze hier etwas verbergen will. Vielmehr ist es eine methodische Möglichkeit des Geschichtsunterrichts, die einer wesentlichen Forderung entgegenkommt, die Jörn Rüsen als „Orientierungsbedürfnis“ beschreibt, ein Bedürfnis, das sich von der gegenwärtigen Erfahrungswelt auf die Vergangenheit richtet, mit dem Interesse, die Gestaltung der eigenen Zukunft reflektiert angehen zu können.<sup>13</sup> Das Orientierungsbedürfnis ist zunächst sozusagen lokalhistorisch ausgerichtet. Der Geschichtsunterricht liegt den Jugendlichen näher, wenn er an Themen ansetzt, die sie auf ihre eigene Erfahrungswelt abbilden können. Der Besuch der Gedenkstätte als „Spurensuche-Projekt“ ist also nicht unmittelbar naheliegend. Vielmehr zeigt ein Blick auf die Gestaltung der Gedenkstätten, daß hier die Inszenierung, wie Wolfgang Ernst es auch beschreibt, im Vordergrund steht. Also müßte der Appell von der Ausstellung ausgehen. Sie ist an den Konzepten des historischen Museums orientiert.

Das historische Museum traut der Kraft der Begegnung mit den originalen Gegenständen kaum. Es bemüht sich, die Relikte der Vergangenheit in einem aus der gegenwärtigen Sicht geordneten Zusammenhang zu präsentieren. Es entwirft eine Geschichtserzählung in Form der historischen Ausstellung. Den Realien wird selten das Feld überlassen, ihre Wirkung als Teil einer historischen Information entsteht erst im geplanten Kontext.<sup>14</sup> Die Wahrnehmung des Besuchers wird so weit als möglich durch die Inszenierung der Ausstellung gelenkt. Auch jede Gedenkstätte hat ihre historische Ausstellung, manchmal auch eine Kunstaussstellung

---

<sup>11</sup> Ebd., S. 554.

<sup>12</sup> Ernst, Wolfgang, „Das historische Museum“. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, H. 4 (1991), S. 38. Vgl. auch: Ders., „Geschichte, Theorie, Museum“. In: Fliedl, Gottfried u. a. (Hg.): Erzählen, Erinnern, Veranschaulichen (Museum zum Quadrat 3). Klosterneuburg: Eigenverlag des Vereins Arbeitsgemeinschaft für theoretische und angewandte Museologie, 1992, S. 19.

<sup>13</sup> Jörn Rüsen, Ansätze zu einer Theorie des historischen Lernens I: Formen und Prozesse. In: Geschichtsdidaktik, 10. Jg. (1985), S. 249–265.

<sup>14</sup> „Musealisierung heißt, den Dingen eine neue Ordnung zu geben,“ schreibt Klaus Weschenfelder. Vgl. Weschenfelder, Klaus, „Museale Gegenwartsdokumentation – vorausseilende Archivierung“. In: Wolfgang Zacharias (Hg.), Zeitphänomen Musealisierung. Essen: Klartext, 1990, S. 180.

oder eine künstlerisch gestaltete Ausstellung.<sup>15</sup> Aber nicht nur sie, sondern der Ort des ehemaligen Konzentrationslagers oder des Massenmordes selbst ist eine ästhetische Präsentation. Im Gelände von Birkenau z. B. wurden in den letzten Jahren schwarze Stelen als Träger für Informationen und Fotografien aus der Zeit des Lagers, aber auch als Anmutung von Grabsteinen aufgestellt. Das ist eines der Ergebnisse der Diskussion über die Neugestaltung der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, zu der auch der oben zitierte Aufsatz von Jonathan Webber gehört.<sup>16</sup> Die Leere des Lagergeländes in Buchenwald ist das Ergebnis einer bewußten Gestaltung in den 50er Jahren ebenso wie die parkartige Anlage in Dachau oder Bergen-Belsen. Die didaktischen Überlegungen müssen sich, wenn sie nicht liturgisch konzipiert werden, an der Museumspädagogik und damit an der ästhetischen Erziehung orientieren. Die Kunsterziehung geht im Unterschied zur politischen Bildung vom Sichtbaren aus, vom Beschreiben des Wahrgenommenen und erhofft sich von dieser Aufmerksamkeit eine besondere Beziehung zum Objekt. Der ästhetische Gegenstand soll befragt werden, die Assoziationen bewußt wahrgenommen werden. Will man diese Herangehensweise für die politische Bildung übernehmen, so hieße das, an die Stelle einer Emotionalisierung eine rationale Beschäftigung mit dem historischen Gegenstand zu setzen. Diese Abwendung vom moralischen Überwältigen setzt sich im Feld der Holocaust-Pädagogik derzeit durch.<sup>17</sup> Ein Vertrauen in den originalen Ort, seine gewissermaßen magische Kraft, wäre diesem Verfahren entgegengesetzt. Im Kontext der Diskussion um das Deutsche Historische Museum schrieb Jörn Rüsen einer derartigen Betonung der ästhetischen Dimension als sinnstiftender Kraft eine Tendenz zur Mythologisierung der Geschichte zu. Sie bringe eine „Entpolitisierung und Irrationalisierung der historischen Erfahrung“ mit sich.<sup>18</sup>

Die Museumspädagogik geht nicht von einer unmittelbaren Wirksamkeit der originalen Begegnung aus. Vielmehr umgibt sie das Objekt oft mit so vielen methodischen Verfahren, daß es aus dem Blick gerät. Gedenkstättenverfahren nicht anders. Es ist von der Erwartung her eine Selbstverständlichkeit, daß die Begegnung mit einem originalen Ort der Zweck des Besuches ist. Die Besucher werden aber nicht an den Ort herangeführt, sondern sie finden sich statt dessen in einer Ausstellung, die Texte und reproduzierte Bilder zeigt. Die Texte interpretieren den Ort und die Objekte in einem ethisch bestimmten Horizont. Die Authentizität der Realien wird für den Besucher bereits kurz nach seiner Ankunft in den Hintergrund gedrängt. Häufig beginnen Führungen in Gedenkstätten mit der Vorführung eines Films, der die Geschichte des Konzentrationslagers im Kontext der nationalsozialistischen Herrschaft zeigt. Die Lernenden sind also oft Hunderte von Kilometern gefahren, um einen Film anzuschauen, den sie ohne Schwierigkeiten im Unterricht hätten sehen können, in dem sie über den Ort, an dem sie sich befinden, wenig erfahren. Den Ort, den sie doch mit den Sinnen erkunden könnten, sehen sie nicht, sie sitzen buchstäblich im Dunklen.

Diese Hilflosigkeit bei der Präsentation der Realien ist kein spezifischer Mangel der Gedenkstätten. Vielmehr zeigt sich hier ein generelles Problem der Didaktik historischer Ausstellungen.

---

<sup>15</sup> Vgl. Brink, Cornelia, „Je näher man es anschaut, desto ferner blickt es zurück. Ausstellungen in KZ-Gedenkstätten“. In: Ehmman, Annegret u. a. (Hg.), Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Opladen: Leske+Budrich, 1995, S. 55 ff.

<sup>16</sup> Vgl. Anm. 2.

<sup>17</sup> Vgl. Benz, Wolfgang, „Ruhige Aufklärung statt Schreckensbilder“. In: tageszeitung, Freitag, 22. März 1996, S. 12.

<sup>18</sup> Rüsen, Jörn: „Für eine Didaktik historischer Museen“. In: Ders./Wolfgang Ernst/Heinrich Theodor Grütter (Hrsg.), Geschichte sehen. Beiträge zur Ästhetik historischer Museen. Pfaffenweiler: Centaurus, 1988, S. 18.

gen. Geschichte ist nicht optisch strukturiert, sondern als Erzählung. Weder Gegenstände noch Orte erzählen von sich aus. Wer beschreiben soll, was man sieht, wenn man durch das Tor von Birkenau kommt, würde vor allem von der Leere reden.

Was aber unterscheidet diese Wahrnehmung bei Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus von der ästhetischen Wahrnehmung beispielsweise einer Ausgrabung einer antiken Siedlung? Welche Informationen über die Vergangenheit können aus diesem Ort gewonnen werden?

Und, nicht zu vergessen, was gibt es an den Orten des vergangenen Schreckens für die Zukunft zu lernen? Es ist auffällig, daß in immer mehr pädagogischen Einrichtungen an Gedenkstätten der Schwerpunkt auf die Erziehung gegen Rassismus und auf internationale Begegnung gelegt wird. Ich habe schon das Anne-Frank-Haus erwähnt, aber auch die Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz oder die Jugendbegegnungsstätte Buchenwald verfolgt ein solches Konzept. Vor dem Hintergrund der Überlegungen zu den vielfältigen Dimensionen des historischen Ortes, die ich entwickelt habe, ist ein Zusammenhang zwischen solchen pädagogischen Konzepten und Zielvorstellungen einerseits und der in den Konzentrationslagergedenkstätten lagernden Erinnerung andererseits nur schwer zu beschreiben.

Ich möchte einige konkrete Überlegungen zu Gedenkstättenfahrten anschließen. Fliedl u. a. suchten 1991 das Heil in Projektarbeit, auch in den Jugendbegegnungsstätten (Buchenwald, Auschwitz, Neuengamme) wird viel auf „Workcamps“ gesetzt. Für Fahrten mit Schülergruppen ist das selten eine realistische Option.

Zunächst soll von den Gedenkstättenfahrten im Kontext schulischen Lernens die Rede sein. Was bringen Schüler zu einer solchen Fahrt mit? Je einzeln tragen sie Bilder, Leseerfahrungen, Vorurteile, Gefühle in sich, die durch die Begegnung mit dem authentischen Ort wachgerufen, aktualisiert, verändert werden können. Zugleich spielen Gruppenprozesse in einer pädagogischen Veranstaltung eine zentrale Rolle. Durch die emotionale Belastung eines Gedenkstättenbesuches kann das Gefühl des Gemeinschaftlichen wachsen. Es können aber auch Differenzen aufbrechen, die im schulischen Alltag keine dominante Rolle spielen. Also hat die Fahrt zu einer Gedenkstätte Voraussetzungen im narrativen, visuellen und sozialen Gedächtnis der Teilnehmenden. Die Lehrkraft und die pädagogische Fachkraft in der Gedenkstätte – wenn es die gibt – haben zusätzlich pädagogische Zielvorstellungen.

Ich möchte die Vielschichtigkeit der Voraussetzungen am Beispiel des visuellen Gedächtnisses anschaulich machen.

Eine der ersten und stabilsten Informationen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik ist ein Bild: das Lagertor von Auschwitz-Birkenau. Auch Jugendliche, die wenig oder nichts über die Geschichte des Nationalsozialismus und die Geschichte der Opfergruppen wissen, identifizieren dieses Bild mit dem Begriff Holocaust oder sogar mit der Vorstellung von Massenmord im allgemeinen. Es handelt sich also im strengen Sinn um ein Zeichen. Es wird in den unterschiedlichsten Zusammenhängen zuverlässig entschlüsselt. Sein historischer Bezug muß für diese Zeichenfunktion nicht bekannt sein, im Gegenteil, es ist eher ein Bild von heute, ein Farbfoto oder ein Filmbild.

In Schulgeschichtsbüchern erscheinen zum Themenfeld Konzentrationslager in der Regel andere Bilder. Oft sind es Fotografien aus dem sogenannten „Lili Meier Album“<sup>19</sup>, also die berühmten Szenen auf der Rampe in Birkenau, die seit der Publikation in Schoenberners „Der gelbe Stern“ Anfang der 60er Jahre<sup>20</sup> die Bilder für Auschwitz liefern. Oder die Opfer erscheinen als Tote, als anonyme Masse von Körpern auf den Bildern, die in Bergen-Belsen von der britischen Armee nach der Befreiung aufgenommen wurden.

In jedem Fall finden sich in den Schulbüchern historische Fotografien. Die heutige Gestaltung der Gedenkstätten wird selten vorgestellt. Auch weniger bekannte Fotos oder etwa von Häftlingen angefertigte Zeichnungen werden fast nie verwendet. Zumindest für die Lehrer sind die publizierten Fotografien in der Regel Ikonen der Erinnerung an den Massenmord.

Wozu sind diese Bilder in ihrem didaktisch konzipierten Umfeld da? Im besten Fall geben sie einzelnen Personen, sowohl Opfern als auch Tätern, ein Gesicht. Durch ihren hohen Bekanntheitsgrad haben sie allerdings eine Hermetik, die der Wirkung des Unmittelbaren, der Neugier bei der Erschließung des Bildinhaltes entgegensteht. Gerade diese Neugier wäre das pädagogisch Erwünschte, sie könnte bei der Beschäftigung mit Quellen, im Gespräch mit Zeitzeugen, beim Besuch von Gedenkstätten motivieren und erneuert werden.

Es finden sich meines Wissens in Schulbüchern keine Bilder, die das tägliche Leben der Juden in Osteuropa vor der deutschen Besetzung zeigen. Auch Fotografien aus dem Alltag der Wachmannschaften in den Konzentrationslagern oder aus den Sammlungen von privaten Kriegsfotos, wie sie in der vieldiskutierten Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung gezeigt werden, werden dort nicht eingesetzt. Die in den Unterrichtsmaterialien verwendeten Bilder erzählen also eigentlich nichts, sie verweisen nur. Der Verweis soll im Zusammenhang des schulischen Lernens auf den Text führen. Die Schüler sollen sich merken, daß es tatsächlich die Lager gab und daß tatsächlich Menschen ermordet wurden, Frauen, Kinder, Männer jeden Alters. Die Fotografien sind also nichts als Beleg und Verstärkung.

In der gleichen Weise wird immer wieder der Gedenkstättenbesuch begründet. Der authentische Ort soll beweisen, daß es wirklich geschehen ist. Diese Erkenntnis soll auch junge Rechtsradikale zur Umkehr motivieren. Schon vor einigen Jahren hat Detlef Garbe, Pädagoge an der Gedenkstätte Neuengamme, darauf hingewiesen, daß diese Erwartung ein pädagogisches Problem ist.<sup>21</sup>

Nun reisen die Jugendlichen, auch die Erwachsenen, zu einem Gedenkstättenbesuch mit diesen Bildern in der Erinnerung. Sie werden zunächst feststellen, daß am Ort des Lagers die Jahreszeiten wechseln, daß dort die Menschen genauso aussehen wie an anderen Orten. Was wird nun aus den Bildern, die wir im Gedächtnis mitgebracht hatten? Das Lagertor von Birkenau erkennen die Besucher wieder, und es sieht so aus, wie es in ihrer Vorstellung

---

<sup>19</sup> Das Album liegt seit kurzem in einer neuen, vollständigeren Ausgabe vor. Vgl. dazu Hahn, Hans-Jürgen (Hg.), Gesichter von Auschwitz. Lili Meiers Album. Mit einer Einleitung von Peter Moses-Krause, Berlin 1995.

<sup>20</sup> Schoenberner, Gerhard, Der gelbe Stern. Gütersloh 1960.

<sup>21</sup> Garbe, Detlef, „Gedenkstätten: Orte der Erinnerung und die zunehmende Distanz zum Nationalsozialismus“. In: Hanno Loewy (Hg.): Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch, 1992, S. 268. Vgl. auch die empirische Studie von Fischer, Cornelia/Hubert Anton, Auswirkungen der Besuche von Gedenkstätten auf Schülerinnen und Schüler. Wiesbaden/Erfurt: Hessische Landeszentrale für politische Bildung und Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 1992.

existiert. Aber was finden sie hinter dem Tor? Die Erfahrung der Leere von Birkenau ist nicht fotografisch festzuhalten. Wie könnte dafür ein Bild gefunden werden?

Oder das Lagertor des Stammlagers Auschwitz, ebenfalls ein Zeichen mit festen Konnotationen. Aber dieses Tor ist viel kleiner als unser inneres Bild davon. Es ist umgeben von Gebäuden, das ganze Stammlager ist ein Teil der Stadt Oswiecim. Was wird aus dem fest gespeicherten inneren Bild des „Arbeit macht frei“-Tores?

In Neuengamme bei Hamburg interessieren sich die Besucher viel mehr für das moderne Jugendgefängnis auf dem KZ-Gelände als für die Relikte des Lagers. Ebensee ist ein hervorragendes Beispiel: das Lager ist unter dem Alltag von heute gar nicht mehr zu sehen. Die Erwartung, daß der Ort des Mordes außerhalb der realen Welt liegen würde, wird enttäuscht.

Der Besuch in der Gedenkstätte verwirrt die mitgebrachten Bilder. Es ist kein Filmset für einen KZ-Film. An Stelle der Häftlinge sind Schulkinder unterwegs, geführt von Pädagogen. Das Stammlager in Auschwitz ist ein Museum, ein hochgradig verdichteter Lernort. An einigen Stellen ist dieser Eindruck gebrochen. Dort liegen Blumengebinde, brennen Kerzen. Hier ist der Ort ein Denkmal. An keiner Stelle aber ist es heute ein Ort des Terrors und des Mordes. Birkenau hat die Atmosphäre eines überwältigenden Friedhofs. Das Stammlager hat die Atmosphäre einer Siedlung, Backsteinblocks mit Wiesen und baumbestandenen Wegen. Die Bilder aus den Schulbüchern und die Bilder des realen Ortes scheinen ohne gegenseitige Entsprechungen zu sein. Die Besucher beklagen den mangelnden emotionalen Kick des authentischen Ortes. Die alten Fotografien erzählen oft mehr als der Ort heute von der Vergangenheit bewahrt.

Was kann man da tun? Ich möchte einen methodisch sehr einfachen Vorschlag machen: Wenn wir die alten Fotografien aus der Zeit des Konzentrationslagers in die Hand nehmen und versuchen, einzelne Gebäude, einzelne Perspektiven wiederzuerkennen; wenn wir den Blickwinkel des Fotografen rekonstruieren; wenn wir nach den Veränderungen der Gebäude und der Landschaft seit der Zeit des Konzentrationslagers suchen – dann beginnt eine vorsichtige Annäherung an die Zeit des Lagers. Die alten Bilder können sich stellenweise über die heutigen legen und einen Prozeß der reflektierten Wahrnehmung des Vergangenen einleiten. Dieser Prozeß muß durch Erzählungen gestützt werden. Vielleicht gelingt es, einen Überlebenden zu finden, der uns bei der Erkundung des Geländes begleitet. Aber auch die große Zahl der literarischen Berichte vom Leben, Sterben und Überleben im Lager hilft uns weiter.

Nur brauchen diese Erzählungen nicht den Ort des Geschehens in seiner heutigen Gestalt. Ihr Ort ist die Erzählung selbst, der gestaltete Text. Sie können uns helfen, den historischen Ort aufzudecken unter der Schicht des heutigen, deshalb waren die Zeitzeugen als Erzähler in den Gedenkstätten die zentralen Personen. Das ist nicht als Funktionalisierung mißzuverstehen. Die Zeitzeugen haben den Gedenkstätten Sinn verliehen, und zwar den Sinn ihrer je besonderen Lebensgeschichte. Das ist heute anders, wir müssen uns ein pädagogisches Konzept für die Gedenkstätten überlegen.

Wofür dient dann die Reise, im Extremfall nach Polen? Das Lernen für die Gegenwart ist noch durch einen weiteren Faktor beeinflußt. Die Gedenkstättenfahrt ist, je weiter der Weg

wird, um so mehr eine Form der historischen Reise oder auch eine Klassenfahrt mit historischem Schwerpunkt. Sie ermöglicht die unmittelbare Anschauung. Rolf Schörken schreibt: „Das historische Reiseerlebnis ist seinem Grundbedürfnis nach emphatisch, d. h. auf Einfühlung in andere, unbekannte Lebensformen gerichtet ... der Reisende will ... gerade nicht wissen, wo wir heute historisch stehen und in welcher Weise die auf der Reise erfahrene Geschichte mit unserer gegenwärtigen Lage in Beziehung steht, er will vielmehr eine andere Geschichte als einen eigenen, autonomen Raum menschlicher Möglichkeiten kennenlernen.“<sup>22</sup> Genau diese Erwartung, die bei Schulreisen als extrem positive Grundbedingung gelten muß, wird durch die Gedenkstätte enttäuscht.

In der Fremde begegnet uns die eigene Geschichte.

Die Objekte der Einfühlung sind nicht nur tot, sondern auch erniedrigt.

Die menschlichen Möglichkeiten sind die negativsten, die es zu entdecken gibt.

Die Reisenden müssen ihre Informationen bereits mitbringen. Die Gedenkstätte ist kein Lernort, sondern ein Gedenkort, vielleicht ein Gedächtnisort im Sinne Pierre Noras: „Die Gedächtnisorte entspringen und leben aus dem Gefühl, daß es kein spontanes Gedächtnis gibt, daß man Archive schaffen, an den Jahrestagen festhalten, Feiern organisieren, Nachrufe halten, Verträge beim Notar beglaubigen lassen muß, weil diese Operationen keine natürlichen sind.“ Sie sind ein Ergebnis der Entritualisierung, Ergebnis einer „abergläubischen Verehrung der Spur“.<sup>23</sup> Über die Schwierigkeiten beim Spurensuchen habe ich schon gesprochen.

Micha Brumlik führt in seinen Stellungnahmen zum Gedenken in Deutschland heute das Programm einer Liturgie des Gedenkens ein, die politisch durchzusetzen sei.<sup>24</sup> Er hält es für eine vordringliche Aufgabe der Pädagogik, eine Fähigkeit, also ein Handlungsrepertoire des Gedenkens zu vermitteln. Unabhängig von der Bewertung dieses Programms, sollte deutlich sein, daß auch eine solche Gedenkklurgie kein kommunikatives, sondern ein repräsentatives Handeln bedeutet. Bildung hieße dann, folgte man Brumlik, „Unterweisung im Gedenken“. Es zeigt sich, daß ein Ergebnis dieser Argumentation eine scharfe Trennung zwischen dem Gedenken auf der einen und den pädagogischen Konsequenzen aus der historischen Erfahrung des Holocaust in Adornos Sinn auf der anderen Seite wäre. Denn eine Menschenrechtserziehung, wie sie auch Brumlik in diesem Kontext fordert<sup>25</sup>, kann methodisch nicht in Formen des „Unterweisens“ erfolgen. Sie braucht gruppenbezogene, selbstbestimmte Lernformen und möglichst freundliche Rahmenbedingungen.

Die Organisation des Lernens an einer Gedenkstätte sollte vertraut, also schulisch sein. Die Bedeutung des Ortes in der Repräsentation unseres Gemeinwesens sollte den Reisenden bekannt sein. Die Erwartung auf eine klassische Bildungsreise sollte nicht aufkommen. Also nicht die Erleuchtung, nicht die Läuterung, sondern Information. Emotionalität stellt sich danach ein.

In der Gruppe von Jugendlichen aus Frankfurt am Main, von der eingangs die Rede war, gab es noch eine andere erstaunliche Wendung. Auf Initiative einiger junger Männer beschlossen

---

<sup>22</sup> Schörken, Rolf, *Begegnungen mit Geschichte*. Stuttgart: Klett-Cotta, 1995, S. 133.

<sup>23</sup> Nora, a.a.O., S.17 ff.

<sup>24</sup> Vgl. Brumlik, Micha, *Gerechtigkeit zwischen den Generationen*, Berlin 1995, S. 92 ff.

<sup>25</sup> Micha Brumlik in seinem Referat auf der Tagung „Pädagogik der Erinnerung“ in der Evangelischen Akademie Arnoldshain im Juni 1996.

alle, gemeinsam einen Kranz zum Gedenken an die Opfer von Buchenwald niederzulegen. Eine verblüffende Wendung, wenn doch immer geklagt wird, die Jugendlichen wollten mit all dem nichts zu tun haben. Es war den Teilnehmern wichtig, daß der Kranz an einem Ort liegen sollte, an dem alle Häftlinge gewesen sind. Sie wählten dafür nach einer langen Diskussion das Lagertor. Und es war für alle selbstverständlich, daß der einzige jüdische Jugendliche der Gruppe den Kranz im Namen aller niederlegen sollte.

Annegret Ehmann

## **Pädagogik des Gedenkens<sup>1</sup>**

Der innovative Ansatz dieser Tagung, Genozide in diesem Jahrhundert vergleichend zu betrachten und über die Auswirkungen für das kollektive Gedächtnis der Nachgeborenen sowie Möglichkeiten einer Pädagogik des Erinnerns zu diskutieren, eröffnet Möglichkeiten, erstarrte Formen der Vergangenheitsbearbeitung in einer inzwischen international etablierten Gedenkkultur aufzubrechen.

Den folgenden Ausführungen zur Theorie und Praxis einer „Pädagogik des Gedenkens“ seien einige grundsätzliche Überlegungen zur Begrifflichkeit und den damit transportierten Deutungen sowie zu Formen des Gedenkens und der Funktion von Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus einleitend vorangestellt.

### **Zu den Begriffen „Holocaust“ und „Shoah“**

Die Bezeichnungen „Holocaust“ und „Shoah“ für den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden Europas sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch bei uns in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. Sie werden als Fachtermini verwendet, ohne daß ihr Sinngehalt im jeweiligen Kontext noch hinterfragt wird. Diese das historische Geschehen sakralisierenden, metaphorischen Begriffe mögen von Juden selbst als Bezeichnung für die an ihrem Volk bzw. ihrer Gruppe verübten Verbrechen als deutungsrelevant angewendet werden, so wie von Sinti und Roma in ihrer Sprache, dem Romanes, die Völkermorderfahrung als „Porrajmos“ bezeichnet wird.

Man muß sich jedoch bewußt sein, daß mit der Verwendung dieser Begriffe andere, für das Gesamtverständnis unerläßliche Teile der NS-Genozidpolitik von der Betrachtung und dem Erinnern ausgeschlossen werden:

1. Der als „Euthanasie“ euphemistisch umschriebene Mord an körperlich und geistig Behinderten, die erste staatlich geplante und getarnte Massenmordmaßnahme der Nationalsozialisten, die zugleich Testfall und Vorbild für die Ausweitung der Methode auf andere rassistisch diskriminierte Gruppen war;
2. der Genozid an Sinti und Roma;
3. nicht zuletzt auch der millionenfache Mord an der slawischen Zivilbevölkerung im Rahmen des „Generalplans Ost“, d. h. der Strategie des Vernichtungskrieges in Osteuropa.

Vor allem von Deutschen, aus deren Nation die Täter kamen, aber auch für andere, die den genannten Opfergruppen nicht angehören, kann der Völkermord an den Juden nicht als „Brandopfer“ oder „Katastrophe“ – das sind die adäquaten Übersetzungen der Metaphern – bezeichnet werden, da beide religiöse Assoziationen beinhalten, die sich aus anderen Perspektiven – insbesondere der der Tätergesellschaft – verbieten.

---

<sup>1</sup> Der hier abgedruckte Vortrag von Annegret Ehmann wurde im Rahmen der Veranstaltung „Didaktik und Gedenken“ der „Internationalen Sommerakademie in Wien“ (6.–10. Juli 1997) gehalten. (Anm. A. W.)

Das Bild von den Juden als Gott dargebrachtem Opfer ist so gefährlich falsch wie die Vorstellung, der industrielle Massenmord wäre als schicksalhafte Katastrophe über sie gekommen.

Die Verwendung dieser Begriffe schließt nicht nur das Gedenken an die anderen Opfer des Nationalsozialismus aus – neben den bereits genannten Gruppen sind auch die Opfer des Widerstands im eigenen Lande und in den okkupierten europäischen Staaten nicht zu vergessen –, sondern bewirkt auch eine moralisch problematische Hierarchisierung der Opfer. Zugleich verstellt sie die notwendige Erkenntnis über die gemeinsame ideologische Begründung für die Massenvernichtung, wengleich die einzelnen Opfergruppen unterschiedliche politische Rollen hatten.

Vor allem Juden, Sinti und Roma und die körperlich und geistig Behinderten wurden getötet aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer biologisch determinierten Gruppe. Der Kern der NS-Ideologie war die Behauptung der Ungleichheit der Menschen im Gegensatz zum Gleichheitsprinzip der Menschenrechtserklärungen der amerikanischen und französischen Revolutionäre des 18. Jahrhunderts. Die NS-Rassenpolitik richtete sich gegen Gruppen von Menschen, die als „minderwertig“ und „lebensunwert“ definiert und schließlich verfolgt und als Störfaktoren eliminiert wurden, da für sie in der NS-Utopie von einer genetisch und physiognomisch homogenen Leistungsgemeinschaft kein Platz war. Die nationalsozialistischen Genozidplaner begründeten die Vernichtung des „unwerten“ Lebens mit dem Zweck der Förderung und Absicherung des Lebens der „Wertvollen“. Die Vernichtung wurde reichsweit propagiert als Programm der öffentlichen Gesundheitspflege zur Gesundung des „Volkskörpers“ und europaweit als Programm einer „ethnischen Flurbereinigung“ bzw. Neuordnung Europas auf rassenbiologischer Grundlage. Ein Beispiel dafür, daß dieses Verständnis der NS-Bevölkerungspolitik weitgehend nicht vorhanden ist, zeigen z. B. die heftigen Reaktionen auf die Wehrmachtsausstellung.

Wird, wie in der 1993 in deutscher Ausgabe erschienenen „Enzyklopädie des Holocaust“<sup>2</sup>, die ausschließliche Bezeichnung des Völkermords an den Juden durch den Begriff „Holocaust“ mit der Unterscheidung begründet, nur dieser sei ein „auf den Grundsätzen des Rassismus“ beruhender „Versuch vollständiger und sofortiger Vernichtung eines Volkes“ gewesen, im Gegensatz zu „Maßnahmen gegen Volksgruppen, die die Nazis aus sozialen, politischen und militärischen Gesichtspunkten für schädlich ansahen und folglich beseitigen wollten“, so wird die NS-Ideologie auf den Antisemitismus verkürzt, der jedoch lediglich eine, wenn auch zentrale Komponente eines umfassenderen rassenideologischen Konzepts war. Mit dieser Unterscheidung wird zugleich auch dem Massenmord an den anderen Opfergruppen eine Plausibilität und Rechtfertigung zugestanden, als habe es sich um Affekthandlungen oder im Verlauf eskalierender Kriegsführung begangene „normale“ Grausamkeiten gehandelt.

Nicht zuletzt bedeutet diese Reduktion der Deutung, daß die daraus abgeleiteten Thesen von der „Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit des Holocaust“, „dem Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) – die in keiner Gedenkrede als Zitate heutzutage fehlen und die auch einer der heutigen Referenten bereits vertrat –, daß es einem Sakrileg gleichkommt, diese Thesen auf ihre Problematik und Sinnhaftigkeit zu hinterfragen. Dennoch stellt sich logischerweise die Frage: Wenn etwas einzigartig war, kann es auch kein zweites Mal geschehen, weshalb die Warnung

---

<sup>2</sup> Yehuda Bauer, Israel Gutman (Hrsg.), Enzyklopädie des Holocaust. Berlin 1993, Bd. 1. Vorwort zur deutschen Ausgabe von Eberhard Jäckel, S. XVIII f.

vor einer Wiederholung ebenso unsinnig ist wie die Forderung, Lehren zur Verhinderung einer Wiederholung daraus abzuleiten.

Für den Soziologen Zygmunt Bauman<sup>3</sup> ist die Frage über die Wiederholbarkeit des „Holocaust“ immer eine Frage über Völkermord an sich und daher rhetorisch, denn Völkermord ist in der heutigen Welt alltägliche Realität. Zwischen 1960 und 1979 gab es mindestens ein Dutzend Völkermorde oder Völkermord-ähnliche Massaker auf der Welt – in entfernten Orten mit unaussprechlichen Namen, aber auch vor der Haustüre, im ehemaligen Jugoslawien. Bauman stellt der These vom „Zivilisationsbruch“ entgegen, daß Völkermord per se keine moderne Erfindung sei, der „Holocaust“ dagegen insofern eine moderne Weiterentwicklung, als die Grausamkeit und Unmenschlichkeit dieses Massenmordes im Namen von Menschlichkeit und Zivilisation unter Anwendung fortschrittlichster Technologie begangen wurde, ja eigentlich durch sie erst ermöglicht wurde. Er ist der am besten bekannte, erforschte und diskutierte Völkermord, weil er in der Mitte eines Europas geschah, das viele Jahrhunderte einen Zivilisierungsprozeß durchlaufen hatte.

Das Spezifische des als „Holocaust“ bezeichneten nationalsozialistischen Massen- und Völkermords war, daß er durch eine Staatsgewalt geplant und verübt wurde, die die uneingeschränkte Definitionsmacht besaß und ausübte, indem sie Teile der Bevölkerung in ihrem Machtbereich als „ungeeignet“, „gefährlich“, „unnützlich“ oder „überflüssig“ ausgrenzte, entrechtete und in letzter Konsequenz physisch vernichtete.

Die Begriffe „Shoah“ oder „Holocaust“ sind Fremdworte. Ihre Verwendung im Deutschen verdeckt diese Realität. „Die Übernahme des Begriffs Shoah durch Nichtjuden, die des Hebräischen nicht mächtig sind, wirkt plump, sogar anbiedernd“, meint der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn zu Recht.<sup>4</sup> Der Versuch, sich mit den Opfern identifizieren zu wollen, ist falsch verstandene Empathie.

Historisch-politisches Lernen und eine Pädagogik des Gedenkens beginnt mit der Klarheit der Sprache: Ich plädiere daher für die Verwendung der Begriffe „Massen- und Völkermord“ statt „Holocaust“ oder „Shoah“, und ich plädiere dafür, auf die Kategorie „Uniqueness“ bzw. Einzigartigkeit ganz zu verzichten, denn sie ist auch aus pädagogischer Perspektive unproduktiv, weil damit quasi ein Denkverbot erteilt wird.<sup>5</sup>

Die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Massen- und Völkermord im Bildungssystem sowie in Gedenkstätten und an historischen Orten in der Bundesrepublik, d. h. im Land der Täter und der Nachkommen der Täter, muß zwangsläufig aus anderer Perspektive erfolgen und, wie bereits dargelegt, ein breiteres Themenspektrum einbeziehen als in jedem anderen Land. Die Auseinandersetzung mit den Tätern, d. h. auch die emotionale Verarbeitung der Täterschaft der Eltern- und Großelterngeneration kann nicht nur eine nachgeordnete Rolle spielen. Schließlich muß aller Opfer und ihrer

---

<sup>3</sup> Zygmunt Bauman, Ist der Holocaust wiederholbar? Polis 8 (Schriftenreihe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung), Wiesbaden 1994.

<sup>4</sup> Michael Wolffsohn, Keine Angst vor Deutschland. Erlangen, Bonn, Wien 1990, S. 60 f.

<sup>5</sup> wie es in der Formulierung vom Holocaust als der „black box des Verstehens“ nahegelegt wird. Vgl. Dan Diner, Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus. In: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, hrsg. von Dan Diner, Frankfurt/Main 1987, S. 70 f.

Verfolgungsgeschichte gedacht werden, denn eine „Hierarchisierung“ der Opfer in mehr oder weniger wichtige bzw. beklagenswerte wäre eine Fortsetzung der Anmaßung, den Wert des Menschen messen zu wollen.

### **Formen und Funktion von Gedenken**

Wir blicken heute im vereinigten Deutschland zurück auf vier Jahrzehnte überwiegend geteilter und ambivalenter Erinnerungsarbeit in Gedenkstätten, gekennzeichnet durch kontroverse politische Auseinandersetzungen um die Erhaltung der historischen Orte zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. In der ehemaligen DDR, die ihre staatliche Legitimation aus dem antifaschistischen Widerstand herleitete, wurden bereits in den fünfziger Jahren ehemalige Konzentrationslager als Mahn- und Gedenkstätten der Ideologie entsprechend architektonisch gestaltet. Gedenkzeremonien hatten eine identitätsstiftende Funktion. In der alten Bundesrepublik gedachte man bis Mitte der sechziger Jahre vorrangig der Opfer des Krieges und des Kommunismus/Stalinismus. An der Erhaltung von Stätten der Erinnerung an die NS-Verbrechen oder Errichtung von Denkmälern für die Opfer des Massen- und Völkermords bestand vergleichsweise kein öffentliches Interesse. Die von den nationalsozialistischen Verbrechen betroffenen Opfergruppen standen damals weitgehend allein im mühseligen Kampf um die Erhaltung von Orten der Erinnerung, während die Mehrheit der Deutschen die Gedenkstätten intellektuell und emotional nicht als Teil ihrer nationalen Identität akzeptierte. Das ist so verwunderlich nicht, geht es doch an diesen Orten zugleich mit dem Gedenken an die Opfer um die ständige Erinnerung an einen äußerst unbequemen Teil deutscher Nationalgeschichte.

Seit Anfang der achtziger Jahre ist eine veränderte Einstellung feststellbar. Das Interesse der deutschen Bevölkerung an den Gedenkstätten hat mit zunehmendem zeitlichem und auch biographischem Abstand zugenommen. Die Gedenkstätten verzeichnen deutlich steigende Besucherzahlen. Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland flächendeckend über sechzig etablierte Gedenkstätten<sup>6</sup> und Hunderte Gedenkstätteninitiativen und Geschichtswerkstätten, die sich mit der Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Auch die Besucherstruktur der Gedenkstätten hat sich verändert. Während früher vornehmlich organisierte Gruppen – überwiegend Jugendliche – mehr oder weniger freiwillig im Rahmen öffentlich geförderter politischer Bildungsveranstaltungen in die Gedenkstätten kamen, sind es heute zu einem erheblichen Teil auch Einzelbesucher bzw. Familien mit Kindern aus den Reihen des sogenannten Bildungsbürgertums. Sie betrachten den Besuch von Gedenkstätten – wie den von Kunstausstellungen oder anderer Museen – gleichermaßen als zur Allgemeinbildung gehörend. Nicht zuletzt aus dem jeweiligen Besucheransturm zu Gedenktagen läßt sich ableiten, daß formales öffentliches Gedenken hier seine Auswirkungen zeigt.

Über die Motivation für Gedenkstättenbesuche und die Nachwirkungen bei den verschiedenen Besuchergruppen liegen bisher keine relevanten empirischen Untersuchungen vor. Bezweifelt werden darf, daß der formale Geschichtsunterricht in den Schulen den entscheidenden Anteil daran hat.

---

<sup>6</sup> Stand 1995, vgl. Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes – Eine Übersicht. Sondernummer Gedenkstätten-Rundbrief, o. J.

Gedenktage haben in den vergangenen Jahren das öffentliche Interesse an Geschichte wahrscheinlich nachhaltiger stimuliert. Zwischen 1978 und 1995 boten in kurzer Abfolge diverse Gedenktage Anlässe zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. In vielen Orten der Bundesrepublik beteiligten sich nicht nur verschiedene gesellschaftliche Gruppen aktiv an der Gestaltung des Gedenkens, auch in den Massenmedien wurde zunehmend ausführlicher darüber berichtet.

Geschichte ist seit einigen Jahren wieder „in“. Dennoch ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob das gewachsene Interesse nicht vielmehr durch die in der Öffentlichkeit und den Medien zum Teil heftig geführten Debatten um die Gedenkanlässe gefördert worden ist. Ein aktuelles und beredtes Beispiel ist die bereits erwähnte Wehrmachtsausstellung, die trotz oder gerade wegen der von staatlich-politischer Seite in München und Frankfurt am Main inszenierten Kritik einen enormen Besucheransturm zu verzeichnen hatte.

Von dieser Ausnahme abgesehen, gehört das Bekenntnis zur deutschen Vergangenheit und der Verantwortung für die NS-Verbrechen inzwischen zum guten Ton in den Gedenkreden der deutschen Politiker. – Alle haben inzwischen gelernt, daß sich das international auszahlt. Keiner leugnet oder relativiert, doch spürt man oft nicht, wie ernst es gemeint ist. Die Verschleppung der Entschädigung der letzten noch lebenden Opfer in Osteuropa nährt diese Zweifel. Das pauschale Bekenntnis zur deutschen Vergangenheit geschieht ebenso im deutschen Interesse wie das zu einem stabilen Euro oder der europäischen Einigung.

Mußten die überlebenden Zeugen der NS-Zeit in den ersten Jahrzehnten noch darum kämpfen, überhaupt wahrgenommen zu werden, so haben Zeitzeugenberichte und besonders die Vermarktung dieser Berichte heute Hochkonjunktur. Inzwischen hat fast jede Gemeinde ihr Gedenkbuch herausgebracht, eine Gedenkplatte an den Resten der örtlichen Synagoge angebracht, den Friedhof sauber restauriert und begeht den 9. November als Gedenken an die „Pogromnacht“. Der Zeitpunkt ist absehbar, wann der letzte vergessene jüdische Bürger befragt, die letzten noch verschollenen Fotos, Gedichte oder Zeichnungen aufgespürt und publiziert sind. So weit, so gut. Was dann? Wir befinden uns bereits mitten in der Phase der Ritualisierung, Monumentalisierung, Ästhetisierung und Akademisierung des Themas „Holocaust“.

1995 wurde mit den Feiern zum 50. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager vom Bundestag der Beschluß zur Institutionalisierung des 27. Januar – dem Tag der Befreiung von Auschwitz – als nationalem Gedenktag für die Opfer der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gefaßt. Heraus kam dabei bisher um dieses Datum herum eine erhöhte Betriebsamkeit der Medien und Schulen, nicht über das System Auschwitz als Symbol neu nachzudenken, sondern wieder fast ausschließlich die Reproduktion bekannter Dokumentationen und pathetisch-ästhetisierender Darstellungen der Verfolgung der deutschen Juden.

Es wird über ein „Holocaust“-Denkmal und ein „Holocaust“-Museum in Berlin – und auch in Wien – gestritten. Die Einrichtung von „Holocaust“-Studiengängen, die Erarbeitung von „Holocaust“-Curricula bzw. einer Didaktik der „Holocaust“-Erziehung für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter wird in Nachahmung der schon entwickelteren Programme in den USA und Israel auch bei uns propagiert und mit der Notwendigkeit einer Werteerziehung und Vorurteilsvermeidung zur Prävention von Rechtsextremismus und der Wiederholung eines Holocaust begründet. Multimedia-„Holocaust“-Programme für die Kids der Computer-generation sind der neueste Trend. Virtuelle Realität in Kombination mit „Holocaust“ – die

negativen Möglichkeiten scheinen nicht zu Ende gedacht. Erste Produkte auf dem Markt lassen dies erahnen.

Im akademischen Bereich arbeiten inzwischen zahlreiche Jungakademiker an ihrer beruflichen Etablierung in „Holocaust-Studies“. Seit einigen Jahren finden regelmäßig im Dreieck USA – Bundesrepublik – Israel internationale „Holocaust-Konferenzen“ statt. Der Journalist Eike Geisel prägte dafür den Ausdruck „Shoah-business“, sein Kollege Henryk M. Broder hat 1991 anlässlich der Inauguration eines in Frankfurt geplanten „Lern- und Dokumentationszentrums des Holocaust“<sup>7</sup> bissig kommentiert: „So wie die 'Harlem Globetrotters' mit ihrer Basketball-Show auf Tournee gehen, gehen die Holocauster mit ihren Konferenzen auf Tour und schleppen wie die 'Harlem Globetrotters' ihre Gegenspieler gleich mit. Man soll sich von solchen Konferenzen kein falsches Bild machen. Die Teilnehmer wanken nicht traumatisiert durch die Gänge, sie brechen unter der Last ihrer Erinnerungen nicht zusammen, wie es Zeugen in KZ-Prozessen tun. Es sind durchaus gesellige Veranstaltungen, vergleichbar etwa Ärztekongressen, wo die Herren und Damen tagsüber über Karzinome reden und abends bei einer Flasche Wein über Gott und die Welt plaudern.“<sup>8</sup>

Die Befürchtung, daß nach den Gedenkzeremonien zum 50. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung der KZ-Lager das Gedenken ein Ende nehmen werde, hat sich nicht bewahrheitet. Unsere Überlegungen sollten sich daher neben dem immer noch notwendigen „Wehret den Fortgängen“ auch mit einem „Wehret den Umfängen“ heutiger Gedenkkultur zuwenden. Was ist davon zu halten, wenn die Deutsche Bundesbahn als einen Beitrag zum Gedenken einen Intercity-Expresszug nach Anne Frank benennt, einen anderen nach dem Erzantisemiten und völkischen Vordenker Friedrich Ludwig Jahn?

### **Zum Gedenken an historischen Orten**

Mehr als ein halbes Jahrhundert trennt uns inzwischen von dem Ende der Nazizeit. Die überwiegende Mehrheit der heutigen Besucher in Gedenkstätten hat diese Zeit nicht erlebt und daher auch keine persönlichen Erinnerungen. Gedenken setzt aber Erinnerung an etwas Erlebtes oder persönlich als relevant Erfahrenes voraus. Um überhaupt gedenken zu können – in zeremonieller Weise, wie das an Gedenktagen geschieht –, muß man erst einmal wissen, wessen man gedenken soll, seien es Personen oder Ereignisse. Das heißt für die Nachgeborenen, daß Information angeboten werden muß, die dem inzwischen differenzierten Forschungsstand und den heutigen Ansprüchen einer hochindividualisierten Gesellschaft entspricht. Dem formalen Gedenken muß ein Lernprozeß vorausgehen.

Insofern hat sich seit Beginn der achtziger Jahre die Arbeit in Gedenkstätten auf wissenschaftliche Dokumentation und pädagogische Vermittlung konzentriert. Den deutschtümelnden, Pathos und Zeremonielles signalisierenden Begriff „Gedenkstätte“ ersetzte man durch Bezeichnungen wie „Lernort der Geschichte“ oder „Orte der Erinnerung“, d. h. Orte, an denen die Geschichte nicht nur dieser Epoche, der zwölf Jahre Nationalsozialismus, sondern auch nationalgeschichtliche Traditionslinien davor und Auswirkungen danach behandelt werden. Es kann nicht mehr nur um die Auflistung und Bebilderung von „erschütternden“ Daten und

---

<sup>7</sup> Inzwischen ist dieses Zentrum als Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt am Main etabliert.

<sup>8</sup> Henryk M. Broder, Eine ABM-Maßnahme. In: Ders., Erbarmen mit den Deutschen, Hamburg 1993, S. 77.

Fakten gehen, sondern es müssen sehr viel deutlicher Kontexte und Ursachen aufgezeigt werden.

Ich will einige Beispiele geben:

1. Die Nürnberger Gesetze sind ohne Bezug zum auf dem Prinzip des „ius sanguinis“ beruhenden und bis heute gültigen Staatsbürgerrecht in Deutschland – und Österreich – nicht erklärbar. Ebenso gehört dazu die Kenntnis, daß die NS-Rassenlehre nicht einer Wahnidee Hitlers entsprungen ist, sondern ein auf Europa übertragenes Produkt des Kolonialismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war. Mit der Behauptung von der biologischen und kulturellen Überlegenheit der europäischen „Hochrasse der Arier“ über vermeintlich „niedere Rassen“ wie „Hamiten“, „Neger“, „Indianer“, „Mongolen“ oder „Semiten“ wurde die Unterwerfung, Ausbeutung und teilweise auch Vernichtung von sogenannten minderwertigen ethnischen Gruppen gerechtfertigt. Es gab bereits ein „Mischehenverbot“ in den deutschen Kolonien und den heute gänzlich vergessenen Genozid an den sogenannten „Hottentotten“ 1904–7 in der Kolonie Deutsch-Südwest, dem achtzig Prozent der Herero- und Namabevölkerung zum Opfer gefallen sind.

Die Norm, an der „Höherwertigkeit“ bzw. „Minderwertigkeit“ gemessen wurde, war der mitteleuropäische, vorzugsweise „nordische“ Mann bürgerlicher Herkunft. Anthropologen und Mediziner, dieser Schicht zugehörig, wurde in staatlichem Auftrag die Definitionsmacht zur Vermessung und Bewertung anderer erteilt. Die Beforschung der dunkelhäutigen überseeischen „Minderwertigen“ erbrachte Material für Forschung und Lehre in Völkerkundemuseen und anatomischen Instituten, an denen die späteren SS-Ärzte lernten. Der Gedanke, daß diese „Rassengruppen“ zwangsläufig zugunsten des Überlebens der „Höherwertigen“ unterzugehen hatten, wurde um die Jahrhundertwende in wissenschaftlichen Publikationen ungeniert vorgetragen.

2. Da wir uns in Wien befinden, ein Beispiel vor Ort:

Hatte der Wiener Anthropologe Rudolf Pöch (1870–1921) vor dem Ersten Weltkrieg eine beachtliche Sammlung von Skeletten und Schädeln der zum Aussterben gebrachten Buschmänner und ihrer Kultur aus Süd-Westafrika mitgebracht, die das Institut für Humanbiologie der Wiener Universität bis heute in zahllosen Bananenkisten aufbewahrt, so setzte er 1915 seine anthropologischen Forschungen im Kriegsgefangenenlager der Festung Theresienstadt mit entwürdigenden Vermessungen an Tausenden von russischen Kriegsgefangenen fort. Am 4. März 1933 wurde an der Wiener Universität eine Gedenktafel für Pöch angebracht, die sein Lehrstuhlnachfolger mit der Bemerkung enthüllte: „Er hat viel gesät, konnte aber nicht mehr ernten.“ Er hätte in der Tat eine schreckliche Ernte eingefahren. Sein deutscher Kollege Eugen Fischer, Direktor des „Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ in Berlin und viele weitere Kollegen an ähnlichen Universitätsinstituten konnten diese Ernte unter den Nationalsozialisten einfahren. Die anthropologische Methode des systematischen Zergliederns bis zur perfekten Auflösung des Menschen in Meßwerte endete in der Generation ihrer Schüler, der SS-Ärzte vom Schlage Mengeles und Raschers, für die menschlichen „Untersuchungsobjekte“ tödlich.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Über Rudolph Pöch wurde 1992 von Andrea Gschwandtner ein 60minütiger Dokumentar/Feature-Film unter dem Titel „Der Menschenforscher“ hergestellt, der Pöch's starken Einfluß auf die NS-Rassenideologie eindrücklich belegt.

3. In der wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Umschau“, in der auch Albert Einstein publizierte, wurde 1910 ein Preisausschreiben unter dem Titel „Was kosten die schlechten Rassenelemente Staat und Gesellschaft“ ausgelobt. Gewinner der damals stattlichen Geldsumme von 1600 RM war der Direktor einer Hamburger Fürsorge- und Armenanstalt, der vorrechnete, was man an Ausstattung und Verpflegung der „minderwertigen“ Insassen einsparen konnte. In der NS-Zeit rechneten Schüler im Mathematikunterricht Belastungen für Geisteskranke unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt auf mit den Ausgaben für „gesunde“, „rassisch wertvolle“ Schüler in Oberschulen. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden Anstaltspatienten als „nutzlose Esser“ auf Meldebögen erfaßt und ermordet. In diesem Kontext ist nicht nur die Problematik der heute zum Beispiel von dem australischen Philosophen Peter Singer unter dem Titel „Praktische Ethik“ wieder vorgetragenen Thesen zur utilitaristischen Tötung Schwerstbehinderter zu diskutieren, sondern auch die neuerliche Einsparungspraxis im staatlichen Gesundheitswesen.

### **Zur Funktion der Gedenkstätten**

Die primäre Funktion der meisten Gedenkstätten, insbesondere der KZ-Gedenkstätten, ist weiterhin, daß dies große Friedhöfe sind, daß dort auch zu Gedenktagen zeremonielles Gedenken stattfindet und wohl auch in Zukunft stattfinden wird. Dennoch muß man sich Gedanken darüber machen, in welchen Formen dies in Zukunft geschehen kann. Für Jugendliche von heute wirkt ritualisiertes, pathetisches Gedenken oftmals unglaubwürdig.

Eine weitere Funktion ist die der Dokumentation der Ereignisse am authentischen Ort, selbst wenn durch Verfall und gestalterische Eingriffe oft nicht mehr viel authentisch ist. Die künstlerische Gestaltung der Denkmale thematisiert durchgängig Tod und Zerstörung, die Ikonographie der Gedenkstätten ist die eines Totenkultes.

An vielen Orten mußte und muß noch Forschung nachgeholt werden. Diese Aufgabe ist jedoch in ihren Dimensionen überschaubar und ändert an den zu vermittelnden Grunderkenntnissen nichts. Gedenkstätten zu akademischen Forschungsinstituten auszubauen würde in die Irre führen, denn Forschung setzt emotionale Distanz voraus, die in einer KZ-Gedenkstätte problematisch ist. Viel stärker in die Zukunft hinein weist die Funktion der Gedenkstätten als Lernorte, womit wiederum nicht Schulunterricht gemeint ist. Es geht an diesen Orten zwar auch um Wissensvermittlung, nicht jedoch darum, mit ausgeklügelten curricularen Strategien den Besucher zu belehren, wie dies Schulen und Universitäten zu leisten haben und vielfach ja auch tun. Es geht vielmehr darum, Geschichte individuell kognitiv und emotional erfahrbar zu machen. Dies kann jedem einzelnen helfen, sich seiner selbst, seiner nationalen Identität und des Eingebundenseins in geschichtliche Zusammenhänge und einer daraus resultierenden Verantwortung – nicht Schuld – bewußt zu werden.

Durch ein- bis zweistündige standardisierte Ausstellungsführungen für Großgruppen, wie dies überwiegend in Gedenkstätten geschieht, läßt sich das nicht erreichen, sondern nur, indem Möglichkeiten der vertieften individuellen Auseinandersetzung angeboten werden.

Die in den Besucherbüchern der Gedenkstätten vielfach zu findenden Fragen und Kommentare wie „Wie konnte das geschehen?“, „Wie konnten Menschen anderen Menschen so etwas antun?“ oder plakative Appelle wie „Vergeßt es nie!“, „Nie wieder Faschismus!“, diese auch in Reden zu öffentlichen Gedenktagen nicht fehlenden hilflosen Floskeln, sind m. E. das Resultat diffuser Wahrnehmungen, die nicht zuletzt auch durch Veranschaulichungsweisen in den Gedenkstätten hervorgerufen werden. Zumeist werden die Besucher vor allem in konzentrierter Form schockierenden Fotos und Schilderungen von gedemütigten und mißhandelten Menschen und den schauerhaften Bedingungen in Gettos und Konzentrationslagern ausgesetzt, die im Gedächtnis haften bleiben. Die Konfrontation mit dem „Grauen“ geschah und geschieht immer wieder in guter Absicht. Der Anblick soll Empathie mit den Opfern wecken und moralische Ermahnung zugleich sein. Ausstellungsmacher und die pädagogischen Angebote von Gedenkstättenmitarbeitern haben vor allem Jugendliche als Adressaten einer moralischen Erziehung im Visier. So wurde auf einer internationalen Konferenz in der Gedenkstätte Yad Vashem<sup>10</sup> in Jerusalem im Oktober vergangenen Jahres (1996) die Erwartung geäußert, „Holocaust-Erziehung“ solle die Jugend befähigen, „eine bessere Welt zu schaffen“.

Wenig hinterfragt wird dabei, ob durch die Anschauung von Gewalt und Brutalitäten, Zeitzeugenberichten aus der Opferperspektive, bei denen die Darstellung von Leid und Grausamkeiten im Zentrum steht, Vorurteilsbereitschaft und latenter Rassismus nachhaltig abgebaut werden. Erkenntnisse über die Ursachen und die Verursacher von Unrecht und Leid werden durch diese Präsentationsform kaum befördert. Auf Schock- oder Betroffenheitspädagogik reagieren Jugendliche ebenso mit Abwehr wie auf konventionelle Vermittlungsformen – Vortrag und Führungen – sowie gleichförmige Wiederholungen des immer wieder gleichen Stoffes.

Im Gegensatz zur Schule ist eine Gedenkstätte frei von curricularen Zwängen, Notengebung und Leistungstests. Damit eröffnen sich Möglichkeiten für eine emanzipatorische, teilnehmerorientierte Bildungsarbeit. Durch ungewöhnliche, nicht schulbuchgemäße Einstiege in die NS-Geschichte – über Technik- und Wissenschaftsgeschichte, Kunst und Ästhetik, Biographien und Alltagsgeschichte – ist das häufig bei Schülern anzutreffende Übersättigungssyndrom, das sich in demonstrativem Desinteresse äußert, zu überwinden.

### **Zur pädagogischen Arbeit mit Schülern und Jugendlichen**

Im Haus der Wannsee-Konferenz z. B. wählen die Gruppen eigenständig ihr Thema für einen oder mehrere Studientage aus einem breiten Spektrum von Themen und Fragestellungen zur Geschichte des Nationalsozialismus, der Geschichte der Juden, aber auch der der anderen Opfer aus. Motivation und Interessen der Lernenden haben Vorrang vor jenen des Gruppenleiters bzw. Lehrers oder den Notwendigkeiten eines Lehr- oder Seminarplans. Auch Leistungsprüfungen nach dem Studientag in der Gedenkstätte sollen ausgeschlossen werden.

---

<sup>10</sup> Anm. A. W.: Der Staat Israel hat 1953 per Gesetz die Errichtung der Gedenkstätte „Yad Vashem“ zur Erinnerung an den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden beschlossen. „Yad Vashem“ nimmt bei offiziellen Besuchen von Staatsgästen in Israel eine Rolle ein, die z. B. das „Grab des unbekanntes Soldaten“ in Paris hat. Vgl. dazu Eva Grabherr (Hg.), Das Dreieck im Sand. 50 Jahre Staat Israel. Wien 1997: Sonderzahl Verlag, S. 262.

Methodisch ist selbständige Kleingruppenarbeit mit Dokumenten, Bild- und Tonquellen und dem Angebot an Fachliteratur der Hausbibliothek die bevorzugte Arbeitsweise. Das Themenangebot orientiert sich offen und flexibel am Interesse an neuen Forschungsergebnissen und aktuellen Debatten.

Für die der Interessenlage der Gruppe entsprechende Vorplanung des Studientages ist immer ein ausführliches Gespräch mit dem Gruppenleiter über die Vorkenntnisse und Lernvoraussetzungen der Gruppe erforderlich. Schüler wählen vorzugsweise Themen, die mit ihrer Lebenswelt in Zusammenhang gebracht werden können, wie „Menschenbild und Erziehung“, „Jugend im Nationalsozialismus“, „Faszination von Macht und Gewalt“, „Ursachen des Rechtsextremismus heute“, „Rassismus und Antisemitismus“. Sehr gute Erfahrungen wurden in diesem Zusammenhang auch mit Zeitzeugen gemacht, die selbstkritisch und ehrlich über ihre HJ- und BDM-Zeit und die erlebte „Faszination“ und erfahrene Beeinflussung durch NS-Propaganda berichten.

Trotz ermutigender Beispiele aus der Praxis heutiger Gedenkstättenarbeit möchte ich die Erwartungen dämpfen, daß durch die richtige didaktische Vermittlung der NS- Verbrechen quasi in einem Akt der Katharsis die besseren Menschen nach einem Studientag aus der Gedenkstätte hervorgehen. Das halte ich nicht nur für eine pädagogische Hybris, sondern auch für eine ungerechtfertigte Überfrachtung der Jugendlichen mit moralischen Maximen, die die Erwachsenenwelt ihnen keineswegs glaubwürdig vorlebt. Über die langfristigen Auswirkungen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auf das historische und politische Bewußtsein, insbesondere bei Jugendlichen, liegen bisher nur sehr wenige empirische Untersuchungen vor, wie überhaupt über die Rezeption von Ausstellungen in Gedenkstätten. Ebenso wenig Verlässliches wissen wir über die Entstehung und vor allem Veränderung historisch-politischer Einstellungen bei Jugendlichen. Ob also diese Jugendlichen nach einem „Holocaust“-Intensivkurs bzw. einem Gedenkstättenbesuch – sei es auch ein ganzer Tag, in der Regel sind es aber nur zwei bis drei Stunden – so nachhaltig „moralisch aufgerüstet“ werden, daß sie in zehn bis fünfzehn Jahren an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz – sofern sie bei der desolaten Arbeitsmarktlage überhaupt einen finden – eine bessere Welt gestalten werden, darf bezweifelt werden. Gleichzeitig besteht kein Zweifel darüber, daß diese Geschichte in Schulen und Gedenkstätten gelernt werden muß. Sie ist unabdingbarer Teil unserer Geschichte auch für alle kommenden Generationen.

Die fast ausschließliche Konzentrierung des Angebots von Gedenkstätten auf Jugendliche, möglichst noch im Alter der Pubertät, halte ich darüber hinaus nicht nur für problematisch. Ich denke, daß dies auch eine Form der Verdrängung ist. In den Seminaren für Erwachsene wurde im Haus der Wannsee-Konferenz vielfach die Erfahrung gemacht, daß Erwachsene an Angeboten zur historisch-politischen Weiterbildung sehr interessiert sind und die Gelegenheit gerne nutzen, ihre lückenhaften und veralteten Geschichtskennntnisse aufzubessern. Sie suchen solche Möglichkeiten nicht zuletzt, um als Eltern und Großeltern qualifizierter mit ihren Kindern oder Enkeln über die NS-Geschichte und das Hineingeborensein in einen komplizierten politisch-historischen Zusammenhang diskutieren zu können, wenn diese in der Schule damit konfrontiert werden. Auf diese veränderten Bedingungen können und müssen Gedenkstätten weit stärker als bisher reagieren.

### **Berufsspezifische Seminare im Haus der Wannsee-Konferenz**

Die Arbeit im Haus der Wannsee-Konferenz ist weniger dem traditionellen Gedenken als dem Erinnern durch Lernen, dem „Bewußtmachen eigener Denk- und Verhaltenstraditionen“ sowie der Devise „Wehret den Anfängen und den Fortgängen!“ verpflichtet.

Als Gedenkstätte ist das Haus der Wannsee-Konferenz eine Neugründung. Am 20. Januar 1992, dem 50. Jahrestag der Wannsee-Konferenz, wurde das Haus nach fünfjähriger Planungsphase als Gedenk- und Bildungsstätte eröffnet. Die Nachkriegsgeschichte der Wannsee-Villa ist symptomatisch für den Umgang mit Orten der Täter in diesem Land und ein Thema für sich, das hier nicht erörtert werden kann.

Das Haus nimmt im Vergleich zu anderen Orten des Gedenkens eine Sonderstellung ein. Es handelt sich um eine großbürgerliche Villa aus dem Jahre 1914, in landschaftlich idyllischer Umgebung. Anders als in KZ-Gedenkstätten mit mehrjähriger komplexer Aktionsgeschichte beschränkt sich das den Ort prägende historische Ereignis auf eine eineinhalbstündige Konferenz von fünfzehn hochrangigen Vertretern des staatlichen Verwaltungsapparates und der SS, die dort am 20. Januar 1942 um 12.00 Uhr morgens, zu einer – im Verwaltungsdeutsch – „Besprechung mit anschließendem Frühstück“ über „mit der Endlösung der Judenfrage zusammenhängende Fragen“ zusammenkamen.

Richtigzustellen ist immer wieder, daß dort nicht der Völkermord an den europäischen Juden beschlossen wurde. Zum Zeitpunkt der Konferenz waren bereits Hunderttausende Juden von den Einsatztruppen ermordet worden. Es ging um die Koordination der verschiedenen Ressorts der staatlichen Verwaltung zur Sicherstellung der möglichst effektiven Durchführung des Massenmordes. Es existiert auch außer dem fünfzehneitigen Protokoll kein Foto der „Herrenrunde“. Selbst wenn man ein solches Foto in der Ausstellung zeigen könnte, wäre die Aussage banal. Das Erschreckende an dem Vorgang ist, daß hohe Beamte – zumeist im Rang von Staatssekretären – dem ungeheuerlichen Vorhaben widerspruchslos ihre Zustimmung gaben und die gewünschte Mitarbeit zusagten.

Die logische Konsequenz aus der Analyse des historischen Geschehens an diesem Ort – ein Prinzip, das für die Gestaltung und Nutzung jedes Gedenkortes Grundlage sein sollte – war daher primär, den analytischen Blick auf das ganze Spektrum der Schreibtischtäter und das Funktionieren dieses arbeitsteilig organisierten Verwaltungsapparats zu richten. Das Haus versteht sich somit vor allem als Denk- und Lernort für die vertiefte Auseinandersetzung mit der verschrifteten Hinterlassenschaft der Täter, d. h. mit den Dokumenten ihres Verwaltungshandelns und dessen Auswirkungen auf die von ihnen verwalteten Menschen, die eine ständige Ausstellung im Haus in chronologischer Abfolge mit überwiegend bekannten Fotos zeigt.

Nur schwer visualisierbar bleibt die emsige Betriebsamkeit zahlloser nachgeordneter Dienststellen und unzähliger Helfershelfer im Verwaltungsapparat. Es geht in der Bildungsarbeit daher vordringlich um die Analyse von Verwaltungsabläufen im Detail, die ideologischen Einstellungen und die Handlungsmotivation der jeweils zuständigen Beamten. Viele Berufsgruppen stellten bereitwillig ihre professionelle Kompetenz in den Dienst der Planung und Durchführung der „Endlösung“. Zu erkennen ist aus den Dokumenten, daß die Mitarbeiter vorausseilenden Gehorsam, Geschick und Phantasie bewiesen, wo Richtlinien fehlten. Diese Verwaltungsabläufe sind für Jugendliche nur sehr bedingt interessant und zugänglich, wohl aber sind sie ein sehr wichtiges Thema für erwachsene Bürger und Berufstätige fast aller Berufsgruppen. Das Seminarangebot richtet sich daher insbesondere an Menschen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung im gesamten Spektrum der öffentlichen Verwaltung. Für

sie ist es die Geschichte ihrer Amtsvorgänger, die zum Teil auch noch in die Gegenwart hinein wirkt.

Anhand von amtlichen Dokumenten sowie Auszügen aus NS-Berufsfachzeitschriften wird der Beitrag der verschiedenen Bereiche des öffentlichen Dienstes und privatrechtlich organisierter Institutionen zur Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der Juden und anderer verfolgter Minderheiten herausgearbeitet. Dabei zielt die Analyse vor allem auf die Frage, inwieweit heute jene Strukturen, Denk- und Verhaltensweisen überwunden sind, die dazu führten, daß die Mehrheit der Mitarbeiter kooperierten und nur in seltenen Fällen einzelne der Vernichtungsmaschinerie Widerstand entgegensetzten. Vergleiche zu gegenwärtigen Verwaltungsverfahren mit Entscheidungskonflikten werden dabei von den Seminarteilnehmern selbst gezogen und müssen nicht an sie herangetragen werden, denn ihnen sind die Konsequenzen der Beseitigung rechtsstaatlicher Normen und die damit aufgeworfenen rechtlichen berufsethischen Grundsatzfragen wie Anordnung, Ausführung, Befehl und Gehorsam auf Grund ihrer Berufserfahrung vertraut.

Der Nationalsozialismus ist eine der am intensivsten beforschten Geschichtsepochen. Die Fachliteratur dazu ist kaum noch überschaubar. Aber das Wissen, das Detailwissen beschränkt sich meist auf einen sehr kleinen Kreis von Fachleuten. Für diese Gedenkstätte, Haus der Wannsee-Konferenz, wurde daher bewußt die Entscheidung getroffen, keine Grundlagenforschung zu betreiben, sondern diesen Wissensstand und die jeweils aktuellen Forschungsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und vermittelbar zu machen. Adressaten sind daher neben Schülern und Jugendlichen vor allem die im Bildungssystem zu kurz gekommenen berufstätigen Nichtakademiker. Die Teilnahme an ein- und mehrtägigen Seminaren findet vor allem im Rahmen der beruflichen Weiterbildung bzw. von Bildungsurlaub statt.

Weiterbildung dieser Art braucht eine den Interessenten gerecht werdende Didaktik, die die Vorkenntnisse und Fähigkeiten der jeweiligen Teilnehmer und Berufsgruppen berücksichtigt und sie nicht in die Rolle von Schülern zurückversetzt, d. h., Methodenvielfalt, die Vermeidung rezeptiver Arbeitsformen, entdeckendes Lernen, Eigenaktivität und Interaktion der Teilnehmer stehen an erster Stelle. Wichtig ist zudem die Freiwilligkeit. Es geht nicht um „Abordnung zur Schulung“, es muß auf die Motivation, auf das Interesse gesetzt werden und darauf, daß politische Bildung als ein Angebot verstanden wird, Interessen zu erkennen und formulieren zu lernen, eigene Identität zu bestimmen und vor allen Dingen für sich selbst Erkenntnisse zu gewinnen, die nicht nur der kurzfristigen beruflichen Weiterqualifizierung dienen.

Das Weiterbildungsangebot des Hauses der Wannsee-Konferenz richtet sich selbstverständlich auch an die Berufsgruppe der Lehrer und Lehramtsanwärter aller Schularten, und auch wiederum nicht nur an Lehrer der Fächer Geschichte und Politische Wissenschaft, sondern auch der Fächer Sport, Kunst, Literatur- und Naturwissenschaften. Dabei geht es einmal darum, Lehrern die Arbeitsmöglichkeiten in unserem Hause und in Gedenkstätten vorzustellen, damit sie diese mit ihren Klassen nutzen. Für Fachgruppen oder Kollegien gibt es Angebote zur eigenen fachlichen und didaktisch-methodischen Weiterbildung. Darüber hinaus bietet das Haus Lehrern und Multiplikatoren der Jugendarbeit Vorbereitungsseminare für Studienreisen nach Israel und Polen an.

Zur Realisierung der geschilderten Lernformen bedarf es einer entsprechenden Grundausstattung in der Gedenkstätte: einer Mediothek mit Büchern, Dokumentensammlungen und audiovisuellen Materialien, Räumen für Kleingruppenarbeit und Gruppendiskussionen.

Viele Gedenkstätten sind nicht entsprechend ausgestattet, um Eigenrecherche für Einzelbesucher und Seminararbeit in Kleingruppen anbieten zu können, selbst wenn sie es wollten. Die klassische Führung durch die Dauerausstellung bleibt damit vielfach das einzige Medium. Häufig wird am Ende einer Führung noch ein Film vorgeführt und der Besuch mit einer Gedenkzeremonie am Mahnmal und der Ablage eines Blumengebindes beendet.

Ich erwähnte bereits, daß eine einseitige wissenschaftliche Ausrichtung oder auch didaktische Perfektion der falsche Weg wären, Erkenntnisse zu befördern. Es geht vielmehr darum, Gedenkstätten als offene Lernorte zu gestalten und zu erhalten. Für professionelle Historiker und Pädagogen, die sich in letzter Zeit häufig in Ermangelung von Berufsperspektiven Gedenkstätten als ihren Betätigungsort aussuchen, heißt dies jedoch, persönliche akademische Ambitionen hintanzustellen und auf Profilierung durch Demonstration von Herrschafts- und Spezialistenwissen weitgehend zu verzichten. An den Bedürfnissen und Interessen der Teilnehmer orientiertes Arbeiten erfordert ein hohes Maß an Flexibilität, pädagogische Phantasie, Talent zum Motivieren, Kommunizieren und Improvisieren sowie emotionale Zuwendung. Gedenkstätten sollen ja nicht nur diejenigen besuchen, die sowieso schon alles wissen, sondern jene, die noch etwas wissen wollen und dazu weniger die Gelegenheit hatten und haben.

Die Gedenkstätten werden auch in Zukunft wichtige Orte der politischen Bildung bleiben, wenn das zeremonielle Gedenken und der geballte „Beschluß“ mit Informationen nicht an erster Stelle stehen wird, sondern die Anregung zum kritischen Denken und eine Pädagogik zur Mündigkeit. Meinem Verständnis nach wird durch den Vorgang der Rekonstruktion und Vergegenwärtigung von Menschenschicksalen und Ereignissen eine aus heutiger Perspektive angemessenere Form des Gedenkens erreicht. Mit den Millionen ermordeten Juden, Sinti und Roma, Behinderten und Geisteskranken, den zahllosen geschundenen Widerständlern und Zwangsarbeitern in den von Nazideutschland überfallenen europäischen Nachbarländern verbindet uns heute tatsächlich – hart und unverhüllt gesagt – in erster Linie die deutsche Täterschaft und kein persönliches Zusammengehörigkeitsgefühl, an dem anzuknüpfen wäre. Namentliche Erinnerung ist in überschaubaren Bezügen eines Stadtbezirks oder einer Kleinstadt möglich. Bezogen auf die nicht vorstellbaren Ausmaße von Millionen Menschen, ist es eine sentimentale Selbsttäuschung. Ein letztes Beispiel: Für das in Berlin geplante „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ war in dem ersten prämierten Architektenentwurf vorgesehen, die Namen der 6 Millionen ermordeten Juden auf einer Steinplatte in der Form einer geöffneten Grabplatte von den Ausmaßen eines Fußballfeldes, garniert mit zwölf vier Meter hohen Felsbrocken des israelischen Nationaldenkmals Massada als symbolischem Beiwerk, zu verewigen. Abgesehen davon, daß Yad Vashem korrigieren mußte, man habe allenfalls die Hälfte der Namen, rechnete ein findiger Mathematiker aus, daß die Anbringung der vorhandenen Namen 100 Graveure drei Jahrzehnte beschäftigen würde, die Namen in Zeitungsdruckgröße einzumeißeln.

Statt dieser kollektiven Memory Artistik plädiere ich für unspektakuläres individuelles Gedenken durch Lernen. Ohnehin wird sich jede Generation diese Geschichte von neuem aneignen müssen.

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen der Genozide dieses Jahrhunderts geschieht in der Hoffnung, dadurch die Einsicht in die Unverzichtbarkeit des Gleichheitsprinzips, in die Notwendigkeit der Verteidigung der Menschenrechte und in die persönliche Verantwortung für sein Handeln zu fördern. Das Adornosche Postulat der „Erziehung zur Mündigkeit“ ist im Erziehungsprozeß generell und durchgängig als methodisches Prinzip anzustreben. Es kann m. E. aber mit jedem anderen Thema ebenso verwirklicht werden. Dazu muß nicht Auschwitz instrumentalisiert werden.

„Nihil est in intellectu quod non prius in sensu“ – intellektuell kann nicht erfaßt werden, was nicht sinnlich begriffen wurde. – Diese Feststellung des tschechischen Theologen und Pädagogen Johann Amos Comenius (1592–1670) ist pädagogisches Selbstverständnis der Arbeit in Gedenkstätten geworden, die als Institutionen der politischen Bildung dazu beizutragen versuchen, daß ein Prozeß des historisch-politischen Lernens und der Entwicklung von historischem Bewußtsein auf der aktuellen politischen Ebene handlungsorientiert fortgesetzt wird.

Volkhard Knigge

## **Tatort – Leidensort – Friedhof – Gedenkstätte – Museum Notizen für eine KZ-Gedenkstättenarbeit der Zukunft<sup>1</sup>**

Gedenkstättenarbeit ist ein spezifisches Element der Geschichtskultur und ihrem Wesen nach Teil der Arbeit am kollektiven Gedächtnis. Seit 1990, d. h. seit der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten, befindet sich die Arbeit der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik in mehrfacher Hinsicht im Umbruch; einem Umbruch, der – mehr als nur ein Umbruch – zugleich aufgefaßt werden kann als erster, also zugleich sehr später Versuch, KZ-Gedenkstättenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland erstmals in einem breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozeß zu konstituieren und als Element öffentlicher Geschichtskultur – auch institutionell – dauerhaft zu etablieren. Im Blick auf die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und die ihm zum Opfer gefallenen Menschen stehen für diesen Konstitutions- und Etablierungsprozeß die Einführung des bundesweit geltenden jährlichen Holocaust-Gedenktages im Januar; die Beauftragung der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung des SED-Unrechts im Prozeß der deutschen Einheit, dem Deutschen Bundestag Empfehlungen für ein Gesamtgedenkstättenkonzept, d. h. ein Gedenkstättenkonzept mit Rücksicht auf die *beiden* deutschen Diktaturen, zu geben; aber auch der Umstand, daß die Empfehlungen zur Neugestaltung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR, die von nach der Wiedervereinigung berufenen Historikerkommissionen gegeben wurden, in den jeweiligen Landtagen von den Abgeordneten diskutiert und beraten worden sind – für die Gedenkstätte Buchenwald im Thüringer Landtag im Herbst 1992. Daß dieser Konstituierungs- und Etablierungsprozeß sich nicht reibungslos vollzieht und nicht selten mit neuen und alten Ressentiments westdeutscher und ostdeutscher Prägung zu kämpfen hatte und hat, war dabei gerade auch am Beispiel der Neukonstitution der Gedenkstätte Buchenwald deutlich festzustellen. So hieß es beispielsweise 1994/95 im Vorfeld der Eröffnung der neuen Dauerausstellung zur Geschichte des KZ von DDR-verpflichteter Seite immer wieder – und gegen jedes Argument und allen Augenschein – , die Gedenkstätte zerschreddere im Namen Adenauer-Deutschlands den Antifaschismus. Andererseits sollte dem Autoren als Direktor der Gedenkstätte nur wenige Monate später mittels einer Anzeige wegen Volksverhetzung bei Strafe verboten werden, im Blick auf die Geschichte des sowjetischen Speziallagers, das von 1945 bis 1950 im ehemaligen KZ Buchenwald existiert hat, *beides* zu sagen: daß in diesem Lager Menschen stalinistischer Praxis gemäß, völlig rechtlos und isoliert von der Außenwelt und ihren Angehörigen, gefangen gehalten wurden und besonders im Winter 1946/47 in erschreckend hoher Zahl an den Folgen von Unterernährung und Vernachlässigung starben *und* daß es sich bei der Mehrzahl – beileibe nicht allen – von ihnen zwar nicht um SS-Mitglieder oder KZ-

---

<sup>1</sup> Der Aufsatz reflektiert Gedanken auf zukünftige KZ-Gedenkstättenarbeit hin, die zum Teil in anderen Zusammenhängen und in anderer Perspektive entstanden. Siehe deshalb – auch hinsichtlich weiterer Quellenachweise – folgende Arbeiten des Autors: Vom Reden und Schweigen der Steine – Zu Denkmälern auf den Geländen ehemaliger nationalsozialistischer Konzentrations- und Vernichtungslager. In: Birgit R. Erdle, Sigrid Weigel (Hg.): Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus, Zürich 1995, S. 193–234; Im Schatten des Eittersberges. Von den Schwierigkeiten der Vernunft. Unbefragte Traditionen und Geschichtsbilder. In: Werkstatt Geschichte 14, 5. Jg., 10/1996, S. 71–86; Opfer, Tat, Aufstieg. Vom Konzentrationslager Buchenwald zur Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR, Spräda 1997 (Band 1 von: Volkhard Knigge, Jürgen Pietsch, Thomas A. Seidel: Versteinertes Gedenken. Das Buchenwalder Mahnmahl von 1958, Spräda 1987, 2 Bde).

Wachmannschaften, wohl aber um Mitglieder und kleinere Funktionäre der NSDAP und ihrer Massenorganisationen gehandelt hat sowie um Angehörige des Polizei- und Justizapparates NS-Deutschlands. In den Kontext solcher Auseinandersetzungen gehört auch – zwar nicht direkt, aber dem Grundton nach – ein Kommentar des Herausgebers des „Rheinischen Merkur“ und ehemaligen CDU-Staatssekretärs in Niedersachsen, Freiherr von Campenhausen, aus dem Jahre 1997. In diesem beklagt der Autor, wieviel Geld seitens der Bundesrepublik für den Erhalt der Gedenkstätten Auschwitz und Auschwitz-Birkenau zur Verfügung gestellt werde und wie unakzeptabel langsam und unterfinanziert dagegen ein – man möchte beinahe hinzufügen: anderes – deutsches Nationaldenkmal, das zudem noch von einem Briten lokalisiert wurde, ausgegraben und erschlossen werde: das historische Schlachtfeld der Varus-Schlacht in der Nähe Osnabrücks nämlich.

Für den Umbruch der KZ-Gedenkstättenarbeit – jetzt tatsächlich eher verstanden als Umwälzung, denn allein als Neukonstituierung – stehen wesentlich zwei Tatsachen: Erstens die Übernahme der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR durch die Bundesrepublik sowie – zweitens – die zwangsläufige, unausweichliche Historisierung der Geschichte NS-Deutschlands, seiner Verbrechen und seiner Opfer durch den absehbaren Verlust der Erfahrungsgeneration: der Erfahrungsgeneration auf beiden Seiten, der der Opfer und der der Täter. Ohne die Übernahme der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR durch die Bundesrepublik hätte es keine den vergangenen Jahren vergleichbare Auseinandersetzung um die Frage einer demokratischen Erinnerungskultur gegeben, und hätte es sie gegeben, so wäre sie aller Wahrscheinlichkeit nach eine theoretische geblieben. Nichts spricht dafür, daß in der alten Bundesrepublik auf absehbare Zeit eine Gedenkstätte der Größenordnung Buchenwalds – aber auch Sachsenhausens oder Ravensbrück – entstanden wäre und daß sich der Bund an der Unterhaltung von KZ-Gedenkstätten beteiligt hätte. Anders gesagt, es wäre wohl kaum eine Gedenkstätte mit knapp ausreichender Mitarbeiterzahl – in Buchenwald über 50 gegenüber 5,5 in Dachau – entstanden; wohl kaum auch eine Gedenkstätte mit breitgefächelter Infrastruktur, nämlich mit Sammlung, Archiv, Bibliothek, Forschungsabteilungen sowie pädagogischer Abteilung mit internationaler Jugendbegegnungsstätte, mehreren historischen Dauerausstellungen – darunter ab 1999 auch eine zur Geschichte der Erinnerungsbildung selbst –, Kunstmuseum und Raum für Wechselausstellungen und Konferenzen.

Der unaufhaltsame Verlust der Erfahrungsgeneration, der Zeitzeugen, steht hingegen für mehr als nur für den Verlust unmittelbarer Zeugenschaft. Mit den Zeitzeugen schwindet jene Verbindung zwischen den vergangenen Ereignissen und der Gegenwart, die beide noch als Kontinuum – was nicht heißt: identisch – hat erscheinen und in diesem Sinn Erinnerung einen konkreten Begriff und eine konkrete Praktik hat sein lassen. Erinnerung ist ihrem elementaren Sinn nach rückschauende, rückdenkende, rückfühlende Bezugnahme auf Wahrgenommenes, Erlebtes, das vorüber ist und in der individuellen wie kollektiven Erinnerung doch immer auch Gegenwart bleibt. Wie aber sollte dies – und ohne die Hilfe der Zeitzeugen – für die Mehrheit der heutigen Gedenkstättenbesucher noch gelten? Für nicht wenige Sechzehnjährige liegt das Dritte Reich nicht minder weit zurück wie der Dreißigjährige Krieg oder der Untergang Trojas. Anders gesagt, der vielbeschworene Imperativ „Erinnere Dich!“ wird genau in dem Moment durch das Vergehen der Zeit objektiv fraglich, in dem Form und Gestalt bundesrepublikanischer Erinnerungs- und Gedenkkultur erstmals breiter diskutiert, akzeptiert und nachhaltiger institutionell gefaßt werden bzw. gefaßt werden sollen. Es wird aber nicht nur der Begriff der Erinnerung und sein beinahe inflationärer Gebrauch fraglich, sondern es

erwächst zugleich drängender als je die Frage, wie die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Opfer angemessen symbolisiert, dargestellt und vermittelt werden kann. In Frage stehen die Ausgestaltung und der Charakter von Gedenkstätten, deren Stellenwert und Bedeutung sich aus erlebter Geschichte – oder deren unmittelbarer Vermittlung, und sei sie auch noch so rudimentär – weder erschließt noch ergibt. Auf diesen Befund ließe sich rein normativ reagieren; normativ in institutionsdefinitorischer, in curricularer oder didaktisch-pädagogischer Hinsicht, und manch einer würde vielleicht noch in politischer oder religiöser bzw. ritueller Hinsicht hinzufügen. Allein – ein solches Verfahren ließe außer acht, daß Gedächtnisbildung an die Zeit des Nationalsozialismus mittlerweile selbst eine über fünfzigjährige Geschichte hat, normative Setzungen also immer im Zusammenhang mit guten oder schlechten Traditionen und realen Praktiken stehen, die mitbedacht sein wollen, wenn Normatives konkret und sich über seine eigenen historischen Voraussetzungen im klaren sein will. Dem Rat der Schlegels, daß die beste Theorie der Kunst ihre Geschichte sei, in Übertragung auf die Gedenkstättenarbeit folgend, sei deshalb, statt vorschnelle Antworten zu geben, ein Umweg durch die Geschichte der Entstehung von Gedenkstätten auf den Geländen ehemaliger Konzentrationslager gegangen, um dann wieder ganz gegenwärtig zu werden.

Im Jahre 1943 errichten Häftlinge des KZ Maidanek im Zuge eines von der SS befohlenen „Verschönerungsprogramms“ des Häftlingslagers auch die sogenannte „Dreiadler-Säule“: von einer mehrere Meter hohen Säule schwingen sich drei große Vögel, in denen die SS herrische Abkömmlinge des Reichswappentieres gesehen haben mag, in den Himmel. In den Fuß der Säule mauern die Häftlinge eine Schachtel mit Asche aus dem Krematorium ein. So wird die Säule zum heimlichen Grabdenkmal, aus dem zugleich die Sehnsucht nach und das Anrecht auf Freiheit spricht.

In den Augen überlebender Häftlinge sind die Gelände der ehemaligen Häftlingslager sowie deren baulichen Relikte – insbesondere die Krematorien – insgesamt stellvertretende, ersatzweise Grabdenkmale. Nur zu deutlich ist die Erinnerung daran, daß die Ermordeten nicht nur um ihre Würde und ihr Leben, sondern auch um jede Möglichkeit, sie zu erinnern, gebracht werden sollten. Anstatt individuelle – und oft überhaupt – Gräber zu erhalten, „gingen sie durch den Rauch“. Ihre Asche wurde im Gelände oder in nahe Flüsse zerstreut. Bestenfalls umgaben anonyme, versteckte Massengräber die Lager. Die Lager als Friedhöfe zu verstehen und in Teilen zu gestalten, steht vor diesem Hintergrund für den Versuch, den Ermordeten wenigstens nachträglich die ihnen abgesprochene Menschenwürde zurückzuerstatten. Im Juli 1945 faßt der deutsch-jüdische Häftling Werner A. Beckert dieses Anliegen im Blick auf das KZ Buchenwald so: „Das Lager Buchenwald soll auf Wunsch der Gefangenen nicht vernichtet werden. Dieses Lager soll allen Nationen ein Mahnmal für ihre kommenden Geschlechter sein und zugleich eine Ruhestätte für unsere vielen Kameraden, die als Opfer der Nazi-Pest ihr Leben gelassen haben.“<sup>2</sup>

Das Zitat Beckerts unterstreicht nicht nur den Friedhofsgedanken in bezug auf den Erhalt ehemaliger KZ, es weist zugleich darauf hin, daß die Lager auch und gerade deshalb erhalten werden sollen, weil sie als „Denkmale aus der Zeit“ (Droysen) die Vergangenheit mahnend und – wie wir Heutigen sagen würden – in aufklärerischer Absicht gegenwärtig halten und

---

<sup>2</sup> Werner A. Beckert: Die Wahrheit über das Konzentrationslager Buchenwald. Der Tatsachenbericht eines langjährigen politischen Gefangenen der Gestapo Hitlers über das Konzentrationslager Buchenwald-Weimar, o. Ort, o. J. (Weimar 1945), S. 9.

halten sollen. In diesem Gedanken ist zweierlei angesprochen: daß die KZ und ihre Einrichtungen als anschauliche und unleugbare Sachbeweise der Verbrechen, als *Corpi delicti*, als Tatorte also, bewahrt werden sollen – in dieser Perspektive weniger Denk- als Schandmale – und, wieder von heute her formuliert, zugleich als (Freilicht-) Museen, in denen die Geschichte des Ortes aufgehoben, repräsentiert und für Besucher zum Sprechen gebracht werden soll. Anders gesagt, es sind im Blick auf die Gedenkstätten von Anfang an drei Vorstellungen ineinandergeschnitten, deren Entstehung menschlich nur allzu gut nachvollziehbar ist und die gleichermaßen legitim und der Geschichte der Lager wie ihrer Vergegenwärtigung angemessen sind: Friedhof und Museum sowie – beide vermittelnd, aber in ihrem Spannungsverhältnis nicht auflösend – die ehemaligen KZ als Sachbeweise, d. h. als Tat- und Leidensorte. Hieraus folgt ein mit der Gedenkstättenarbeit unauflösbar verknüpftes Spannungsverhältnis, das wenigstens mit einem Beispiel umrissen werden soll: Sind für den Besucher der Gedenkstätte im Sinne des Friedhofs Relikte – ein Häftlingskittel, ein Schuh, ein Stück tätowierter Menschenhaut – zuallererst Andenken, wenn nicht Reliquien, die mit einer gewissen heiligen Stille und Wärme umgeben sein sollen, so sind dieselben Relikte für den Informations- und Aufklärungssuchenden vergangenheitshaltige Realien und beweiskräftige Spuren, deren sachlich präzise aufschließende Präsentation unabdingbar ist. Letzteres gilt gerade auch in bezug auf den wenig oder gar nicht informierten Gedenkstättenbesucher. Ihm erschließen sich Ort und Realien unmittelbar nicht.

Wie kraß, schwierig und immer nur annäherungsweise lösbar sich die Frage der angemessenen Repräsentation der nationalsozialistischen Verbrechen und der Leiden ihrer Opfer stellt, kann ein Blick in das soeben befreite KZ Buchenwald deutlich machen. Am 19. April 1945 findet im acht Tage zuvor, am 11. April nämlich, befreiten Lager die erste Totengedenkfeier der überlebenden Häftlinge für ihre ermordeten und umgekommenen Kameraden statt. Dazu wird auf dem Appellplatz des Lagers auf Zeit ein hölzerner Obelisk errichtet. Scheint der Obelisk als durch Tradition nobilitiertes Grabdenkmal den Toten ihr Menschtum und ihre Würde wenigstens annähernd zurückerstatten zu können, so scheint die Wirklichkeit des KZ durch kein stellvertretendes Symbol angemessen repräsentier- und vermittelbar. Gleich nach der Befreiung wird deshalb das Häftlingslager vom Lagerkomitee und der amerikanischen Lagerleitung faktisch musealisiert – und mit ihm die Überlebenden und auch die noch sterbenden Häftlinge selbst. Die Musealisierung vollzieht sich auf drei Ebenen, die zugleich deutlich machen, wie unangemessen der überkommene Begriff der Musealisierung für die Praxis von Häftlingskomitee und amerikanischer Lagerleitung ist, das Lager als Tatort auszustellen, und wie sehr beide davon überzeugt gewesen sein müssen, daß die Wirklichkeit des KZ am ehesten noch durch sich selbst repräsentiert werden könne, weil ihr gegenüber alle Repräsentationsformen abschwächend, entschärfend, wenn nicht beschönigend wirkten. Am 15. oder 16. April rekonstruieren Häftlinge einen Leichenstapel, wie er am 11. April, dem Tag der Befreiung, im bretterverschlagenen Hof des Krematoriums aufgeschichtet gefunden worden war. Dort lagen Leichen gestaut, weil die Kapazität der Verbrennungsöfen nicht ausreichte, alle Toten sofort zu beseitigen, und zum Verscharren hatte die SS angesichts des plötzlichen und schnellen Vorrückens der amerikanischen Truppen keine Zeit mehr gefunden. Der rekonstruierte, aus nach der Befreiung an Krankheit und Schwäche gestorbenen Häftlingen neu zusammengelegte Leichenstapel ist am 16. April neben weiteren Beweisen für die im Lager begangenen Verbrechen ca. eintausend Weimarerinnen und Weimarerern gezeigt worden, die auf Anordnung des Kommandeurs der III. US-Armee, General Patton, das KZ besichtigen mußten. Ein zweiter Leichenstapel war in der Nähe des ersten auf der offenen Ladefläche eines Anhängers rekonstruiert worden: so hatte man die

Toten durch das Lager zum Krematorium oder zum Verscharren in unweit des Häftlingslagers gelegene Erdfälle transportiert.

Beide Leichenstapel werden in den ersten Wochen nach der Befreiung des Lagers immer wieder neu aus jeweils gerade gestorbenen Häftlingen zusammengelegt, um internationalen Delegationen und den immer zahlreicher durch das Lager geführten amerikanischen Militär-angehörigen eine Vorstellung von den Verhältnissen im Lager zu geben. „Most of the dead bodies which were piled around at the time the camp was uncovered have now been buried, but collections of dead may still be seen as evidence of the conditions that existed“<sup>3</sup>, empfiehlt am 30. April 1945 der Chef des Medizinischen Dienstes der US-Armee dem amerikanischen Oberkommando nach einem Besuch des Lagers am 25. April.

Man darf daran zweifeln, daß vor Befreiung der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager je versucht worden ist, ein Verbrechen dadurch glaubhaft zu machen und gegenwärtig zu halten, daß man die ihm zum Opfer Gefallenen in großer Zahl nicht sofort begraben, sondern dazu genutzt hat, um eine Ursituation präsent zu halten, die das Verbrechen weniger signifiziert als vielmehr Teil des Verbrechens ist. In dieser Extrempolitik ist zwar die Vorstellung noch artikuliert, daß einzig das originale Geschichtsdokument oder Kunstwerk nachhaltig auf den Betrachter wirkt – und insofern ist sie trotz des ihr anhaftenden Schrecklichen ganz traditionell –, andererseits verliert aber gerade dadurch jede Vorstellung von Repräsentanz und Repräsentierbarkeit ihren Sinn. Als Teil und konkretes Resultat der nationalsozialistischen Verbrechen halten die „unglaublich mager(en), von Narben und Schlägen gezeichnet(en) typische(n) Konzentrationslagerleichen“<sup>4</sup> als Teil und konkretes Resultat der nationalsozialistischen Verbrechen fest, was geschehen ist, und bezeichnen es – aber in einer Weise, in der Repräsentiertes und Repräsentanz zusammenfallen. Auch wenn die Leichen als Pars pro toto die nationalsozialistischen Verbrechen vergegenwärtigen und anklagend gegenwärtig halten sollen, bleiben sie doch immer sie selbst, sind kein Zeichen oder Symbol, sondern stumme Identität der Toten mit sich und ihrem Sterben. Dies gilt auch für die überlebenden Häftlinge, die – Relikten gleich – den Besuchern unter die Augen treten und deren Existenz zunehmend in einen Textkorpus eingesponnen wird, der Besuchern

---

<sup>3</sup> „Viele der Toten, die über das gesamte Lagergelände verstreut waren, wurden begraben, man sollte jedoch Ansammlungen von Leichen als Beweis für die früheren Bedingungen belassen.“ National Archives Washington, Record Group 331 / SHAEF / G-5 / DP 2711 / 7.1 Report of General Drapa to SHAEF (30.4.1945).

<sup>4</sup> „Buchenwald besitzt ein großes, modernes Krematorium mit sechs Öfen, einem gefliesten Fußboden und einem Aufzug, der lebende Menschen in die Folterkammer im Keller brachte und ihre Leichen später nach oben beförderte, wo sie verbrannt wurden. Die Folterkammer wurde von der SS gereinigt, bevor die Amerikaner eintrafen. Die Wände wurden frisch gestrichen, um Blutflecken zu überdecken, und die Fleischerhaken, die an der Decke hingen und an denen die Opfer lebend aufgehängt wurden, waren entfernt. Die Löcher, in denen die Haken befestigt waren, wurden zugegipst. Aber die Beweise für den Zweck dieser Fabrik (gemeint ist Todesfabrik, V. K.) konnten nicht vollständig beseitigt werden. *Große Haufen Knochen und Asche täuschen nicht über den eigentlichen Zweck hinweg. Und draußen im Hof liegen etwa dreißig und mehr Leichen, die nicht verbrannt werden konnten. Es sind typische Konzentrationslagerleichen, unglaublich mager, von Narben und Schlägen gezeichnet.*“ Egon W. Fleck (Civ. und 1. Lt.) und Edward A. Tenenbaum (Abt. für Psychologische Kriegsführung der 12. US-Armeegruppe). „Buchenwald. Ein vorläufiger Bericht“, 24.4.1945. National Archives Washington, Record Group 331 „Records of Allied Operational and Occupation Headquarters, WWII“, G-5 / DP 2711 / 7.21, Bl. 47.618-636. Eine Rohübertragung von unbekannter Hand befindet sich im Archiv der Gedenkstätte Buchenwald. BwA 76 7-17.

erklärt, was sie sehen: „PLACE FOR CHILDREN. 5-15 YEARS“, „6 men in each box“, „ONE BLANKET FOR EACH“, „Place for children and french Generals“ ist zum Beispiel mit weißer Farbe an Schlafstellen vor allem der Baracken des Kleinen Lagers geschrieben, aber auch „PLEASE CLOSE THE DOOR“.

Mit der Rekonstruktion von Leichenstapeln wie auch der Praxis der Selbstaussellung und erklärenden Bezeichnung stemmen sich Häftlinge wie amerikanische Lagerleitung zugleich gegen das Vergehen von Zeit an, ein Vergehen, das die nicht vorstellbare Wirklichkeit des Lagers von Tag zu Tag mehr aufzuzehren droht. Um dem drohenden Verschwinden einer Wirklichkeit entgegenzuarbeiten, die am ehesten nur durch sich selbst repräsentiert werden kann, reinszenieren Häftlinge im Lager in drastischer Weise an den originalen Schauplätzen und mit den originalen Mitteln – Galgen, Prügelbock, Hängebaum, Peitschen, Keulen – die Torturen, die sie erleiden mußten, an aus Stroh oder Lumpen gefertigten menschengroßen Puppen, die zuvor mit blau-weiß gestreiften Häftlingskitteln unmißverständlich eingekleidet worden sind.

Aber auch diese Praktik mußte, wie die Rekonstruktion der Leichenstapel, an ihre Grenze stoßen, wenn man das Lager und auch die Häftlinge nicht in einem Zustand belassen wollte, wie er vor der Befreiung des Lagers alltäglich gewesen war. Am 9. Mai empfiehlt General Omar Bradley dem Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte in Westeuropa, General Eisenhower, die Schließung des KZ Buchenwald für Besucher mit dem Argument, das in Ordnung gebrachte und deshalb nicht mehr wirklichkeitsgetreu vorstellbare Lager könne den Eindruck erwecken, daß die Darstellungen der deutschen Greuelthaten nicht der Wahrheit entsprächen: „Buchenwald Concentration Camp has been cleaned up, the sick segregated and burials completed to such an extent that very little evidence of atrociation remain. This negates any educational value of having various groups visit this camp to secure first hand information of German atrocities. In fact, many feel quite skeptical that previous conditions actually existed. Suggest that further visits to this camp be discontinued.“<sup>5</sup>

Der Rückgriff auf überkommene Formtraditionen wie auch das Bemühen um und das letztendliche Scheitern an angemessener Repräsentation verweisen darauf, daß es für den Tod in den Konzentrationslagern des deutschen Nationalsozialismus, daß es vor allem für den rassenbiologisch begründeten Massenmord, für den Auschwitz zum Synonym geworden ist, kein Formen- oder Repräsentationsrepertoire gibt, auf das zu dessen Darstellung und Vergegenwärtigung einfach zurückgegriffen werden könnte. Das Gebrechen an einem solchen Formen- und Symbolrepertoire verweist vielmehr auf die Neuheit und Einzigartigkeit des Massenmordes an den europäischen Juden und den Sinti und Roma. Nämlich darauf, daß dieser Tod ebenso unfreiwillig wie unverschuldet war und die ihm Bestimmten durch keine Handlung, nicht einmal durch den Tätern angediente Nützlichkeit, dem ihnen bestimmten Schicksal entkommen konnten. Darüber hinaus waren die Ermordeten nicht Opfer noch Märtyrer, nicht einmal Feinde im klassischen Sinn, denn das Lebensrecht wurde ihnen ganz allein aufgrund ihrer Abkunft und nicht aufgrund eines Glaubens, einer Überzeugung oder einer Tat abgesprochen. Selbst Haß mußten sie nicht auf sich gezogen haben, um aus jedem Lebensrecht verstoßen zu werden. Einen Grund hatte dieser Tod – und sinnvoll war er nur – in der erbarmungslosen biologischen Menschen- und Weltsicht der Täter. Will man deren

---

<sup>5</sup> „Viele der Toten, die über das gesamte Lagergelände verstreut waren, wurden begraben, man sollte jedoch Ansammlungen von Leichen als Beweis für die früheren Bedingungen belassen.“ National Archives Washington, Record Group 331/SHAEF/G-5/DP2711/7.1 Report of General Drapa to SHAEF (30.4.1945).

Verfolgungs- und Ausrottungslogik nicht übernehmen, dann ist dieser Tod nach allen überkommenen Kriterien, selbst den instrumentellsten und utilitaristischsten, europäischen Denkens und Handelns vollkommen grund-, d. h. sinnlos. Im Ineinander von Scheitern der Repräsentation und Bemühen um Repräsentation ist diese spezifische Form der Sinnlosigkeit angesprochen als Gegenstück der extrem grausamen Wirklichkeit der Konzentrations- und Vernichtungslager. Ausstellungen in Gedenkstätten dürfen deshalb das tendenzielle Scheitern, das im Bemühen um die angemessene Darstellung der NS-Verbrechen steckt, nicht überspielen; nicht allein deshalb, weil das Nichtaufgehende, der Bruch in der Vorstellungsarbeit – wie schon angedeutet – der nachdrücklichste Hinweis auf die historische Qualität der NS-Verbrechen ist, sondern auch deshalb, weil scheinbar reibungslose, aufgehende Darstellungsweisen ohne nachgetragene, retrospektive historische Sinngebungen nicht auskommen; Sinngebungen, die in Deutschland bisher entweder für Beschwichtigung und Vergessen oder für gegenwartsbezogene politische Funktionalisierungen des Gedenkens stehen.

Drei Schlüsselpraktiken nachgetragener, überspielender Sinngebung seien exemplarisch angedeutet.

#### 1. Die Minimierung der Relikte als Voraussetzung für die Maximierung historischer Sinnbildung

Zu den unerwarteten Befunden eines Vergleichs der Entstehungsgeschichten der Gedenkstätten Neuengamme, Dachau und Buchenwald gehört, daß bei aller Unterschiedlichkeit der politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Entstehung dieser Gedenkstätten ein gemeinsames Merkmal aufweist: Am Anfang der Umgestaltung der ehemaligen Konzentrationslager zu Gedenkstätten steht der beinahe vollständige Abriß der ehemaligen Lager. Anders gesagt, an die Stelle der die Geschichte eigensinnig gegenwärtig haltenden Sachzeugen, an die Stelle der Denkmale aus der Zeit treten Formen gebauter Erinnerung, in denen die verbleibenden historischen Relikte nur mehr den Status von Spolien haben. Das Denkmal *an* die Zeit löscht und transformiert das Denkmal *aus* der Zeit soweit, bis dieses sich ohne Bruch und Reibung in das Denkmal *an* die Zeit einfügt. Ich skizziere den Vorgang am Beispiel der Gestaltung des Lagergeländes des ehemaligen KZ Buchenwald. Entgegen den Forderungen ehemaliger Häftlinge und entgegen dem Beschluß der Kommission für Gedenkstätten für die Opfer des faschistischen Terrors im Generalsekretariat der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes vom 24. November 1951, das gesamte Lager als Denkmal zu erhalten, hat das Politbüro der SED auf Anregung prominenter ehemaliger deutscher kommunistischer Häftlinge (Walter Bartel, Willy Kalinke, Robert Siewert) schon am 9. Oktober 1950 beschlossen, daß im Zuge des Aufbaus der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald das Lager zunächst geschliffen und danach mit Bäumen bepflanzt werden soll. Von diesem Abbruch ausnehmen will man nur das Lagerkrematorium – weil hier der KPD-Vorsitzende und Reichstagsabgeordnete Ernst Thälmann ermordet worden ist – und das Torgebäude des Lagers mit den beiden Wachtürmen rechts und links davon sowie den Stacheldrahtzaun zwischen diesen beiden Türmen und dem Tor. Eine unbezeichnete und undatierte Faustskizze aus den frühen fünfziger Jahren macht deutlich, daß mit diesem Gestaltungsbeschluß ein Weg gefunden ist, Lagergelände und Relikte in ein historisches Sinngebungskonzept so einzupassen, daß dieses von der Eigensinnigkeit der Relikte nicht mehr in Frage gestellt wird. Mehr als nur ausgelöscht werden Ort und Überreste vor dem Hintergrund der Geschichtsinterpretation „durch Sterben und Kämpfen zum Sieg“ (der

Architekt Ludwig Deiters 1956) so transformiert und ins Verhältnis gesetzt, daß sie letztendlich das Bild eines gegen alle Ohnmacht und gegen alles Leid doch glücklich verlaufenen Geschehens evozieren. Wachtürme, Stacheldrahtzaun und Torgebäude sind in der Sicht der Faustskizze nicht mehr die visuellen Kennzeichen eines Ortes besonders grausamer Gefangenschaft und elenden Sterbens, sondern sie fügen sich zu einer klassifizierenden Eingangsfront, zum Tor bzw. Eingangportal eines Bauwerkes, dessen Gestalt zwischen Tempel, herrschaftlicher Villa und Trutzburg oszilliert. Sogar den Stacheldrahtzaun – hier mag seine Verblendung mit Brettern zu diesem Zeitpunkt geholfen haben – verwandelt diese Sichtweise gegen alle Realität und die sonst übliche Darstellungsweise zur vertikal (!) gegliederten Wand, wenn nicht Pergola, und dementsprechend wird auch das Eisengitter des Tores zur Säulenfront. Und das ganze Torhaus strebt – im Gegensatz zum Drückenden, Lastenden des wirklichen Gebäudes – hinauf in die Höhe. Zugespitzt, gebündelt und auf den Punkt gebracht wird diese Transformation mittels der räumlichen Verschiebung und Verwendung der Worte „Jedem das Seine“. Eigentlich in das Gitter des Eingangstores so eingeschmiedet, daß sie vom Lagerinneren, vom Appellplatz her gelesen werden sollen, ist das nationalsozialistische Motto des Lagers in der Faustskizze von der Innenansicht zur Außenansicht gewendet und von der Torestiefe in die Turmeshöhe gehoben, so daß es seinen die Häftlinge demütigenden, verhöhnenden Charakter verliert und – mehr noch – diese nunmehr feiert. Es feiert sie, indem es ihnen – und hier ist die beabsichtigte Aufwaldung des Lagergeländes zu erinnern – einen Waldesdom bzw. Heldenhain zuspricht, in dem die verbleibenden Überreste nichts anderes als grausig schöne Spolien sind, die nicht das Vergangene gegenwärtig halten, sondern es als Überwundenes und Außerkraftgesetztes vorführen. Daß die Aufwaldung des Lagergeländes letztendlich in dieser Form nicht zustande gekommen ist und zwei weitere Gebäude des Lagers erhalten sind, hat allein pragmatische Gründe. Die zusätzlich erhaltene Häftlingskantine wird von in den ehemaligen SS-Kasernen stationierten Soldaten der Roten Armee auch nach der Aufgabe des Lagers zur Unterstellung von Gerätschaften weitergenutzt und kann deshalb nicht abgebrochen werden. Später sind die Denkmalsetzer froh, in ihr das Gebäude für ein Lagermuseum zu haben. Die Häftlingseffektenkammer ist ein Stahlbetonbau, der sich nicht demontieren, sondern nur sprengen läßt, und sie ist bereits seit 1952 an die VEAB (Volkseigene Erfassungs- und Ankaufsbetriebe) als Getreidespeicher verpachtet. Gleichwohl erhält sich in der realisierten Gestaltung des Lagergeländes die Intention, politische Helden in der Perspektive „durch Sterben und Kämpfen zum Sieg“ zu feiern. Felder aus Bruchsteinen markieren die Grundflächen der Blocks des Hauptlagers. Sie evozieren in Verbindung mit der Leere des Ortes eine dreifache Vorstellung: Das Lager war ein öder, menschenfeindlicher Ort; im Lager hat ein erbitterter Kampf stattgefunden zwischen Häftlingen und SS; das Lager war gegen seine Bestimmung nicht eigentlich ein Ort der Niederlage und des Sterbens, sondern letztendlich der Ort eines glänzenden militärischen und politischen Sieges, dessen Resultat ein neues, besseres Deutschland, die DDR nämlich, ist. Gerettet und wieder in Kraft gesetzt wird so die geschichtsteleologisch verbürgte Fortschritts- und Heilsgewißheit der kommunistischen deutschen Arbeiterbewegung, Geschichte entwickle sich trotz aller Niederlagen und allen Leids gesetzförmig auf einen glücklichen Endzustand der Gesellschaft hin. Gedenken heißt nicht „erinnern, wie es war“, sondern sich der Kontinuität des Fortschrittzuges der Geschichte rückzuversichern und sich ihm in Gestalt der DDR als neuem, besserem Deutschland zu verpflichten.

2. Geschichte ist gebrochen, aber Leben überwindet den Tod

Dazu nur ein westdeutsches und ein ostdeutsches Beispiel: Daß man zwar Menschen in großer Zahl ermorden kann, sich aber das Leben durch jeden Tod hindurch fortzeugt, versichtbart ein Stempel, der am 8.12.1946 in Tegernsee zur Erinnerung an die Opfer des Faschismus herausgegeben worden ist. Gezeigt ist ein Stacheldrahtzaun, den ein Grabstein von unten nach oben durchstößt. Der Stoß reißt den Stacheldraht auf und wölbt ihn dabei so, daß er zum hängenden, beschirmenden Geäst eines Baumes gewandelt wird, der, einer Trauerweide gleich, neben dem Grabstein aus dem Zaun aufwächst. Tod verschränkt sich mit Trauer und gebiert neues Leben ganz ohne Zutun der Menschen. So geschichts- und fortschrittsgewiß sich die Denkmalsanlage Buchenwald gibt, auch sie kommt ohne Rückbindung an diese vitalistische Grundgewißheit nicht aus. Auf der von Waldemar Grzimek geschaffenen Glocke des Mahnmalturmes befindet sich neben einem Stacheldrahtgeflecht, das von Händen, die Albrecht Dürers „Betende Hände“ zitieren, aufgerissen wird, ganz ohne inhaltliche oder ikonographische Notwendigkeit zwei freischwebende Pflanzenblätter.

### 3. Märtyrer des Glaubens, Märtyrer der Nation, Märtyrer der Menschheitsbefreiung

Die Haltung, das Schicksal der Häftlinge der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager als Martyrium aufzufassen, ist ubiquitär, das heißt, sie ist nicht auf eine bestimmte Religion, Nationalität oder politische Überzeugung beschränkt. Verschieden sind nur die Auffassungen von Grund und Ziel des Martyriums. Traditionell katholisch, deutet ein als Postkarte reproduziertes Gemälde die Geschichte des am 19.3.1945 in Mauthausen zu Tode gefolterten französischen Häftlings Marcel Callo. Vergeistigtes Gotteslicht strahlt von einem den Opfer- und Erlösertod Christi vergegenwärtigenden Kreuz in das Konzentrationslager und verdichtet sich zum Heiligenschein um den Kopf Callos, der zwei Mithäftlingen Trost und Halt gibt. Zu seinen Füßen liegt ein Steinbrocken, wie ihn die Häftlinge des Lagers Mauthausen im Steinbruch des Lagers brechen mußten. Eine Inschrift verwandelt ihn vom Instrument der Tortur zu einem Ausweis sinnhaften Leidens: „Jesus – Freund in jedem Augenblick“. Die Lagerhaft erscheint als ein den Häftlingen auferlegtes Kreuz, das nicht Tod, sondern „das Brot des Lebens“ gebiert. Vor dem Lichtkreuz wachsen übergroße Kornähren in den Himmel. Ein neben dem Kreuz stehender Bischof, dessen Zeigefinger der linken Hand auf Ähre, Kreuz und Himmel weist, beglaubigt die hier gegebene Deutung des Lagers im Namen der Kirche.

In Stein gebaut, prägt die Auffassung von der Parallelität der Leiden Christi und der Leiden der Konzentrationslagerhäftlinge auch die Gedenkstätte Dachau. Nachdem im Juli 1957 mit dem Abbruch des Lagers begonnen worden war, wird als Resultat einer Initiative des ehemaligen Dachau-Häftlings Weihbischof Neuhäusler am 5. August 1960 auf dem Areal des ehemaligen Lagers eine „Todesangst Christi“-Kapelle in Form einer Kelter eingeweiht.

Und die Einbandgestaltung eines der ersten in Polen veröffentlichten Bücher zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz – es erscheint 1946 in Warschau – kennzeichnet das Lager als Ort eines Doppelmartyriums. Der Name des Lagers – und der polnischen Stadt – ist in polnischer Sprache als Buchtitel so auf einen wie mit Blut gemalten vertikal verlaufenden roten Streifen gesetzt, daß der Eindruck eines Kreuzes vor nachtdunklem Hintergrund entsteht. Der Standbalken des Kreuzes zeigt das Wappentier Polens, einen Adler, und um ihn ist auf Höhe des Adlers, einer Dornenkrone gleich, Stacheldraht gewunden. Daß Märtyrer für die polnisch-katholische Nation im Lager litten und starben, vermittelt der Buchumschlag leitmotivisch, noch bevor man das Buch aufgeschlagen

hat. Das Grundmotiv des Doppelmartyriums nimmt das in Auschwitz-Birkenau errichtete zentrale Auschwitz-Denkmal auf, verkehrt aber die katholisch-religiöse Widmung potentiell in eine politisch-kommunistische. Konkret, die nationale Widmung bleibt erhalten und geht in das Denkmal ein, indem der Staatsrat der Volksrepublik Polen den „Märtyrern und Kämpfern von Auschwitz“ im Rahmen der Denkmalseinweihung am 16. April 1967 den höchsten polnischen Nationalorden, den Grunwald-Orden, verleiht.<sup>6</sup> Eine große Steinplatte, die den Orden visuell zitiert und die Ordensverleihung mitteilt, wird dem formsprachlich abstrakten Denkmal vorgelagert. Aufgesetzt worden ist dem Denkmal aber auch entgegen der Konzeption der Künstler eine Steinplatte, die in Hohlform einen Dreieckswinkel zeigt als Zitat und Symbol für die Stoffwinkel, mit denen die Häftlinge von der SS gekennzeichnet und klassifiziert wurden. Ist dieser Häftlingswinkel im Denkmal durch seine Hohlform vordergründig neutral und allen Häftlingsgruppen gewidmet, so zeigt ein im Museum Auschwitz aufbewahrtes Modell des Denkmals den Häftlingswinkel in roter Farbe. Sichtbar wird so, daß das Denkmal – errichtet am Ort des größten Massenmordes an den europäischen Juden – eigentlich politischen Kämpfern für die polnische Nation – in Gestalt der Volksrepublik Polen – gewidmet worden ist.

Implizit ist die Dornenkrone auch eingeschnitten in ein Stacheldrahtrelief, mit dem Waldemar Grzimek 1956 die bronzene Verschußplatte für ein Urnengrab im „Turm der Freiheit“ der Mahnmalsanlage Buchenwald versehen hat. Statt des bloßen Hauptes Christi verletzt die Stacheldrahtkrone nunmehr die nackten Füße von Häftlingen, die zugleich unverletzt bleiben. Namen der größten nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager sind um Füße und Stacheldraht herum in die Grabplatte eingelassen. Die christliche Heilsgewißheit säkularisierend, wird so der letztendliche Triumph der Opfer über ihre Peiniger und ihren eigenen Tod verbildlicht und visuell beglaubigt. „Auf (der bronzenen Platte) treten nackte Füße symbolisch den Stacheldraht nieder und kündigen vom Sieg der Gerechtigkeit über die Tyrannei.“<sup>7</sup>

Es geht nicht darum, die Sehnsucht nach solchen Sinnstiftungen allein als verfehlt abzutun oder sie gar zu denunzieren – die Ungeheuerlichkeit der nationalsozialistischen Mord- und Ausrottungspraxis provoziert beinahe aus sich heraus schon den Wunsch nach Tröstendem und Rettendem –, allein, Schonung der Wahrnehmung kann nach Auschwitz im Blick auf Auschwitz nicht mehr legitim sein. Kehren wir deshalb noch einmal zu den an der Wand des Krematoriums immer wieder neu aufgeschichteten Leichen zurück. Diese wollen nicht nur festhalten und wiedergeben, was war. Sie appellieren nicht nur an Mitleid, und sie fordern nicht nur dazu auf, daß ein Schicksal wie das ihre unmöglich gemacht werde. Sie appellieren darüber hinaus auch an den Egoismus derer, die sie betrachten, und sie setzen dabei Egoismus als unterste Fallgrenze der Vernunft. „Daß es mir gehen könnte wie denen“ – dieser Satz hat seit Kant Philosophen und Theoretikern der Aufklärung als letztes und schmalstes Argument für vernünftiges, humanes Handeln gegolten. Wer nicht aus Einsicht zur Vernunft kommt, so ihre schmalste Gewißheit, wird vernünftig werden durch die Antizipation des Schadens, der auf ihn selbst zurückfällt, wenn er unvernünftig handelt. Noch Adorno sah dementsprechend – aber eigentlich verzweifelnd – in dem Umstand, daß „schlechterdings jeder Mensch, der nicht gerade zu der verfolgenden Gruppe gehört“, von Vernichtung ereilt werden konnte, „ein

---

<sup>6</sup> Bei Grunwald, nahe Tannenberg, wurde der Deutsche Ritterorden 1410 von einem Heer unter dem polnischen König Wladyslaw Jagiello vernichtend geschlagen. Der Orden nimmt auf dieses Ereignis explizit Bezug.

<sup>7</sup> Raimund Hoffmann: Waldemar Grzimek, Berlin (Ost) 1989, unpaginiert.

drastisches egoistisches Interesse, an das sich appellieren ließe“, damit Auschwitz sich nicht wiederhole.<sup>8</sup> Es steht aber in Frage, ob nach Auschwitz der Satz „daß es mir gehen könnte wie denen“ prinzipiell noch im Sinn einer Selbstbegrenzung des Bösen im ureigensten Interesse verstanden werden kann. Hannah Arendt hat als erste – damit kehre ich noch einmal zur besonderen Qualität des rassenbiologisch begründeten Massenmordes zurück – in aller Konsequenz festgestellt, daß das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager, und in diesem insbesondere die Vernichtungslager, sich nur schwer – und eigentlich gar nicht – begreifen läßt, weil in ihm die bis dahin bekannten Rationalitätskriterien selbst in ihren beiden schlechtesten Formen, der des Egoismus und der des utilitaristischen Kalküls, außer Kraft gesetzt sind. Weder waren die Lager so organisiert, daß profitable Ausbeutung möglich gewesen ist, noch ist das Funktionieren der Lager dem Interesse an Selbsterhaltung der Nationalsozialisten, d. h. ihrem egoistischsten Interesse, nämlich den Krieg zu gewinnen, untergeordnet worden. Arendts Fazit lautet deshalb: „... in ihrem Bestreben, unter Beweis zu stellen, daß alles möglich ist, hat die totale Herrschaft, ohne es eigentlich zu wollen, entdeckt, daß es ein radikal Böses wirklich gibt und daß es in dem besteht, was Menschen weder bestrafen noch vergeben können. Als das Unmögliche möglich wurde, stellte sich heraus, daß es identisch ist mit dem unbestrafbaren, unverzeihlichen radikal Bösen, das man weder verstehen noch erklären kann durch die bösen Motive von Eigennutz, Habgier, Neid, Machtgier, Ressentiment, Feigheit oder was es sonst noch geben mag und demgegenüber daher alle menschlichen Reaktionen gleich machtlos sind; dies konnte kein Zorn rächen, keine Liebe ertragen, keine Freundschaft verzeihen, kein Gesetz bestrafen.“<sup>9</sup> Karl Jaspers hat – in der Perspektive des überlebenden Zeitgenossen – den Begriff der metaphysischen Schuld, gefaßt als „Mangel an der absoluten Solidarität mit dem Menschen als Menschen“, dem Begriff des radikal Bösen vorausgehen lassen.<sup>10</sup> Übertragen auf das Konzept Geschichte, wie es mit der Aufklärung entstanden ist, bedeutet das historische Außerkraftgesetzsein von Egoismus als unterster Fallgrenze des Bösen, bedeutet die Feststellung der nunmehrigen Möglichkeit totaler Entsolidarisierung, daß nichts in der Geschichte den Fortgang der Geschichte, das heißt die Zukunft der Menschen mit sich selbst, garantiert. Geschichte – einmal Synonym für Fortschritt und das Sich-Durchsetzen der Vernunft – wird Synonym für Bodenlosigkeit und Unerbittlichkeit. Leben heißt fortan: leben in vollendeter Entborgenheit. Einer Entborgenheit, die den Photos der Toten vor der Wand des Krematoriums von Buchenwald sichtbar anhaftet, insofern Ermordete Ermordete signifizieren. Einer Entborgenheit, die aus einem Denkmalsvorschlag des ehemaligen Buchenwaldhäftlings Ernst Thape spricht. 1947 entwickelt er, jeden überkommenen Denkmalsbegriff hinter sich lassend, den Vorschlag, man möge auf dem Ettersberg inmitten des Gräberfeldes jedem Land, das Häftlinge in Buchenwald gehabt hat, erlauben, für seinen Gott einen Altar zu bauen. Anschließend aber solle man gemeinsam inmitten dieser Altäre einen großen Altar errichten, der – dem „unbekannten Gott“ gewidmet sein soll.<sup>11</sup> Eindringlicher kann die Erfahrung der Negation jedweden Sinns und jedweder Geschichtsgewißheit, eindringlicher kann der Schrei nach aus dieser Situation Erlösendem nicht zum Ausdruck gebracht werden. Der Einwand, daß weniger die Geschichte als vielmehr ein geschichtsteleologisches Konstrukt verlorengegangen ist und damit alles beim alten bleibt, zählt nicht. Auschwitz als das Ereignis, an dem Geschichtsgewißheit

---

<sup>8</sup> Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz. In: Ders.: Kulturkritik und Gesellschaft II, Gesammelte Schriften Bd. 10.2, Frankfurt/M. 1977, S. 689 f.

<sup>9</sup> Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (1951), Frankfurt/M 1955, S. 721f.

<sup>10</sup> Karl Jaspers: Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46, Heidelberg 1986, S. 170f.

<sup>11</sup> Archiv der Gedenkstätte Buchenwald 06 2-11.

endgültig zerbrechen muß, ist real und wird selbst Teil jener schlechten Verhältnisse, die geschichtsteleologische Rettungskonstrukte erst anspornten.

Nicht Sinnstiftung kann deshalb die Aufgabe von Gedenkstätten sein, sondern Arbeit an der Gewährwerdung der Unselbstverständlichkeit des Guten, gefaßt etwa als Unselbstverständlichkeit von Freiheit, Menschenwürde, Toleranz und Demokratie. So gesehen verweist Gedenkstättenarbeit nicht auf wie auch immer verfaßte historisch-politische Geborgenheitskonstruktionen – die am Ende immer mehr oder weniger ideologisch und entmündigend sind –, sondern auf unteilbare Werte und Menschenrechte, d. h. auf Zerbrechliches und Verspielbares, insofern Werte und Menschenrechte nur wirklich sind, insofern sie gelebt und gesellschaftlich akzeptiert und praktiziert werden. Deshalb – d. h., um der Unselbstverständlichkeit des Guten und der daraus resultierenden individuellen wie politischen Verantwortung innewerden zu können – müssen Gedenkstätten mehr sein als Orte individueller Trauer und – politischer – Zeremonien und Rituale. Weinen allein bildet ebensowenig wie bewußtlose Identifikation mit Schuld, Opfern oder besserer Gegenwart. Gerade um den Opfern gerecht zu werden, braucht Gedenken Wissen; Wissen, das – gerade im Land der Täter – insbesondere auch auf die Tat und alles, was sie möglich gemacht hat, bezogen sein muß. Deshalb müssen die KZ-Gedenkstätten in Zukunft moderne historische Museen mit starken pädagogischen Abteilungen sein (was für die meisten heißt, es werden können); aber zeithistorischen Museen, die nicht vergessen – oder vergessen machen –, daß sie zugleich Tat- und Leidensorte sowie Friedhöfe bleiben. Gerade im Ineinander dieser Qualitäten liegt der Grund für ihre besondere Aufklärungs- und Berührungskraft. Die Gedenkstätten als Corpus delicti fordern historisches Wissen ein und lenken den Blick auf die je eigene Gegenwart und die schon angesprochene Unselbstverständlichkeit des Guten. Die Gedenkstätten als Corpus delicti und als historische Museen enthalten die Aufforderung, Konsequenzen aus diesem Wissen zu leben. Die Präsenz des Leides und der Toten hingegen berührt und gründet das Wissen emotional; insofern sie neben Wissen Formen der Einfühlung und des Eingedenkens einfordert und anstößt, die dem Wissen erst je persönliche Gestalt und seine humane Dimension geben. Kein Denkmal, kein bloßes Museum kann diese besondere Qualität der Gedenkstätten ersetzen. Gleichwohl ist die Situation der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik – trotz der angedeuteten Entwicklungen – nach wie vor offen. Damit diese Offenheit konstruktiv wird, bedarf es der Entscheidung. Das Gedenkstättenkonzept des Bundes steht noch aus. Daß die „Enquete-Kommission zur Aufarbeitung des SED-Unrechts im Prozeß der deutschen Einheit“ in ihren Empfehlungen für ein Gedenkstättenkonzept auch die KZ-Gedenkstätten berücksichtigen will, ist lobenswert und verweist doch ganz offenbar auf eine tiefsitzende Ambivalenz im deutschen Gedächtnis. Die Überlebenden der Konzentrationslager jedenfalls haben sich sofort daran erinnert, daß es eine Enquete-Kommission zur Aufarbeitung des NSDAP-Unrechts nie gegeben hat und sofort gefragt, wieso ihre Geschichte unter dieses Geschichtskapitel rubriziert wird, überhaupt rubriziert werden könne.

## **AutorInnen**

**Annegret Ehmman**, geb. 1944, Israelreferentin der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V. und mehrjährige Mitarbeit im Vorstand der ASF, Studienrätin für Geschichte, Politische Weltkunde und Englisch, seit 1991 Leiterin der Pädagogischen Abteilung der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin.

**Florian Freund**, geb. 1953, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und Lektor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, arbeitet seit 1981 an Forschungsprojekten zu Nationalsozialismus, Konzentrationslagern, Zwangsarbeit, Kriegswirtschaft und juridischer Bewältigung des Nationalsozialismus.

**Volkhard Knigge**, geb. 1954, Studium der Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaft in Oldenburg und Paris. Seit 1994 Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Direktor der Gedenkstätte Buchenwald. Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Fritz-Bauer-Instituts zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust, Frankfurt/M., sowie des Internationalen Beirates der Stiftung Topographie des Terrors und der Historischen Kommission des Landes Thüringen.

**Gottfried Köbler**, geb. 1953, Lehrer für Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde, seit 1985 Mitarbeiter des Hessischen Instituts für Lehrerfortbildung, von 1988 bis 1994 als Lehrer am Historischen Museum Frankfurt am Main. Seit 1992 am Aufbau des Fritz Bauer Instituts, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocausts beteiligt. Arbeitsschwerpunkte: Gedenkstätten- und Museumspädagogik, Medienerziehung, Zeitzeugen im Unterricht, Entwicklung eines Projekts zur Integration von Menschenrechtserziehung und Vermittlung der Geschichte des Holocausts.

**Wolfgang Quatember**, geb. 1961, Studium der Germanistik und Publizistik in Salzburg. Seit 1990 Arbeit am Zeitgeschichte-Projekt in Ebensee – Widerstandsmuseum. Regelmäßige Begleitung und Betreuung von Schüler- und Erwachsenengruppen in der Gedenkstätte Ebensee. Für die Umsetzung weiterer Projekte verantwortlich.

**Johannes Riedl**, geb. 1937, 1955–60 Besuch der Arbeitermittelschule in Innsbruck, 1964–1970 Studium der Psychologie und Pädagogik an der Universität in Salzburg, von 1970 bis 1981 Professor, von 1981 bis 1989 Direktor an der Pädagogischen Akademie der Diözese Linz, seit 1989 Amtsführender Präsident des Landesschulrates für Oberösterreich.



Die Abteilung Politische Bildung des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten stellt zur Information über Themen der Politischen Bildung und Zeitgeschichte österreichischer Schulen – vorrangig den Schulbibliotheken – auf Anfrage Bücher und Broschüren kostenlos zur Verfügung. Für Publikationen, die durch einen \* gekennzeichnet sind, werden für Porto und Manipulation öS 30,- in Rechnung gestellt. (Pro Zusendung, unabhängig von der Gesamtzahl der bestellten Publikationen).

- o Martha Blend: **Ich kam als Kind. Erinnerungen**, Wien (Picus) 1998, ca. 220 Seiten
- o Malina, Peter/Spann Gustav: **1938/1988. Vom Umgang mit unserer Vergangenheit**, hgg. vom BMUKS, Wien 1988, 40 Seiten
- o **Konzentrationslager Ebensee / Ebensee Concentration Camp**, hgg. vom Verein Widerstandsmuseum Ebensee, Ebensee 1997 (= Ausstellungskatalog), 95 Seiten (Deutsch/Englisch)
- o Freund, Florian: **KZ Ebensee. Ein Außenlager des KZ Mauthausen**, hgg. vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien (DÖW) 1990, 48 Seiten
- o Perz, Bertrand: **Konzentrationslager Melk**. Begleitbroschüre zur ständigen Ausstellung in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Melk, Wien (Eigenverlag) 1992, 56 Seiten
- o Perz, Bertrand: **Kinder und Jugendliche im Konzentrationslager Mauthausen und seinen Außenlagern**, in: Dachauer Hefte 9, Dachau 1994, S. 71-90
- o Pädagogisches Institut des Bundes in Oberösterreich (Hg.): **Annäherungen an Mauthausen. Beiträge zum Umgang mit einer Gedenkstätte**, Linz 1997, 134 Seiten
- o \* **Gehorsam bis zum Mord? Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht. Fakten, Analysen, Debatte**, ZEIT-Punkte 3/1995 (= Sonderdruck DIE ZEIT), 98 Seiten
- o \* **Österreicher und der Zweite Weltkrieg**, hgg. vom BMUKS und dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien (ÖBV) 1989, 182 Seiten
- o Bailer-Galanda, Brigitte/Benz, Wolfgang/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): **Wahrheit und „Auschwitzlüge“: Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Propaganda**, Wien (Deuticke) 1995, 304 Seiten
- o **Die zwei Wahrheiten**, hgg. vom BMUKS und dem Österreichischen Kultur-Service, Wien (Löcker) 1989, 247 Seiten
- o Stephan Steiner/Judith Veichtlbauer: **Österreichische Überlebende der Konzentrationslager**, Filmographie, Wien (BMUK) 1996, 143 Seiten
- o **Wissenschaft und Nationalsozialismus** (= heureka! Das Wissenschaftsmagazin im Falter 2/98), 24 Seiten

Bestellungen sind zu richten an:

Abteilung Politische Bildung  
Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten  
Minoritenplatz 5  
1014 Wien  
Fax 01/53120-3123

e-mail: [politische.bildung@bmuk.gv.at](mailto:politische.bildung@bmuk.gv.at)





## Erinnern in Gedenkstätten

Beiträge zum Thema anlässlich der Tagung der ZeitzeugInnen 1997

Die Tagung der ReferentInnen für Zeitgeschichte 1997 mit dem Programmschwerpunkt Gedenkstätten fand vom 10. bis 13. April 1997 in Ebensee statt.

Diese Dokumentation enthält sowohl Vorträge, die im Rahmen der in Zusammenarbeit mit dem Widerstandsmuseum Ebensee veranstalteten Tagung gehalten wurden, wie auch zwei grundsätzliche Beiträge zum Thema „Gedenkstättenarbeit“.